



Antragsbuch

35. ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

15.06.2019

Bad Frankenhausen

NR	ANTRAGSSTELLER	ANTRAGSINHALT
Leitantrag		
L1	Landesvorstand	Programm Projekt 2019
Weltbeste Bildung für Jeden		
101	KV Nordhausen, Dr. Ulrich Konschak	Aufnahme der täglichen Sportstunde in den schulischen Lehrplan
102	KV Gotha, Prof. Dr. Christian Döbel, Jürgen Ehrlich	Wiedereinführung der Berufsausbildung mit Abitur
Vorankommen durch eigene Leistung		
201	Liberalen Frauen Thüringen	Entlastung der kleinen und mittelständischen Unternehmen bei statistischen Erhebungen
202	LFA IV Gesundheit, Soziales und Familie	Schulgeldfreiheit für Therapieberufe
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen		
301	LFA IV Gesundheit, Soziales und Familie	Beendigung der Ungleichbehandlung von stationären Einrichtungen und kommerziell betriebenen Wohngemeinschaften in der Intensivpflege zu Lasten der Patienten und der Versicherungsgemeinschaft.
Freiheits- und Menschenrechte weltweit		
401	Stefan Beyer	Europa neu denken
Politik, die rechnen kann		
501	KV Gotha, Mike Wüdsch	Mehr Demokratie wagen- Thüringer Landeswahlgesetz modernisieren
Weitere Themen		
601	KV Jena – Saale – Holzland	Streichung des Datums Geschlecht aus der Mitgliederdatenbank
602	KV Gotha, Mike Wüdsch	Beitragssonderumlage anteilmäßig an die Kreisverbände weiterreichen

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Inhaltsverzeichnis

3 1. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
4 DAS WELTBESTE BILDUNG FÜR ALLE BIETET

5 2. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
6 IN DEM MAN DURCH EIGENE LEISTUNG VORANKOMMEN KANN

7 3. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
8 DAS DIE CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZT

9 4. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
10 DAS UNKOMPLIZIERT UND BÜRGERNAH IST

11 5. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
12 DAS CHANCEN BIETET – IN STADT UND LAND

13 6. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
14 DAS LEBENSWERT UND UMWELTFREUNDLICH IST

15 7. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
16 DAS SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSLAGEN ERMÖGLICHT

17 8. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
18 IN DEM DIE POLITIK RECHNEN KANN

19 9. WIR WOLLEN EIN THÜRINGEN,
20 DAS IN EUROPA UND DER WELT ZU HAUSE IST

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

21 1. Wir wollen ein Thüringen, das weltbeste Bildung für alle 22 bietet

23 Frühkindliche Bildung voranbringen

24 Wie alle Thüringer **Bildungseinrichtungen** stehen auch die Kindertagesstätten als erste Stufe
25 im Bildungssystem vor großen Herausforderungen. Wieder steigende Kinderzahlen vor allem
26 in den Mittel- und Oberzentren stehen einem wachsenden Mangel an qualifizierten
27 Fachkräften gegenüber. Dieser Mangel wird sich in den kommenden Jahren mit dem
28 Ausscheiden der Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben deutlich verschärfen, wenn
29 die Ausbildung zum und der Beruf des Pädagogen in der frühkindlichen Bildung nicht
30 attraktiver wird. Bereits heute ist die Altersstruktur der Beschäftigten in vielen Einrichtungen
31 problematisch. Hinzu kommt der **gewachsene Anspruch der Eltern** an Kindertagesstätten.
32 Diese sollen nicht nur „Betreuung“ der Kinder gewährleisten, in Zeiten, in denen die Eltern
33 ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen. Sie sollen vor allem Bildungseinrichtungen sein, in denen
34 eine **Erziehungs- und Bildungspartnerschaft** gelebt wird. Darüber hinaus müssen in den
35 Kindertagesstätten die Anforderungen an eine inklusive Bildung umgesetzt werden.

36 Jedem Kind eine Chance geben

37 Die erste Stufe des Bildungssystems legt die Grundlage für die weiteren Bildungsbiografien
38 der Kinder. Die Thüringer Freien Demokraten treten daher für den weiteren zeitgemäßen und
39 bedarfsorientierten Ausbau der Kindertages- zu Bildungseinrichtungen ein. Dabei gilt der
40 Grundsatz: **Kurze Beine – kurze Wege**. Der besondere Bedarf besteht derzeit vor allem in
41 den Mittel- und Oberzentren. Gleichzeitig wollen wir flächendeckend die Sanierung
42 bestehender Einrichtungen im Fokus behalten. Die bestehende Konzeptvielfalt und
43 Trägervielfalt wird von den Freien Demokraten befürwortet. Wir wollen jedem Kind - mit
44 allen seinen Fähigkeiten und Talenten - eine Chance geben, sich zu entwickeln und die
45 bestmögliche Bildung zu erhalten. Der Thüringer Bildungsplan kann derzeit nicht
46 flächendeckend umgesetzt werden, da es bereits heute an Fach- und Führungskräften in der
47 Frühpädagogik mangelt.

48 Jedes Kind individuell fördern

49 Bildung in der Kindertageseinrichtung zielt auf eine **ganzheitliche individuelle Förderung**
50 der Kinder, so dass jedes Kind seine Potentiale in der Gesellschaft entfalten kann. Erste
51 Entwicklung von Lebenskompetenzen wie Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit,
52 Bindungs- und Beziehungsfähigkeit werden weiterentwickelt. Dazu kommen das Anregen
53 von Lernfreude, Kreativität und Fantasie. Bestandteil der Frühpädagogik ist auch der erste
54 systematische und nachhaltige Umgang mit sprachlich, musisch, sportlich, künstlerisch,
55 naturwissenschaftlich, gesellschaftswissenschaftlich und medienpädagogischen Potentialen.
56 Die natürliche Neugier der Kinder ist da. Sie soll unterstützt und weiter angeregt werden.
57 Kreative Problemlösekompetenz steht dabei im Vordergrund. Einzelaktivitäten können nur in

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

einem aufeinander abgestimmten Umfeld nachhaltige Bildungseffekte erreichen. Auch die Bewegungs- und Gesundheitsförderung bleibt wichtig. Individuelle und umfassende Förderung in einer guten Qualität erfordert zunächst eine entsprechende Anzahl von gut ausgebildeten Fachkräften. Die Thüringer Liberalen setzen sich für eine **deutliche Verbesserung des Fachkraft–Kind–Schlüssels** in den Kindertageseinrichtungen ein, der sich zudem an den realen Bedingungen der Öffnungszeiten und Ausfallzeiten der Pädagogen orientiert.

Fachkräfte in den Kindergärten stärken

Eltern erwarten für eine gute Qualität der Bildung in den Kindertageseinrichtungen zurecht auch entsprechend kompetente Fachkräfte in diesen. Gerade in der frühkindlichen Bildung ist die Qualität sehr abhängig von der Beziehung zwischen den Pädagogen und den Kindern sowie der Beziehung zwischen den Pädagogen und den Eltern. Für uns Freie Demokraten ist eine **funktionierende Erziehungs- und Bildungspartnerschaft, in der Eltern und Pädagogen auf Augenhöhe miteinander zum Wohle der Kinder** arbeiten, entscheidend für eine optimale Entwicklung der Kinder. Die Ausbildung und die systematische Weiterqualifikation der Fachkräfte müssen sich an den veränderten Anforderungen der letzten Jahre, vor allem an den Bildungsanforderungen und den auf vielfältige Weise sehr heterogenen Gruppenzusammensetzungen, orientieren. Wir Freien Demokraten wollen die bisherige 5-jährige **schulische Erzieherausbildung durch eine duale Ausbildung ersetzen**. Dadurch würden Auszubildende bereits während der Ausbildung eine Ausbildungsvergütung erhalten, anstatt ein Schulgeld zahlen zu müssen. Dadurch steigt für viele Menschen der Anreiz, in dieses Arbeitsfeld einzusteigen. Zudem fordern wir **bessere Chancen für Quereinsteiger**, die bei persönlicher Eignung bereit sind, sich zum Pädagogen zu qualifizieren.

Unabhängige Kontrolle der Qualität frühkindlicher Bildung

Neben den Verbesserungen in der Strukturqualität liegt dabei der Fokus auch auf der Prozess- und Ergebnisqualität. Thüringen hat bereits durch den Thüringer Bildungsplan hohe Bildungsstandards definiert. Wir Freie Demokraten werden hierzu in der Legislaturperiode eine Arbeitsgruppe für eine konzeptionelle Erarbeitung zur Evaluierung des Thüringer Bildungsplanes einsetzen und daran anschließend die Umsetzung dieser (in der frühkindlichen Bildung) befürworten. Dabei ist es uns wichtig externe Experten, Hochschulen und betroffene Akteure in die Erarbeitung und Umsetzung einzubinden.

Qualität und Gebührenfreiheit nicht gegeneinander ausspielen

Ziel muss es sein, dass alle Kinder tatsächlich ihrem Bedarf und dem Elternwunsch entsprechend frühzeitig eine Kindertageseinrichtung besuchen können. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass mittelfristig im Rahmen der Möglichkeiten des Freistaates mit der Gebührenfreiheit der frühkindlichen Bildung eine Barriere zum Zugang zu Bildungseinrichtungen abgebaut wird. Gleichzeitig soll damit die gesellschaftliche Akzeptanz

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

96 der frühkindlichen Bildung in der Bildungslandschaft gestärkt werden. Dabei hat die
97 **Qualitätssicherung Vorrang vor der Gebührenfreiheit.**

98 Weiterentwicklung zu Eltern-Kind-Zentren

99 Nur mit einer Beteiligung der Familien bzw. den Personensorgeberechtigten wird die frühe
100 Förderung der Kinder wirksam und nachhaltig sein. Daher sollen alle
101 Kindertageseinrichtungen mittelfristig zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickelt werden, in
102 denen **sozialraumorientierte Netzwerke** der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen
103 entstehen.

104 Kinder sind unser höchstes Gut

105 Die Kinder in einer Gesellschaft sind die Träger der zukünftigen gesellschaftlichen
106 Weiterentwicklung. Ihr Bildungsniveau, ihre Haltung, ihre Sozialisation, ihre Gesundheit und
107 ihre Werte bestimmen die Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Wir Freie Demokraten
108 sind deshalb überzeugt, dass **Investitionen in die frühkindliche Bildung** damit **die**
109 **wichtigsten Investitionen in die Zukunft** sind. Die Effektivität der eingesetzten Ressourcen
110 ist umso höher, je früher und gezielter im Bildungssystem angesetzt wird. Wir Freie
111 Demokraten halten deshalb die **gezielte Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen**
112 **zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität** für deutlich effizienter als individuelle
113 Zahlungen an Eltern (z.B. Erziehungsgeld).

114 Schulpolitik

115 Wir sind als Menschen frei und gleich an Würde geboren. Wir Freie Demokraten wollen die
116 **Entfaltung des Menschen mit all seinen Talenten und Potenzialen.** Das Bildungssystem
117 spielt dabei aus Sicht der Freien Demokraten die entscheidende Rolle. Die Politik hat in den
118 letzten Jahren sowohl die Bedürfnisse der Lehrer – den eigentlichen Bildungsexperten – als
119 auch die Interessen der Schüler aus dem Blick verloren, indem bis in die Gestaltung der
120 Schulbücher hineinregiert und an den Strukturen herumexperimentiert worden ist. Dabei
121 wurde die eigentliche Arbeit vernachlässigt: der Unterricht. Die Politik muss es jedoch bei der
122 Definition eines Handlungsrahmens belassen und den Schulleitungen sowie den Lehrern die
123 **Freiheit und gleichzeitig die Verantwortung** zur Umsetzung sowie vor allem
124 Gestaltungsspielraum zurückgeben. Der Beginn der Bildungsrevolution liegt in der
125 Selbstbeschränkung der politischen Entscheider.
126 Das System Schule muss grundlegend modernisiert werden, um den sich stets ändernden
127 sozialen und technologischen Bedingungen Rechnung zu tragen. Zukünftig muss dieser
128 Wandel federführend auf der zentralen Ebene unseres Bildungssystems gestaltet werden: in
129 der Schule selbst. Das digitale Zeitalter macht es möglich, dass unbeherrschbar viele
130 Informationen jederzeit verfügbar und abrufbar sind. Gleichzeitig ist unsere Welt heute –
131 mehr denn je – volatil, unsicher, komplex und ambivalent. Die Herausforderung für uns alle
132 lautet deshalb, sich in dieser vielschichtigen Welt gut zurechtzufinden. Schule muss
133 **individuelle Begabungen fördern** und letztlich Schulabgänger dazu befähigen, einen
134 erfolgreichen Weg im Berufsleben gehen zu können. Um diese zentralen Ziele bereits am

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

135 Beginn der Bildungskarriere zu erreichen, muss Schule, wie in der Wirtschaft üblich, als
136 selbstlernende Organisation den eigenen Wandel gestalten können. Es dürfen nicht allein
137 Mehrheiten im Parlament über die Bildungsbiografie von Menschen entscheiden.
138 Wir Freie Demokraten stehen für **Diversität, den Leistungsgedanken und Wettbewerb der**
139 **Ideen**. Deshalb verstehen wir das nachstehende Konzept nicht ideologisch. Wir sind jedoch
140 überzeugt, dass die „**Selbstverantwortliche Schule**“ zu besseren Bildungsergebnissen und
141 **höherer Bildungsqualität** führt und sich somit aus sich selbst heraus in der Schullandschaft
142 dauerhaft durchsetzen wird.

143 Bildungsrepublik Deutschland

144 Für uns Freie Demokraten gilt auch in der Bildung: so viel **Autonomie für die Beteiligten**
145 **vor Ort** wie möglich, aber so viel **Koordination und Kooperation unter den Ländern und**
146 **mit dem Bund** wie nötig. Dafür muss ein Fehler des letzten Jahrzehnts korrigiert werden: das
147 bildungspolitische Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern.
148 Im Zuge der Föderalismusreform I (2006) sollte die Wahrnehmung von
149 Gemeinschaftsaufgaben und die damit verbundene Mischfinanzierung durch Bund und
150 Länder abgeschafft werden. Infolge dessen wurden dem Bund Finanzhilfen an die Länder,
151 etwa im Bereich der Bildungsplanung und des Hochschulbaus, untersagt. Für weltbeste
152 Bildung müssen Bund und Länder gemeinsam anpacken. Ein erster Schritt für mehr
153 Kooperation zwischen Bund und Ländern ist mit der Änderung des Art 104c GG erreicht. Wir
154 Freie Demokraten wollen aber noch mehr, als die **Chancen des Digitalpakts nutzen**. Wir
155 wollen, dass der Bund nicht nur in Technik, sondern auch in weltbestes Schulpersonal
156 investiert.

157 Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot

158 Die unterschiedlichen Leistungsstärken in den Bundesländern zeigen, dass die Länder allein
159 an ihren bildungspolitischen Aufgaben scheitern: Die Schulen sind teils marode und
160 entsprechen in der Ausstattung kaum den Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Zudem
161 fallen zahlreiche Stunden aus und – ein für Schüler ebenso sichtbares Zeichen – die
162 Lehrerkollegien sind überaltert.
163 Ursächlich hierfür ist zweierlei: Zum einen sind die Länder durch die Schuldenbremse
164 gehalten, ihre Haushalte bis zum Ende dieses Jahrzehnts ohne neue Schulden zu gestalten.
165 Zum anderen stehen notwendige Investitionen an – etwa in den weiteren Ausbau von
166 Ganztagesangeboten, die Inklusion behinderter Schüler, die Qualifikation der Lehrer und die
167 Aufwertung der Frühförderung vor der Einschulung.
168 Deshalb gibt es inzwischen einen breiten Konsens bei Experten und Praktikern, die eine
169 **Rücknahme des Kooperationsverbots** fordern: von den Lehrerverbänden, den Leitern der
170 Gymnasien, über die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Expertenkommission
171 „Forschung und Innovation“ der Bundesregierung bis zum überwiegenden Teil der Eltern, die
172 sich für eine Reform des Bildungsföderalismus aussprechen.
173 Der erste Digitalpakt mit der Änderung von Art 104c GG ist ein Anfang, konzentriert sich
174 aber fast ausschließlich auf die technische Infrastruktur und schöpft die neuen Möglichkeiten

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

175 nach der Grundgesetzänderung nicht voll aus. Technische Ausstattung allein revolutioniert
176 die Bildung aber nicht. Die Technik muss nutzbar gemacht werden.

177 *Digitalpakt 2.0*

178 Deshalb werden wir über den Bundesrat eine Initiative unterstützen, die mehr Möglichkeiten
179 schafft: IT-Administratoren müssen die technische Ausstattung warten. Das können
180 Lehrkräfte nicht nebenbei leisten. Für die Nutzung der Technik müssen Lehrkräfte aus-, fort-
181 und weitergebildet werden. EdTech Coaches können Schulen ganzheitlich beraten, indem sie
182 die Entwicklung von Medienkonzepten begleiten, technische Lösungen empfehlen und
183 didaktische Konzepte vermitteln. Die Kosten für digitale Lernplattformen und digitale
184 Lernmittel müssen bezahlt werden. Die bei der Nutzung digitaler Lernmittel entstehenden
185 Daten müssen geschützt und zugleich für Learning Analytics und Educational Data Mining
186 zugänglich gemacht werden.

187 *MINT Offensive*

188 Wir Freie Demokraten wollen über die Bund – Länder – Kooperation auch die Attraktivität
189 der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik-Fächer (MINT-Fächer). in der
190 Schule steigern. Mit einer MINT-Offensive wollen wir dazu MINT-Labore in den Schulen
191 einrichten. Wir wollen mit Laboren auf dem neuesten Stand der Technik und entsprechend
192 fortgebildeten Lehrerinnen und Lehrern mehr Schülerinnen und Schüler für die MINT-Fächer
193 begeistern. In diesen Laboren können auch neue Technologien wie zum Beispiel die
194 Holographie oder Virtual und Augmented Reality in den Schulalltag integriert werden.
195 Bei allen Maßnahmen fordern wir eine konkrete Investition bzw. eine technische Ausstattung der
196 kommunalen Bildungsinfrastruktur, die sich naturgemäß je nach Gegenstand der Maßnahme
197 unterscheidet. Des Weiteren fordern wir immer die entsprechende Schulung des Personals und die
198 Entwicklung und Durchsetzung von Standards.
199

200 *Deutschlands Bürger sind hochmobil – eine Herausforderung in einer bisher*
201 *kleinteiligen Schul- und Bildungslandschaft*

202 Heute sind die Hürden beim Wechsel von einem Bundesland in ein anderes
203 unverhältnismäßig hoch: Nicht wenige Eltern lassen ihre Kinder dann ein Schuljahr
204 wiederholen. Am Ende des Bildungswegs „Schule“ stellen viele Absolventen fest, dass unter
205 Hochschulreife ein unterschiedliches Niveau verstanden wird. Wer die **Gleichwertigkeit der**
206 **Lebensverhältnisse** in der Bundesrepublik will, der darf diese in der Ressource Nummer eins
207 – der Bildung – nicht vernachlässigen. Wir Freie Demokraten wollen, dass in Deutschland
208 zukünftig **das beste Bildungssystem der Welt** entsteht – und zwar vom Bodensee bis zum
209 Kap Arkona.

210 *Bildungskonferenz statt Kultusministerkonferenz*

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

211 Die Kultusministerkonferenz muss durch eine **Bildungskonferenz** ersetzt werden, der außer
212 den Kultusministern auch **Praktiker und Experten** angehören – wie im Wissenschaftsrat im
213 Hochschulbereich heute schon üblich.
214 Diese Bildungskonferenz soll den Entscheidungstau auflösen und **bundesweit einheitliche**
215 **Standards** umsetzen. Dabei sollten nicht Lehrpläne vereinheitlicht werden, sondern
216 **Abschlüsse und die Lernziele bis hin zu einem bundesweit einheitlichen Abschluss der**
217 **Mittleren Reife und dem Abitur**. Der Wechsel von nur einstimmig zu fassenden
218 Beschlüssen in der Kultusministerkonferenz zu **Mehrheitsentscheidungen in der**
219 **Bildungskonferenz** könnte der notwendige Anstoß sein. Wir dürfen nicht länger zulassen,
220 dass allein die Schlusslichter das Tempo aller anderen bestimmen.

221 **Bildungsland Thüringen stärken**

222 Im Lern- und Lebensraum »Schule« soll die Entwicklung der Schüler zu mündigen,
223 leistungsfähigen und zukunftsbejahenden Bürgern im Sinne frei denkender und
224 verantwortungsvoll handelnder Personen optimal – das heißt unter anderem auch
225 ressourceneffizient – begleitet werden. Eigenverantwortliches Denken und Handeln fördern
226 die Motivation und das Selbstbewusstsein. Dies muss auch für Schulleitungen, Lehrer und
227 Schüler gelten. Wir wollen mit unserem Konzept der Selbstverantwortlichen Schule dafür
228 sorgen, dass sich **Schulleitungen, Lehrer und Eltern gemeinsam für die Bildungschancen**
229 **ihrer Kinder engagieren**. Freie Schulen möchten wir fair behandeln und auskömmlich
230 finanzieren. Denn letztlich sitzen alle im selben „Bildungs-Boot“.

231 **Selbstverantwortung der Schule ernstnehmen – Handlungsräume öffnen**

232 Die Politik muss zukünftig ausreichende Freiräume in den Schulen definieren.
233 Selbstverantwortung bedeutet, dass entlang des Prinzips »**Gemeinsames Ziel, vielfältige**
234 **Wege**« ein einheitlicher (Qualitäts-)Rahmen für alle Schulen vorgeben ist. Innerhalb dieses
235 Rahmens haben Schulen aufgrund schul- und standortspezifischer Gegebenheiten die
236 Möglichkeit, **Gestaltungsfreiräume in Verbindung mit hoher Eigenverantwortung** zu
237 nutzen.

238 **Selbstverantwortliche Schule ist das Konzept der Freien Demokraten**

239 Unser Konzept der Selbstverantwortlichen Schule gründet auf drei gleichrangigen Maximen:
240 **1. pädagogische, 2. finanzielle und 3. personelle Autonomie**. Verantwortungsträger in
241 diesen Gestaltungsfreiräumen sind sowohl die Schulleitung als Führungskraft, als auch die
242 Lehrer als pädagogische Fachkräfte, und beide im Zusammenwirken mit der gesamten
243 Schulgemeinschaft, mit demokratischer Teilhabe der Lehrer, Schüler und Eltern. In diesem
244 Zusammenhang möchten wir auch das Modellprojekt „kommunale Schule“ als Vorbild für
245 die eigenverantwortliche Schule beibehalten.
246 Die Aufgaben und Zuständigkeiten in Bezug auf Schulaufsicht, Beratung und
247 Qualitätssicherung in der Umsetzung der bundesweit einheitlichen Bildungsstandards müssen
248 neu geregelt werden.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

249 *Pädagogische Entscheidungsräume schaffen*

250 Wir Freie Demokraten sind von den **Kompetenzen der Lehrer** überzeugt. Sie sind die
251 Pädagogikprofis und Bildungspraktiker, die eigenverantwortlich pädagogische
252 Entscheidungen treffen. Damit sind sie nicht allein, sondern in die Schule als lernende
253 Organisation und in die Gruppe der Fächerkollegen eingebettet. **Pädagogische Autonomie**
254 **der Lehrer** ist die freie Wahl der Mittel und Methoden zur bestmöglichen Wissens- und
255 Kompetenzvermittlung. Wir Freie Demokraten wollen auch der Schule als Organisation
256 umfassende Gestaltungsfreiheiten geben. Die pädagogische Autonomie erlaubt Schulen,
257 wissenschaftlich valide und fundierte pädagogische Modelle und didaktische Konzepte
258 autonom festzulegen, ebenso wie die **Profilbildung durch Curricula und Lehrpläne**, die
259 Jahrgangsstruktur (altershomogene oder -heterogene Lerngruppen), die **Klassen- bzw.**
260 **Gruppengrößen je Fach und Schulstufe**, die Struktur der Unterrichtszeit sowie die
261 Lehrmittel und -methoden. Die von der KMK festgelegten bundeseinheitliche Vorgaben für
262 die Curricula und Lehrpläne in den Kernfächern sollen von der Bildungskonferenz erweitert
263 werden.
264 An der Nahtstelle von pädagogischer und personeller Autonomie soll die Frage der **Fort- und**
265 **Weiterbildung der Lehrkräfte** angesiedelt sein: Niemand weiß besser, wo der größte
266 Fortbildungsbedarf besteht, als jene, die täglich am konkreten Standort Schule gemeinsam
267 gestalten. Die Wahl der Fortbildungsinhalte und auch der Fortbildungsanbieter soll daher
268 alleinig in die lokale Eigenverantwortung der Schule übergehen. Hierzu müssen die Angebote
269 ausgebaut und verbessert werden. Das ThILLM soll enger mit den Universitäten
270 zusammenarbeiten, um die Qualität der Angebote zu verbessern. Mittelfristig sollen Lehrer
271 einen jährlichen Anspruch von 60 Stunden für die Fort- und Weiterbildung erhalten.

272 *Finanzielle Entscheidungsräume schaffen*

273 Will man die personelle Planungshoheit in die Schule verlagern, so muss künftig auch die
274 **Budgetplanung in den Händen der Schulen** liegen. Bisher werden die Ressourcen, mit
275 denen eine Schule arbeitet, von außen separat vorgegeben. Eine mehrjährige
276 Ressourcenplanung ist aber Grundbedingung des Wandels hin zur „**Selbstverantwortlichen**
277 **Schule**“.
278 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Schulen künftig ein **Grundbudget** erhalten, mit dem
279 sie alle Aufwendungen (pädagogisches und sonstiges Personal, Fort- und Weiterbildung,
280 Miete, Ausstattung, Material etc.) bestreiten und innerhalb dessen sie **frei entscheiden und**
281 **Schwerpunkte setzen** können.
282 Je Schüler wird an die Schule zudem ein weiterer, fixer Betrag überwiesen. Dieser wird
283 ergänzt durch **sozialbezogene Beträge** wie zum Beispiel ein Sonderbedarf bei einer hohen
284 Anzahl Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache oder einem hohen Anteil mit
285 sonderpädagogischem Förderbedarf. So lassen sich **Bildungserfolge auch in sozialen**
286 **Brennpunkten** erreichen und die Problemlösungskompetenz der vor Ort verantwortlichen
287 Schulmanager und Pädagogen nutzen. Zusammen mit einer **Aufhebung der**
288 **Schuleingangsbezirke** führt das zu einem **Qualitätswettbewerb der Schulen** untereinander.
289 Zur finanziellen Autonomie gehört auch eine neue Ausgestaltung der Position des

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

290 Schulleiters. Wir wollen zukünftig die Kompetenztrennung innerhalb Schulleitung in Form
291 eines Schulleiters und eines kaufmännischen Leiters.

292 *Personelle Entscheidungsräume schaffen*

293 Gute Schule braucht gute Lehrer. Ob eine Lehrkraft für den jeweiligen Schulstandort geeignet
294 ist, hängt allerdings nicht nur von deren fachlicher Eignung ab, sondern auch von deren
295 Kommunikation mit den Schülern des konkreten Schulstandorts sowie vom konkreten
296 Zusammenarbeiten mit den anderen Lehrkräften und sonstigen Mitarbeitern im Team. Wie im
297 normalen Leben auch, kann vom Papier her vieles richtig sein und am Ende dennoch gar
298 nichts passen. **Freiheit in der Personalgestaltung** bedeutet, dass die **Auswahl und Führung**
299 **des Personals** zukünftig der Schulleitung obliegt, inklusive **Einstellungs-, Kündigungs-,**
300 **Freistellungs- und Entlassungsrecht**. Zwingende Voraussetzung ist, dass sich die
301 Ausbildung der Schulleiter den neuen Verantwortlichkeiten anpasst, also mit einem starken
302 Fokus auf Führung, Kommunikation und Personalentwicklung.
303 Ziel der personellen Autonomie ist es, die Schule zu ermächtigen, eine **aktive**
304 **Personalentwicklung** zu betreiben. Im Bedarfsfall müssen auch umgehend zusätzliche
305 Kompetenzen ins Team geholt werden können, etwa Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen
306 oder Unterstützungslehrer in spezifischen Bereichen der Förderung von Begabungen und im
307 Umgang mit Lernschwächen. Unter die personelle Autonomie fällt auch die Frage, welches
308 Personal für Verwaltungsaufgaben herangezogen wird.
309 Unser Konzept der „Selbstverantwortlichen Schule“ setzt zwingend voraus, dass die
310 **Personalauswahl nach Grundsätzen der Vertragsfreiheit** gelebt wird. Es soll jedem
311 zukünftigen Lehrer freistehen, welchen Weg er wählt. Verbeamtete Lehrer arbeiten im
312 Zweifel dort, wo es der Staat will, und haben eine Obergrenze bei ihrem Verdienst.
313 Angestellte Lehrer dagegen können im Zweifel ihren Arbeitsort selbst wählen und ihr Gehalt
314 mit der „**Selbstverantwortlichen Schule**“ verhandeln. Dadurch können Schulen für
315 hochqualifizierte Lehrer auch Anreize jenseits der reinen Verbeamtung schaffen.

316 *Konsistenz und Durchlässigkeit des Schulsystems*

317 Die Freien Demokraten bekennen sich zu einem vielfältigen Schulsystem, von der
318 Regelschule bis zur Gemeinschaftsschule. Hierbei sollen **alle Schulformen gleichwertig**
319 **behandelt** werden. Dies steht der Tatsache entgegen, dass Regelschulen in Thüringen immer
320 mehr zu Restschulen verkommen. Wir Freie Demokraten sehen hier Handlungsbedarf. Die
321 **Regelschulen müssen für Schüler und Eltern wieder attraktiv** gemacht werden. Dafür
322 fordern die Freien Demokraten ein Maßnahmenpaket, das eine engere **Verzahnung von**
323 **Schulen mit der Wirtschaft**, die Einführung von kontinuierlichen
324 **Berufsorientierungstagen und -praktika** und Schullaufbahnberatung sowie die
325 **Aufwertung der technischen und handwerklichen Fächer** einschließt. Schulen in freier
326 Trägerschaft sind ein Ausdruck eines vielfältigen Schulsystems. Die Freien Demokraten
327 setzen sich für die **auskömmliche Förderung von Schulen in privater Trägerschaft** ein
328 und fordern ein umfassendes Gutachten zu den tatsächlichen Schülerkosten durch
329 transparente Zahlen aus dem Bildungsministerium.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

330 **Schluss mit Unterrichtsausfall - Unterrichtsabsicherung gewährleisten**

331 Für die Freien Demokraten ist der Lehrermangel und Unterrichtsausfall in Thüringen ein
332 Hauptproblem der Schulpolitik und eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen
333 der heutigen Zeit. Wir Freie Demokraten möchten dieser Entwicklung mit einem
334 Maßnahmenpaket und einem langfristigen Konzept begegnen. Als kurzfristige Maßnahmen
335 fordern die Freien Demokraten die gleiche Besoldung und Vergütung in den jeweiligen
336 Schularten, **Anerkennung von Abschlüssen** aus anderen Bundesländern, die Bereitstellung
337 von **mehr Ausbildungsplätzen für Lehramtsanwärter** sowie die bessere Abstimmung
338 zwischen Universität und Referendariat ohne bürokratische und utopische Wartezeiten.
339 Darüber hinaus möchten wir ein entsprechendes **Referat zur Bekämpfung des**
340 **Lehrermangels** in der Abteilung 3 „Grundsatzfragen der Schulentwicklung“ im
341 Bildungsministerium aufbauen. Dieses Referat sollte die Geburtenraten in Thüringen im Blick
342 haben und die Studienplätze für Lehramt in Thüringen stärker bewerben. Hier sind nicht nur
343 die Universitäten gefragt, sondern auch das Ministerium sollte sich stärker in Projekttag und
344 Jobmessen einbringen.
345 Mittelfristig fordern wir Freie Demokraten ein **Aufbaustudium für Lehrer an**
346 **berufsbildenden Schulen**, die **bessere Ausbildung von Seiteneinsteigern** sowie mehr
347 Lehrer und Lehramtsanwärter in Universitäten und Schulen. Langfristig fordern wir ein
348 Umdenken der Personalpolitik der Schulen her und die Verlagerung der
349 Planungsschwerpunkte im Bereich der Einstellungspolitik über Legislaturen hinaus.
350 Weiterhin fordern wir ein Programm für Lehrergesundheit und begreifen Lehrerberufung als
351 eine Zukunftsperspektive, die gesichert werden muss. Hierbei spielt unser Konzept der
352 **„Selbstverantwortlichen Schule“** eine entscheidende Rolle. Die Schulentwicklung soll
353 durch den Wettbewerb unter Schulen um Lehrer vorangetrieben werden.

354 **Medienkompetenz als Fundament einer digitalen Gesellschaft**

355 Für uns Freie Demokraten ist Medienkompetenz eine **Voraussetzung für die digitale und**
356 **demokratische Gesellschaft**. In Zeiten von sozialen Netzwerken, Filterblasen und Fake-
357 News möchten wir die Bürger von Anfang an befähigen, Quellen kritisch zu hinterfragen und
358 sich eine eigene Meinung zu bilden. Wir setzen in der Medienpolitik einen Schwerpunkt auf
359 Medienbildung und Medienkompetenz. Deshalb möchten wir den Anteil des
360 Rundfunkbeitrags für **Landesmedienanstalten und Medienbildung stärken**. Die
361 Bildungsarbeit der Thüringer Landesmedienanstalt möchten wir ausbauen und insgesamt für
362 mehr Thüringer Schüler und Lehrer verfügbar machen.

363 **Das digitale Klassenzimmer**

364 Deutschlands Schulen müssen den digitalen Fortschritt willkommen heißen. Wir Freie
365 Demokraten wollen das digitale Klassenzimmer, das die **Chancen der Vernetzung** und
366 neuesten technischen Möglichkeiten für die Bildung unserer Kinder gemäß den didaktischen
367 Anforderungen nutzbar macht. Schule kann nicht erfolgreich auf das Leben vorbereiten, wenn
368 das digitale Leben draußen bleiben muss. Dabei steht für uns im Vordergrund, dass jedem
369 Kind ein zeitgemäßes digitales Medium zur Verfügung steht. Für uns sind die **Chancen des**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

370 **digitalen Lernens und der individuellen Betreuungsmöglichkeiten** die entscheidenden
371 Argumente. Kinder wachsen heute mit allen Möglichkeiten auf, die ihnen unsere
372 hochtechnisierte Gesellschaft bietet. Schule darf hier nicht zurückbleiben, sondern muss
373 **Vorreiter bei der Einbindung der digitalen Lebenswelt** der Schüler in den Lehr- und
374 Lernprozess sein.
375 Mit Hilfe des digitalen Klassenzimmers ist die individuelle Förderung jedes Kindes ohne
376 großen personellen Mehreinsatz möglich, können doch im digitalen Klassenzimmer
377 Pädagogen zukünftig den **Lernfortschritt jedes einzelnen Schülers zu jeder Zeit**
378 **nachverfolgen** und bei Bedarf sofort fördernd eingreifen. Sollte ein Schüler mehrfach an
379 derselben Aufgabe scheitern, so kann sofort der fehlende oder nicht verstandene Inhalt erklärt
380 werden.
381 Die Nutzung digitaler Bildungsnetze setzt voraus, dass alle Lehrkräfte im Umgang mit
382 digitalen Medien sicher sind. Wir wollen, dass bereits in der universitären Lehrerbildung
383 sowie in Weiterbildungsseminaren **fortschrittsorientierte und digitale Lehr- und**
384 **Lernmethoden** gelehrt und praktiziert werden. Die heute auszubildenden Lehrer sind die
385 **Innovations- und Fortschrittsbeschleuniger in den Schulen** von morgen.
386 Da die technische Ausstattung zukünftig Grundbedingung des Lehr- und Lernerfolges ist,
387 sind diese **Aufwendungen durch den Bund und den Freistaat Thüringen zu tragen**.
388 Thüringen soll digitaler werden.

389 **Weltbester Digital-Unterricht für Thüringen**

390 Wir Freie Demokraten möchten den Freistaat Thüringen zum **Spitzenreiter im Informatik-**
391 **Unterricht** machen. Informatik bedeutet für uns **mehr als nur Programmierkenntnisse**.
392 Wir möchten Informatik und das Fach Medienkunde schnellstmöglich zu einem
393 verpflichtenden und breit gefächerten „Digital-Unterricht“ weiterentwickeln, in dem Schüler
394 auch **strukturierte Arbeitsabläufe und Planungen kennenlernen**. Diese Fertigkeiten
395 können die Schüler interdisziplinär und in ihrem späteren Berufsleben praktisch anwenden.
396 Wir möchten die jungen Generationen befähigen, sich bewusst und **selbstbestimmt in der**
397 **digitalen Welt** zu bewegen. Wir möchten digitale Angebote nicht nur nutzen, sondern sie
398 maßgeblich mitgestalten. Dazu gehört für uns auch die Sensibilisierung im Umgang mit
399 Daten und die Grundfertigkeiten zum Erkennen und zur Entwicklung datengetriebener
400 Prozesse und Geschäftsmodelle.

401 **Freie Schulwahl durch gebührenfreie Schülerbeförderung für Alle**

402 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass **Schülerinnen und Schüler thüringenweit**
403 **Angebote des Nahverkehrs entgeltfrei nutzen** können. Somit wären bessere
404 Voraussetzungen gegeben, damit die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Eltern
405 frei wählen können, welche Schulform und welche konkrete Schule sie besuchen wollen. Nur
406 so lässt sich weltbeste Bildung in allen Thüringer Regionen verwirklichen.
407 Die Freien Demokraten Thüringen fordern dazu die **Einführung eines Thüringer**
408 **Schülermobilitätsbudgets**, welches der Freistaat Thüringen in Kofinanzierung durch den
409 Bund gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden abstimmt. Mit den
410 Verkehrsverbünden und -unternehmen möchten wir mit dem Ziel verhandeln, **für**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

411 **Schülerinnen und Schüler thüringenweit eine kostenfreie Mobilität auf Straße und**
412 **Schiene** zu ermöglichen.

413 Entsprechende Landesgesetze, Verordnungen und Satzungen der Landkreise und kreisfreien
414 Städte, welche die Schülerbeförderung regeln, sind zu diesem Zweck abzuändern. Darüber
415 hinaus wollen wir mit benachbarten Bundesländern entsprechende
416 Kooperationsvereinbarungen abschließen, um entsprechende wechselseitige,
417 grenzübergreifende Schulbesuche in den Randregionen Thüringens durch gebührenfreie
418 Schülerbeförderung zu erleichtern.

419 **Die richtige Schule für Jeden - Inklusion mit Augenmaß**

420 Inklusion heißt für uns Freie Demokraten die Förderung der persönlichen Potentiale jedes
421 Schülers nach seinen körperlichen, geistigen und sprachlichen Voraussetzungen. Die
422 Unterrichtsqualität muss auch bei Schülerinnen und Schülern mit erhöhtem Förderbedarf
423 garantiert werden. Deshalb setzen sich die Freien Demokraten Thüringen für den **Erhalt von**
424 **Förderschulen und Förderzentren** ein. Inklusion sollte jedoch auch in anderen Schulformen
425 möglich werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Einführung von
426 **Schwerpunktschulen**, um Schulen jeder Schulform die Möglichkeit zu geben,
427 Inklusionsschule zu werden. Dies soll jedoch an festgelegte Kriterien gebunden sein, wie z. B.
428 an die Vorlage eines inhaltlichen und personellen Konzeptes, an bauliche Voraussetzungen,
429 an ein Weiterbildungskonzept für Lehrerinnen und Lehrern und einen Betreuungsschlüssel.
430 Die Schulpolitik sollte bei der Inklusion die Potentiale von allen in den Fokus nehmen. So
431 möchten wir die **Vielfalt der Thüringer Spezialschulen für begabte Schülerinnen und**
432 **Schüler** erhalten und ihre positive Entwicklung an allen Schulen, im Sinne von Projekten wie
433 „LeMaS“ (Leistung macht Schule), fördern.

434 **Schule und Wirtschaft**

435 Wir Freie Demokraten möchten **Wirtschaft, Handwerk und Industrie besser miteinander**
436 **vernetzen**. Wir fordern deshalb die Schaffung eines Gremiums zwischen der Wirtschaft und
437 politischen Entscheidungsträgern in der Bildungspolitik. Ökonomische Bildung findet in
438 Deutschland an Schulen nicht systematisch und flächendeckend statt. Es gibt in einigen
439 Bundesländern, etwa in Bayern und Thüringen, Fächer wie Wirtschaft und Recht, die auch
440 wirtschaftliche Kompetenzen vermitteln sollen. Dies sind zumeist Mischfächer, die nur in
441 wenigen Klassenstufen unterrichtet werden. Die deutsche Bildungskleinstateerei wirkt sich
442 auch hier negativ aus. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die **bundesweit**
443 **flächendeckende Einführung eines Faches für den Wirtschaftsunterricht** an allen
444 weiterführenden Schulen in Deutschland. Neben der Vermittlung kaufmännischen Wissens,
445 möchten wir, im Rahmen der Berufsorientierung, Unternehmertum praxisnah und realistisch
446 vermitteln – etwa durch Unternehmensplanspiele oder Betriebsbesichtigungen. Wir Freie
447 Demokraten stehen für umfassende Berufsorientierung in allen Schulformen und fordern, dass
448 Netzwerke zwischen Schulen und Unternehmen auf Kooperationsebene ermöglicht werden.

449 **Vernetzung zwischen allgemeinbildenden Schulen und der Wirtschaft**

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

450 **verbessern**

451 Die Inhalte der Facharbeiter- und Gesellenausbildung in Handwerk und Industrie müssen
452 stärker in den Unterricht der allgemeinbildenden Schulen eingebunden werden. Diese
453 Schularten werden außerdem aufgefordert, die **Ausbildungsfähigkeit ihrer Absolventen**
454 stärker ins Blickfeld zu rücken. Dazu muss eine verstärkte Kompetenzförderung besonders in
455 den sog. „MINT-Fächern“ erfolgen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (DIW) hat in
456 diesem Bereich bundesweit Defizite festgestellt, dort besonders in den Fächern Deutsch,
457 Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik.
458 Das System „**Schule trifft Wirtschaft**“ soll ausgebaut werden. Wir Freie Demokraten wollen
459 Schülern bereits in der Schule verschiedene Berufe und Betriebe zeigen, um auch das
460 **Interesse an der beruflichen Ausbildung und dem Handwerk** zu wecken. Deshalb setzen
461 wir uns in ganz Thüringen für verpflichtende Unternehmertage in den Schulen mit lokalen
462 Handwerkern und Unternehmern ein. Für die Organisation der Unternehmertage möchten wir
463 u.a. mit den IHKs, den Handwerkskammern und den Innungen zusammenarbeiten.

464 **Berufliche Bildung**

465 Die Freien Demokraten Thüringen sprechen sich dafür aus, dass jeder Mensch das Recht auf
466 freie Berufswahl ohne staatlichen Einfluss oder Richtungslenkung hat. Für uns ist es dabei
467 wichtig, dass jeder junge Erwachsene den seinen Interessen, Talenten und Begabungen
468 entsprechenden Weg gehen und dabei die angebotene Vielfalt der Zukunfts- und
469 Karrierechancen aktiv wahrnehmen kann. Die Freien Demokraten Thüringen stehen für die
470 **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung - ein Meister muss**
471 **genau so viel wert sein wie ein Master.**
472 Thüringen als Industriestandort in der Mitte Deutschlands und in Europa ist in besonderem
473 Maße auf **hochqualifizierte Fachkräfte**, vor allem im Bereich der **Facharbeiter, Gesellen**
474 **und Kaufleute** sowie der Verwaltungsangestellten angewiesen. Eine moderne, an den
475 Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtete Berufsausbildung ist deshalb einer der
476 wichtigsten Faktoren für die Entwicklung einer zeitgemäßen und leistungsfähigen
477 Wirtschaftsstruktur. In diesem Zusammenhang gilt: das **duale System der Berufsausbildung**
478 **in Deutschland ist ein Erfolgsmodell** und dient als Vorbild für viele Länder. Es muss
479 deshalb nicht nur erhalten bleiben, sondern ausgebaut bzw. an die Herausforderungen der
480 modernen Industrieproduktion und der Arbeit im Handwerk angepasst werden. Alle derzeit
481 noch bestehenden Behinderungen dieser Ausbildung müssen aufgelöst werden. Es ist deshalb
482 höchste Zeit, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung bestehende Engpässe zu beseitigen,
483 Fehlentwicklungen entgegenzusteuern und wichtige Zukunftsthemen endlich anzugehen.

484 **Praxisnahe Berufsorientierung in Thüringen stärken**

485 Wir Freie Demokraten möchten die **Strategie zur praxisnahen Berufsorientierung** in
486 Thüringen auch in Zukunft **fortführen und weiterentwickeln**. An den Maßnahmen möchten
487 wir das **Handwerk, Unternehmer und Gründer beteiligen** und ihre entsprechenden
488 Bedürfnisse berücksichtigen. Eine praxisnahe und effektive berufliche Orientierung ist, auch
489 im Hinblick auf die **Fachkräftegewinnung**, eine zentrale Herausforderung für den Freistaat

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

490 Thüringen. Mit der Schulgeldfreiheit für Gesundheits-, Heil- und Therapieberufe möchten wir
491 diese in Thüringen attraktiver machen.

492 **Die Berufsschulen als selbstverantwortliche Schulen**

493 Den berufsbildenden Schulen sollte vom verantwortlichen Ministerium mehr Vertrauen
494 entgegengebracht werden. Denn es gibt vielfältige Möglichkeiten, das starre System der
495 berufsbildenden Schulen zu lockern. Viele Probleme können von den Schulen vor Ort in
496 eigener Verantwortung gelöst werden. So können etwa Berufe mit sehr großer inhaltlicher
497 Übereinstimmung im Rahmen eines gemeinsamen Unterrichtsblocks ausgebildet werden,
498 ohne zusätzliche Lehrkapazitäten aufzuwenden. Als Beispiel können hier die Berufe
499 Konstruktionsmechaniker, Fachrichtung Metall- und Schiffbautechnik (Industrie) sowie
500 Metallbauer, Fachrichtung Konstruktionstechnik (Handwerk) dienen, die ohne weiteres
501 zusammen beschult werden können. Was in den Nachbarländern Hessen und Niedersachsen
502 möglich ist, sollte auch in Thüringen erfolgsversprechend umgesetzt werden können. Dies ist
503 auch eine soziale Frage, nämlich die **Kosten und Zeitaufwände der Azubis verringern**, um
504 ein möglichst wohnort- und betriebsnahe Angebot zu erhalten. Aus Sicht der Freien
505 Demokraten müssen die **Schulen vor Ort zusammen mit den Schulträgern und den**
506 **regionalen Unternehmen über das konkrete Profil der Schule entscheiden**. Wir Freie
507 Demokraten fordern eine **Besetzung der vakanten Schulleiterstellen** durch schnelle
508 Entscheidungen des Bildungsministeriums. Unserer Ansicht nach muss das Ministerium
509 wieder der Herr dieser Verfahren sein und engagiert sowie konsequent mit eventuellen
510 Konkurrentenklagen umgehen. In seiner Gesamtheit fordern wir Freie Demokraten ein
511 fachlich differenziertes Angebot, das den Interessen der Berufsschüler und der
512 Ausbildungsbetriebe im Hinblick auf eine **flächendeckende betriebs- und wohnortnahe**
513 **berufsschulische Ausbildung** Rechnung trägt.

514 **Technische Ausbildung in Kooperation mit Unternehmen**

515 Die Ausstattung der Berufsschulen möchten wir Freie Demokraten flexibel handhaben.
516 Berufsschulen müssen heute nicht in jedem Fall „externe Maschinenhallen“ vorhalten, wenn
517 diese nicht auf dem aktuellen Stand der Technik gehalten werden können. Stattdessen können
518 für die **Ausbildung an aktueller Technik** auch **Kooperationen mit**
519 **Ausbildungsunternehmen** eingegangen werden. So verbessern wir gleichzeitig die Relevanz
520 der Ausbildung und den effektiven Einsatz finanzieller Ressourcen an der Berufsschule.
521 Berufsschullehrer möchten wir darüber hinaus auch vermehrt bei den Industrie- und
522 Handelskammern weiterbilden.

523 **Berufswahl darf nicht an Mobilitätshemmnissen und Fahrtkosten scheitern**

524 Die freie Wahl des Ausbildungsberufes darf nicht an den Hürden mangelnder Mobilität und
525 der Höhe der Fahrtkosten scheitern. Dazu ist es aus Sicht der Freien Demokraten wichtig, die
526 Arbeits-, Bildungs- und Wohnwelt besser zu vernetzen, um insbesondere auch der
527 Abwanderung von jungen Menschen entgegenzutreten. Deshalb begrüßen die Freien
528 Demokraten Thüringen den ersten Schritt zum Azubi-Ticket zur kostengünstigen ÖPNV-

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

529 Nutzung. Wir möchten sicherstellen, dass das **Azubi-Ticket in ganz Thüringen** akzeptiert
530 und anerkannt wird und damit die **Attraktivität der beruflichen Ausbildung steigern**.

531 **Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in Handwerk und Industrie**

532 Die Freien Demokraten Thüringen stehen für die **Verbesserung der beruflichen**
533 **Weiterbildung** von Facharbeitern und Gesellen. Die Verantwortung für die berufliche
534 Weiterbildung sollte bei den Kammern (IHK, HK) liegen. Das Potenzial der berufsbildenden
535 Schulen auf diesem Gebiet kann mitgenutzt werden. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf
536 der Digitalisierung liegen. Weiterhin fordern die Freien Demokraten die **Stärkung der**
537 **Ausbildungsbereitschaft der Betriebe** im Handwerk und der Industrie. Dies kann z.B. durch
538 **Abbau von bürokratischen Hürden** und Steuersenkungen geschehen, um die Kosten für die
539 Ausbildung zu senken.

540 **Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master**

541 Wir Freie Demokraten sehen **akademische und berufliche Bildung als gleichwertig** an.
542 Weltbeste Bildung heißt für uns immer auch **weltbeste Aufstiegsfortbildung**. Deshalb setzen
543 wir uns auch in Fragen der Aufstiegsfortbildung in den gewerblich-technischen Berufen,
544 ebenso wie in allen anderen Lehrberufen, für eine **Gleichstellung in Fragen der**
545 **Kostenbefreiung** in der höheren Berufsbildung ein. Wir möchten beruflich Aufstiegswilligen
546 ihre Kosten etwa für Meisterkurse und Meisterprüfungen bei nachgewiesenem Erfolg
547 erstatten. Ebenso wollen wir den Beantragungsprozess für Empfänger des „Aufstiegs-BAföG“
548 vereinfachen. Gleichzeitig fördern wir mit diesem Instrument die Heranbildung von
549 qualifizierten Fach- und Führungskräften. Für neue und nachhaltige Betriebsgründungen im
550 Handwerk (sei es als Nachfolger oder als Gründer) brauchen wir gerade in Thüringen **mehr**
551 **qualifizierte Meister**.

552 **Lebenslanges Lernen - Digitalisierung in der Aus- und Weiterbildung**

553 Die Digitalisierung hält in jedem gesellschaftlichen Bereich in bahnbrechender
554 Geschwindigkeit Einzug. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung muss es deshalb eine
555 Digitalisierungsoffensive im strukturellen, personellen und konzeptionellen Bereich geben.
556 Die Digitalisierung bietet für lebenslanges Lernen neue Möglichkeiten, die wir in Thüringen
557 nutzen wollen. Ausbildungsbetriebe und Schulen sollten bei diesen Projekten logistisch und
558 finanziell unterstützt werden, um Maßnahmen zur **Digitalisierung der Aus- und**
559 **Weiterbildung** sinnvoll und effektiv zu gestalten. Wir Freie Demokraten fordern deshalb
560 staatliche Unterstützung der Ausbildungsbetriebe und der Schulen bei Planung und
561 Umsetzung von Projekten der Digitalisierung.

562 **Migration als Chance - Berufliche Ausbildung von jugendlichen Migranten**

563 Die duale berufliche Ausbildung von jugendlichen Migranten mit eingeschränktem und
564 uneingeschränktem Aufenthaltsstatus muss schnell, berufsfeldbreit und bundesweit
565 intensiviert werden. Eine **vollzeitschulische berufliche Vorbereitung** soll den Weg hierfür

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

566 eben. Das ist erforderlich, um den Fachkräftenachwuchs in Handwerk und Industrie zu
567 sichern sowie die Integration dieser Gruppe zu verbessern.

568 **Hochschulen**

569 **Zukunftsfähige, freie und eigenverantwortliche Hochschulen**

570 Wir Freie Demokraten stehen für **zukunftsfähige, freie und eigenverantwortliche**
571 **Hochschulen** mit unbürokratischen und verantwortungsvollen Entscheidungsprozessen.
572 Diese benötigen zukunftsorientierte Reformen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik in
573 den Bereichen Hochschulstruktur, Studium und Lehre sowie einen höheren gesellschaftlichen
574 Stellenwert von Forschung, damit Thüringen in der Bewältigung der anstehenden Aufgaben,
575 wie Globalisierung und Digitalisierung als Musterbeispiel unter den Bundesländern
576 vorangehen kann. Wir Freie Demokraten stehen langfristigen Entwicklungen der
577 Hochschulen über Kooperationen im europäischen und globalen Raum positiv gegenüber.

578 **Autonome und eigenverantwortliche Hochschulstruktur**

579 Die Freien Demokraten Thüringen fordern, dass der Hochschulrat (HSR) als Gestalter
580 auftreten kann, indem er ein **Initiativrecht** zugesprochen bekommt und damit eine
581 kontrollierende Wirkung auf das Präsidium ausüben kann. Wir lehnen eine - wie im Thüringer
582 Hochschulgesetz (ThürHG) vorgeschlagene - Ministerialperson ab, die als Teilnehmer am
583 Hochschulrat (HSR) in die Unabhängigkeit der Hochschulen eingreift. Die Freien
584 Demokraten fordern weiterhin, dass der Senat seine aktuelle Struktur behält und die
585 Interessen der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter achtet. Dies kann in Form eines
586 Betriebsrates erfolgen. Die Freien Demokraten Thüringen lehnen die Parität von Studierenden
587 und Hochschullehrern im Senat ab und fordern die **Hochschullehrermehrheit** in diesem
588 Organ zu erhalten.

589 Wir Freie Demokraten fordern, allen Hochschulen in Thüringen die Möglichkeit
590 einzuräumen, ohne Eingriffe der Landesregierung, als Bauherr für ihre Hochschule
591 aufzutreten. Weiterhin möchten wir im Rahmen des ThürHG die rechtlichen Voraussetzungen
592 schaffen, um allen Hochschulen im Freistaat die Möglichkeit zu geben, über einen
593 Rechtsformwechsel **alternative und eigenverantwortliche Finanzierungsmodelle** zu nutzen
594 - zum Beispiel die Finanzierung über eine Stiftung. Wir Freie Demokraten fordern die
595 unbürokratischere Anwendung von Experimentierklauseln und die Vereinfachung des
596 Antragsverfahrens.

597 **Bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft**

598 Die Besoldung der Professoren und Juniorprofessoren sollte dem internationalen Niveau
599 angepasst werden. Wir Freie Demokraten fordern deshalb für Professuren nur noch W3-
600 Stellen vorzusehen. Die soziale Stellung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Thüringen
601 ist aktuell nicht zufriedenstellend. Wir Freie Demokraten möchten die prekäre Lage auflösen
602 und junge Postdoktoranden, die eine akademische Karriere anstreben und die ersten Schritte

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

603 im akademischen Berufsleben gehen, unterstützen. Deshalb ist es für uns notwendig, die
604 Befristung von Arbeitsverträgen bei Postdoktoranden auf eine Vertragsdauer von mindestens
605 3 Jahren festzulegen. Wir Freie Demokraten möchten darüber hinaus die „**Zwölf-Jahres-**
606 **Regel**“ abschaffen und das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) überarbeiten**.
607 Auch den akademischen Mittelbau unterhalb der Professuren möchten wir Freie Demokraten
608 stärken. Dafür müssen Regeln geschaffen werden, die den wissenschaftlichen Mitarbeitern an
609 den Hochschulen **Planungssicherheit und flexible Arbeitszeiten** zugesteht. In diesem
610 Bereich muss die befristete Anstellung in vernünftigem Maße reglementiert werden. Wir
611 Freie Demokraten fordern insgesamt mehr wissenschaftliche Mitarbeiter, eine bessere
612 Qualität in der Lehre und eine faire Ausgestaltung entsprechender Stellen. Des Weiteren muss
613 die Arbeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter höher gewürdigt und deshalb auch die
614 besonderen Bedürfnisse für diese Ebene der akademischen Arbeit bei Ruhezeitregelungen und
615 anderen Bereichen beachtet werden.

616 Digitale Hochschulen für die digitale Gesellschaft

617 Für uns Freie Demokraten ist die Digitalisierung bereits heute ein wichtiges Element des
618 gesellschaftlichen Lebens. Der digitale Wandel ist jedoch in der Thüringer
619 Hochschullandschaft noch nicht angekommen. Für uns Freie Demokraten ist es deshalb
620 unentbehrlich, dass die **digitale Infrastruktur sowie die Online-Angebote der**
621 **Hochschulen** und der Bibliotheken verbessert werden müssen, um somit ein modernes
622 Studienangebot zu ermöglichen. Die Freien Demokraten fordern deshalb eine stärkere
623 landesweite Initiative, die den Ausbau der digitalen Infrastruktur an Thüringer Hochschulen
624 zum Ziel haben soll. Diese muss finanzielle, personelle und fachliche Unterstützung
625 beinhalten. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass die **Hochschulbibliotheken ihren**
626 **Bestand schneller digital verfügbar** machen können. Dabei stellt der Sanierungsstau im
627 Freistaat die Hochschulen und deren gesamte Lehre in Thüringen vor große
628 Herausforderungen. Diesem Zustand muss entschieden entgegengetreten werden. Es bedarf
629 deshalb nach Ansicht der Freien Demokraten einer Neuordnung der Rahmenvereinbarung
630 zwischen dem Land und den Hochschulen. Dabei muss die **Beschaffung von externen**
631 **finanziellen Mitteln für die Hochschulen erleichtert** und nicht durch Bürokratie weiter
632 erschwert werden.

633 Innovative Forschung und Lehre

634 Die Freien Demokraten bekennen sich zur **Kooperation zwischen Hochschulen und der**
635 **regionalen Wirtschaft**, zum Beispiel bei Stiftungslehrstühlen, Sponsoring und Stipendien.
636 Wir Freie Demokraten wollen den Freistaat in den nächsten Jahren zu einem **Zentrum der**
637 **Forschung in Deutschland** ausbauen. Durch einen ausgeprägten Wettbewerb zwischen
638 einzelnen Fachbereichen werden Hochschulen mit ausgeprägten Profilen geschaffen, die in
639 der Lage sind, im internationalen Vergleich eine wissenschaftliche Vorreiterrolle in ihrem
640 Bereich zu übernehmen. Es bedarf nach Ansicht der Freien Demokraten Thüringen einer
641 leistungsorientierten Mittelzuweisung im Forschungsbericht. Des Weiteren muss der Erwerb
642 von Drittmitteln ausgebaut und nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden. Wir
643 Freie Demokraten lehnen gesetzlich verordnete Eingriffe in die Autonomie der Hochschulen,

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

644 zur Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre, wie beispielsweise eine
645 Zivilklausel ab.

646 **Innovationen ermöglichen – mehr Gelder für die Forschung**

647 Wir Freie Demokraten möchten den Freistaat Thüringen zum innovativen Herz Deutschlands
648 machen. Deshalb setzen wir uns für **mehr Forschungsgelder für die Thüringer**
649 **Hochschulen** ein. Die Thüringer Landesregierung muss **beim Bund offensiv um mehr**
650 **Forschungsgelder für die neuen Bundesländer werben**. Die Potentiale der Thüringer
651 Universitäten und Hochschulen müssen stärker genutzt werden, um über neue
652 Sprunginnovationen das Fundament für innovative Ausgründungen und Start-ups zu
653 ermöglichen. Wir Freie Demokraten heißen Innovationen in Thüringen willkommen.

654 **Elternunabhängiges BAföG**

655 Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich für ein **elternunabhängiges BAföG für**
656 **Studierende und Auszubildende** ein, um jungen Menschen die Chance zu geben, ihre
657 Ausbildung unabhängig von Ihren Eltern zu gestalten.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

658 Kultur und Kunst

659 Standortfaktor: Kulturland Thüringen Kultur ist Vielfalt und schafft eine eigene Identität.
660 Kultur prägt das Leben in Thüringen, denn unser Freistaat verfügt über eines der dichtesten
661 Netze von Theatern, Orchestern, Museen, Burgen und Schlössern in Deutschland. Wir Freie
662 Demokraten sehen **Kultur als Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor**, der
663 Thüringen attraktiver macht.

664 Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement schaffen Identität

665 Die **Vielfalt kultureller Angebote im Land** darf nicht gefährdet werden durch einen
666 Zentralismus in Gestalt der Förderung einiger exklusiver Kulturleuchttürme in
667 Ballungszentren. Im ländlichen Raum ist das **bürgerschaftliche Engagement** stark
668 verbreitet. Menschen in kleinen Gemeinden engagieren sich in **Sport-, Musik-, Theater- und**
669 **Heimatvereinen** und identifizieren sich so in besonderer Weise mit ihrem Wohnort. Als
670 „weicher“ **Standortfaktor** gewinnt Kultur im ländlichen Raum in Bezug auf die
671 demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel an Bedeutung. Kultur sorgt auch für
672 Attraktivität bei jungen Familien. In einer globalisierten Welt und einem
673 zusammenwachsenden Europa kommt Kultur zunehmend auch eine Bedeutung für die
674 **regionale Identitätsbildung** zu.

675 Kulturfinanzierung und Kooperationen der Kultureinrichtungen

676 Als freiwillige Aufgaben der Kommunen stellt die Finanzierung von Kultur und Sport viele
677 Kommunen in Thüringen vor große Herausforderungen. Es gilt, die Lebensqualität im
678 ländlichen Raum zu steigern, um der Abwanderung zu begegnen. Aber auch die
679 **wirtschaftliche Eigenverantwortung des öffentlichen und privaten Kulturbetriebes**
680 sowie der Kreativwirtschaft sehen wir Freie Demokraten als wichtigen Bestandteil der
681 Kulturfinanzierung. Kultureinrichtungen müssen wirtschaftlich geführt werden. Wir Freie
682 Demokraten befürworten deshalb **Kooperationen zwischen den Kultureinrichtungen**. Sie
683 erweitern das programmatische Spektrum für das Publikum, dienen der besseren
684 Vermarktung, stärken die Vernetzung und ermöglichen gegenseitiges Lernen.

685 Kulturelle Bildung als Zukunftsaufgabe

686 Für uns Freie Demokraten ist die **Stärkung der kulturellen Bildung** Zukunftsaufgabe und
687 Bildungsziel zugleich. Menschen, die sich mit Kunst und Kultur auseinandersetzen, fördern
688 ihre Kreativität und Kommunikationsfähigkeit. Kulturelle Bildung findet an zahlreichen
689 Orten statt. Zentrale Bedeutung haben Bildungseinrichtungen wie Kindergärten,
690 Schulen, Volkshochschulen etc. Wir Freie Demokraten befürworten die **Kooperation von**
691 **Kultur- und Bildungseinrichtungen**. Kinder und Jugendliche, die die Möglichkeiten der
692 Kulturarbeit kennenlernen und nutzen können, schulen ihre Kreativität, ihr Selbstbewusstsein
693 und ihre Kommunikationsfähigkeit. Eines der wichtigsten Kulturgüter ist die Thüringer
694 Bratwurst. Deshalb setzen wir uns für ein Senfgebot auf Bratwürsten ein.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

2. Wir wollen ein Thüringen, in dem man durch eigene Leistung vorankommen kann

Thüringer Wirtschaft als Wohlstandsmaschine entfesseln

Wir Freie Demokraten wollen die Thüringer Wirtschaft als Wohlstandsmaschine entfesseln, indem wir alle **Gesetze überprüfen und auf vorgegebene internationale Mindeststandards zurückführen**. Auch die Vergaberichtlinie möchten wir reformieren und durch einen **Entfall vergabefremder Kriterien** vereinfachen. Nur so haben auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die Chance, unkompliziert an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Durch diese Maßnahmen möchten wir den bürokratischen Erfüllungsaufwand für die Thüringer Unternehmen minimieren. Viele kleine Unternehmen bemühen sich gar nicht mehr um öffentliche Aufträge. Für kleine und mittlere Unternehmen möchten wir die Verfahren durch eine Präqualifizierung über die Kammern im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnungen (VOL/VOB) vereinfachen und dadurch die Kosten senken.

Digitale und unbürokratische Freiheitszone

Durch **Experimentierräume und Öffnungsklauseln** wollen wir Freie Demokraten eine „**Thüringer Sonderwirtschaftszone**“ schaffen. In diesem Rahmen möchten wir innovativen und digitalen Ausgründungen von Unternehmen, Startups, Spin-offs und dem Mittelstand Raum für Experimente und neue Ideen geben. Als digitale und unbürokratische Freiheitszone soll Thüringen im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einen höheren Freiheitsgrad erhalten. Die Freiheitszone ermöglicht besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um die **Gründung und Ansiedlung** junger, forschungsintensiver IT-Unternehmen und die Weiterentwicklung bestehender Unternehmen zu erleichtern.

Digitalbonus evaluieren und bedarfsgerecht ausweiten

Wir Freie Demokraten setzen auf **unkomplizierte und niederschwellige Förderangebote** als Anschubfinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Deshalb möchten wir den **Digitalbonus Thüringen evaluieren und bedarfsgerecht ausweiten**. Wir möchten dadurch die Thüringer Unternehmen bei ihrer individuellen Digitalisierung unterstützen, die Informationssicherheit verbessern und innovative Geschäftsmodelle und effiziente Arbeitsabläufe ermöglichen.

Thüringen: Das Gründerherz Deutschlands

Wir Freie Demokraten möchten **bürokratische Hürden von Beginn an abbauen**. Derzeit müssen Gründer viel zu viel Zeit für unproduktive Tätigkeiten verschwenden, die besser in den Aufbau des Unternehmens investiert werden könnte. Bei der Finanzierung ist ein Hauptproblem, dass in Deutschland nur wenig **Risikokapital** zur Verfügung steht. Wir

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

möchten deshalb die Rahmenbedingungen verbessern, alle Akteure an einen Tisch bringen und privates Kapital gezielt ergänzen. Wir Freie Demokraten möchten einen „**bürokratischen Welpenschutz**“ für Existenzgründer und Nachfolger schaffen. In den ersten drei Jahren nach der Gründung möchten wir Existenzgründer von möglichst vielen Regelungen befreien (vor allem steuer- und arbeitsrechtlich). Darüber hinaus wollen wir Freie Demokraten **Gründer für die ersten drei Jahre vom Rundfunkbeitrag** befreien.

Optimierung der Prozesse zur Unternehmensgründung

Die **Dauer für die Gründung eines Unternehmens** ist in einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich. Das Institut für Mittelstandsförderung gibt als Spitzenreiter von 4,25 Arbeitstagen Bremen und Mecklenburg-Vorpommern an. Thüringen liegt mit 7,75 Arbeitstagen deutlich darüber. Hauptursache ist die steuerliche Anmeldung beim Finanzamt. Hier unterscheiden sich die einzelnen Bundesländer stark. Die Verfahrensdauer liegt in der Entscheidungs- und Verbesserungskompetenz des Landes. Wir Freie Demokraten streben hier eine Prozessverbesserung an, sodass Thüringen rasch **zu den schnellsten Verfahrensländern aufschließen** kann.

Gute Rahmenbedingungen für privates Risikokapital für Start-Ups

Junge Unternehmen brauchen Geld. Es gibt kaum eine Idee, die ohne zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung oder Vertrieb auskäme. Deshalb ist es für junge Unternehmer existenziell, auf Risikokapitalgeber zurückgreifen zu können. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass auch ein **positives Umfeld für Risikokapitalgeber** entscheidend für den Erfolg von Unternehmensgründungen ist. Die **Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen aus Streubesitz** möchten wir erhalten, um attraktive Bedingungen für Investitionen zu bieten.

Institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionsfonds können zurzeit keine als hochriskant geltenden Investitionen in Start-Ups tätigen. Dabei wären gerade Anleger, denen viel Kapital zur Verfügung steht, in der Lage, breit – und mit gestreutem Risiko – in viele Start-Ups zu investieren. Sie könnten so die normierte Risikostreuung für Investitionen auch in noch junge Unternehmen optimal absichern. Zudem bietet gerade eine Zeit der niedrigen Zinsen optimale Voraussetzungen, um **institutionelle Investoren für Investitionen in junge Unternehmen** – und damit in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland – zu begeistern. Wir Freie Demokraten wollen erreichen, dass zukünftig auch **institutionelle Investoren breit in Start-Ups investieren** können – mit bis zu fünf Prozent des ihnen zur Verfügung stehenden Kapitals.

Gründer sind unsere Zukunft – gesellschaftliches Klima für Unternehmertum verbessern

Gründer sind die Zukunft unseres wirtschaftlichen Erfolges. Sie schaffen die erfolgreichen Unternehmen von morgen. Die jungen Akteure benötigen dazu einen Raum, in dem sie agieren, Erfahrungen sammeln und erfolgreich die eigene Zukunft gestalten können. Dazu

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

müssen nicht nur die normierten Rahmenbedingungen stimmen, sondern es bedarf auch eines **gesellschaftlichen Klimas, das „Mut macht zum Mut haben“**. Scheitern beim Gründen ist für uns Freie Demokraten kein Makel sondern eine Erfahrung. Wir setzen auf eine **freidemokratische Chancenkultur** und möchten **das gesellschaftliche Klima für Unternehmertum verbessern**.

Gründungsförderung und Clustermanagement

Stadtverwaltungen und lokale Politik können über verschiedene Stellschrauben versuchen, die Attraktivität ihrer Region für Unternehmen zu erhöhen. Dies kann zum Beispiel über die Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners für Gründer erfolgen, der die Bedürfnisse, Kultur und Sprache seiner Zielgruppe versteht. Ob eine Stadt oder Region zu einem Gründungszentrum wird, hängt in jedem Falle auch vom Engagement vor Ort ab. Wir Freie Demokraten wollen die Landkreise, Städte und **Kommunen durch eine zentrale Gründerstelle unterstützen**, weiterbilden und **Hilfe zur Selbsthilfe** leisten. Die bestehenden Strukturen im Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx) sollen dabei auf ihre Effektivität überprüft werden.

Beratungsangebote für potentielle Gründer ausbauen

Auch an den Universitäten spielt das Thema Unternehmensgründung nur eine untergeordnete Rolle – ob als Lehrinhalt, Gründertraining oder Projekt. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass gerade im universitären Umfeld Ausgründungen erfolgreich sein können. Die High-Tech Gründerszene rund um die Universität und Fachhochschule Jena oder die TU Ilmenau sind Beleg dafür. Zumeist sind dies jedoch Gründungen, die einen jahrelangen Vorlauf in universitären Projekten haben. Ziel muss es jedoch sein, **um Universitäten herum ein Gründerumfeld zu schaffen**, in dem auch Ideen aus anderen Bereichen als „lediglich“ weitentwickelte Hochschulprojekte ihren Anfang nehmen. Um auch dieses Potential zu heben, sollten **praxisorientierte Kurse zu Unternehmensgründungen** angeboten werden sowie die Universitäten ihr **Beratungsangebot für potentielle Gründer ausbauen**. Auch für Studienabbrecher wollen wir die Beratungsangebote ausbauen und berufliche Alternativen zum Hochschulstudium aufzeigen.

Unternehmen bei der Nachfolge unterstützen

Für uns Freie Demokraten gehört zur Mittelstandsförderung auch die **Unterstützung inhabergeführter Betriebe bei der Unternehmensnachfolge**. Wir setzen uns für einen **Erhalt der Unternehmen in Thüringen** ein, damit die thüringische Wirtschaft nicht mangels Alternativen an Unternehmen aus anderen Regionen verkauft werden muss. Wir Freie Demokraten setzen hier auf die Arbeit der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern. Die Arbeit an der Vernetzung der übergabefähigen Betriebe mit potenziellen Nachfolgern soll weiterhin gestärkt werden. Darüber hinaus soll gerade in den Meisterkursen der Handwerker oder ähnlichen Fortbildungen der Kammern für die Möglichkeit einer Betriebsübernahme sensibilisiert werden.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

112 **Mittel zur Förderung statt Fördermittel**

113 Die Förderungen für Existenzgründer kommen zum großen Teil nicht bei den Unternehmen
114 an, sondern versickern im bürokratischen Ablauf und bei den Förderungsberatern. Wir Freie
115 Demokraten möchten deshalb die **Thüringer IHKs und Handwerkskammern aktiv für**
116 **eine Neuausrichtung der Existenzgründerförderung einbinden.** Wir Freie Demokraten
117 möchten keine Fördermittel mit der Gießkanne verteilen, sondern Gründern aktive Mittel zum
118 Aufbau des Unternehmens und zur Schaffung von Werten geben. Vorstellbar sind hier die
119 **bedarfsgerechte und unbürokratische Ausgabe eines Gründungszuschusses** an besonders
120 aussichtsreiche und wirtschaftspolitisch relevante Gründungsvorhaben. Mit einem
121 nachgelagerten öffentlichkeitswirksam aufgebauten Wettbewerbskonzept schaffen wir
122 Aufmerksamkeit für zukunftsweisendes Gründungsgeschehen in Thüringen. Bei der
123 Förderung von Beratungsleistungen sollen die Honorare an den langfristigen Erfolg gekoppelt
124 werden, sodass Risiko und Haftung auch bei Beratungsdienstleistungen im Einklang stehen.

125 **Mittelstandsförderung ernst nehmen**

126 Wir Freie Demokraten fordern eine konsequente **Einhaltung und Weiterentwicklung des**
127 **Thüringer Mittelstandsförderungsgesetzes** zum Wohle der kleinen und mittleren
128 Unternehmen im Freistaat. Die Gesetzgebung muss auch auf Landesebene verständlicher
129 werden und eine realistische **Folgenabschätzung für kleine und mittlere Unternehmen**
130 (KMU) beinhalten. Ebenso möchten wir Freie Demokraten die Melde- und Berichtspflichten
131 etwa in den Bereichen Fördermittel, Datenschutz, Sozialversicherung und Statistik
132 vereinfachen. Zusatzbelastungen durch neue gesetzliche Regelungen lehnen wir ab.

133 **Industrie 4.0 für einen innovativen Freistaat**

134 Industrie 4.0 ist **mehr als eine industrielle Revolution.** Sie öffnet den Weg in eine neue
135 Gesellschaft – die **Gesellschaft 4.0.** Sie eröffnet uns Wege, mit denen wir die großen
136 Herausforderungen unserer Zeit im Sinne **hoher Lebensqualität bei gleichzeitiger**
137 **Ressourceneffizienz** gestalten können. Industrie und Gesellschaft 4.0 sind der Weg zu
138 treffgenauem, individuellem und dezentralem Handeln. Hierbei ist die Realwirtschaft Basis
139 aller Digitalisierung und Virtualisierung. Wir Freie Demokraten stellen bei der vierten
140 industriellen Revolution Menschen und Lebensqualität in den Mittelpunkt.
141 Industrie 4.0 heißt vor allem **Individualität, Agilität und Beherrschung der Komplexität.**
142 Die Individualität stärken wir durch Dezentralisierung. Die Agilität erhöhen wir durch
143 automatisierte Entscheidungsvorlagen. Die Komplexität beherrschen wir durch die Nutzung
144 von Assistenzsystemen.
145 Reale Produktionsmittel und Ressourcen werden ergänzt durch virtuelle Produktionsmittel
146 (Software) und virtuelle Rohstoffe (Daten). Diese müssen ebenso philosophisch und juristisch
147 eingeordnet werden wie die Grenzen der künstlichen Intelligenz (KI). Dem Schutz der
148 Privatsphäre und des geistigen Eigentums kommt eine besondere Rolle zu. Wir brauchen
149 einen gesetzlichen Rahmen mit einer hohen Flexibilität für Transparenz. Freiheit,
150 Privatsphäre und geistiges Eigentum müssen vor Missbrauch aller Art geschützt werden. Der

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

151 Weg zur Gesellschaft 4.0 macht eine Modernisierung vieler Gesetze erforderlich. Wir Freie
152 Demokraten stellen uns dieser Herausforderung und wollen Thüringen zum Vorreiter machen.

153 **Abschaffung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn**

154 Wir Freie Demokraten setzen uns über eine **Bundratsinitiative für die Abschaffung der**
155 **Dokumentationspflichten beim Mindestlohn** ein. Stattdessen befürworten wir, dass die
156 **tatsächlich gearbeiteten Stunden durch den Arbeitgeber verbindlich auf den**
157 **Lohnzetteln** der Arbeitnehmer angegeben werden müssen. Somit ist es den Arbeitnehmern
158 möglich, die Arbeitsstunden entsprechend zu vergleichen und eigenständig mögliche
159 auftretende Differenzen über die bestehenden betrieblichen und rechtlichen Wege
160 anzumahnen.

161 **Faire Chancen auf öffentliche Aufträge**

162 Wirtschaftspolitik mit Gründergeist bedeutet auch Existenzgründern, kleinen Unternehmen
163 und Mittelständlern eine faire Chance auf öffentliche Aufträge einzuräumen. Wir Freie
164 Demokraten stehen dafür, dass stets **nur die erforderlichen Ausschreibungsbedingungen**
165 festgesetzt werden - und **nicht die höchst denkbaren**. Wer beispielsweise in den
166 Ausschreibungsunterlagen fordert, dass Bieter ein Vielfaches der ausgeschriebenen
167 Auftragssumme an Jahresumsatz nachweisen müssen, wer Versicherungssummen fordert, die
168 die Auftragssumme und ggf. absehbare Schäden übersteigen, wer Mitarbeiterzahlen fordert,
169 die weit über dem für den Auftrag erforderlichen Rahmen liegen, schließt ohne Not
170 Unternehmen vom Wettbewerb aus.

171 **Handwerk als tragende Säule der Thüringer Wirtschaft stärken**

172 30.000 Betriebe, mehr als 150.000 Beschäftigte und mehr als 14 Milliarden Euro Umsatz –
173 das Thüringer Handwerk ist eine tragende Wirtschaftskraft. Wir Freie Demokraten setzen uns
174 dafür ein, diese tragende Säule der Wirtschaft und Gesellschaft gezielt zu stärken. Durch
175 passgenaue Maßnahmen wie geförderte Imagekampagnen, Entbürokratisierung, Vernetzung
176 von Schule oder Studium mit dem Handwerk Handwerk sowie durch Verbesserung der
177 Ausbildung wollen wir die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung**
178 herstellen und damit auch einen Meilenstein setzen, um dem **Fachkräftemangel wirksam**
179 **entgegenzuwirken**.

180 **Praxisnahe Berufsorientierungstage und attraktive Ausbildung im Handwerk**

181 Die Einführung von **Berufsorientierungstagen** soll praxisnah und unter Beteiligung von
182 Unternehmern aus dem Handwerk ausgerichtet und fortlaufend weiterentwickelt werden. Wir
183 wollen, dass Politik, Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft eng mit der Elternschaft,
184 Studierenden und unter Einbindung der Kammern zusammenarbeiten und ein **gemeinsames**
185 **Maßnahmenpaket** schnüren, das wirkt. Die Regelschule und handwerkliche Fächer müssen
186 wieder aufgewertet werden. Wir setzen uns für ein konsistentes und durchlässiges
187 Schulsystem und eine verbesserte, zielgerichtete Schullaufbahnberatung ein. **Studierende,**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

188 **die sich für einen Richtungswechsel entscheiden**, sind das Potenzial, das wir gezielt für
189 Industrie und Handwerk gewinnen wollen. Das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung
190 muss an die moderne Industrieproduktion und die Arbeit im Handwerk angepasst werden.
191 Dies schließt letztlich auch die Lehrerbildung ein. Zudem wollen wir bessere
192 Mobilitätsangebote für Auszubildende schaffen, damit sie auch überregionale
193 Bildungsmöglichkeiten nutzen können. Die Ausbildung im Handwerk braucht ein Update,
194 denn Handwerk und Digitalisierung gehören zusammen. Wir Freie Demokraten sehen darin
195 eine Chance, die Attraktivität des Handwerks gleichermaßen für Auszubildende wie auch in
196 der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung zu steigern.

197 **Bürokratie abbauen und dem Handwerk das Leben einfacher machen**

198 **Bürokratieabbau** bedeutet für uns Freie Demokraten nicht nur Gesetze und Verordnungen
199 zu entschlacken, sondern auch Antragsverfahren, wie beispielsweise Anträge auf Förderung
200 einer beruflichen Aufstiegsfortbildung, zu vereinfachen und vorhandene Daten
201 datenschutzkonform zu nutzen, statt Berichts- und Meldepflichten aufzublähen. Zum
202 Bürokratieabbau gehört für uns auch ein klares Vergaberecht, das ohne vergabefremde
203 Kriterien auskommt. Wir befürworten ausdrücklich die Wiedereinführung der **Meisterpflicht**
204 für ausgewählte Gewerke sowie eine Förderinitiative, die die Erstattung von Kosten für
205 Meisterkurse bei erfolgreichem Abschluss vorsieht. Wir wollen die **Meisterprämie für alle**
206 Absolventen.

207 **Liberale Ladenöffnungszeiten**

208 In einer liberalen und vielfältigen Gesellschaft müssen sich die Ladenöffnungszeiten an den
209 Bedürfnissen der Verbraucher orientieren. Wir setzen uns für eine Öffnung der starren
210 Regelungen hin zu mehr unternehmerischer Freiheit und Eigenverantwortung ein. Die
211 Interessen der Unternehmer und Beschäftigten sollen dabei wechselseitig abgewogen und
212 berücksichtigt werden. Wir Freie Demokraten lehnen ein Samstagsarbeitsverbot strikt ab.
213 Die Bedürfnisse nach Dienstleistungen und Versorgungsangeboten an Sonntagen aber auch
214 die mit der Sonntagsruhe verbundenen Traditionen sind regional sehr unterschiedlich
215 ausgeprägt. Durch eine neue, überarbeitete Gesetzgebung sollen mehr Handlungs- und
216 Gestaltungsspielräume ermöglicht werden.

217 **Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel**

218 **Ausbildung flexibler und attraktiver machen**

219 Wir Freie Demokraten wollen bereits in der Schule einen starken Fokus auf die
220 Berufsorientierung legen. Die duale Ausbildung sollte gestärkt und modernisiert werden. Für
221 Auszubildende und Unternehmen möchten wir die Ausbildung flexibler gestalten und die
222 Fragmentierung der Ausbildungsberufe eindämmen. Gebühren für die schulische und die
223 duale Ausbildung müssen auf ein Minimum reduziert und damit die **Ungleichbehandlung**
224 **schulischer und universitärer Ausbildung beendet werden**. Darüber hinaus möchten wir

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

225 auch innerhalb der Europäischen Union um Fachkräfte und um potentielle Auszubildende
226 werben.

227 **Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild Kanadas**

228 Für ein **Einwanderungsgesetz mit Punktesystem**, etwa nach kanadischem Vorbild, setzen
229 wir uns über den Bundesrat ein. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere
230 Einwanderungsland selbst aussuchen. Thüringen ist auf die Einwanderung von qualifizierten
231 und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten
232 wollen. Und auch für asylsuchende Menschen sollte es eine Bleibeperspektive geben: Wer
233 sich in Deutschland gut integriert, dem wollen wir mit einem „**Spurwechsel**“ auch eine
234 dauerhafte Perspektive für ein Leben in Deutschland geben.

235 **Etablierung einer europäischen Fachkräfteagentur**

236 Wir Freie Demokraten verstehen **Einwanderungspolitik als Chancenpolitik** – für Thüringen
237 und die Menschen, die zu uns kommen wollen. Voraussetzung für eine für beide Seiten
238 gewinnbringende Einwanderung bleibt, über ausreichende Sprachkenntnisse und eine
239 Berufsqualifikation zu verfügen. Die gezielte **Anwerbung von Fachkräften aus**
240 **Drittstaaten**, die nach einem Kriterien basierten Punktesystem ein Arbeitsvisum erhalten
241 können, wollen wir zukünftig mit der Gründung einer europäischen Fachkräfteagentur und
242 von europäischen Ausbildungszentren in Drittstaaten unterstützen. Diese Zentren sollen, in
243 Abstimmung mit dem europäischen PES-Network und in Kooperation beispielsweise mit den
244 Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie den Handwerkskammern (HWK), Sprachkurse,
245 duale Berufsausbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Ausbildungsziel ist, dass
246 erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen dieser Zentren nach einem Punktesystem ein
247 Arbeitsvisum erhalten können. Durch diese europäischen Ausbildungszentren gewinnen die
248 EU, Thüringen und das Herkunftsland gleichzeitig. Einige Absolventinnen und Absolventen
249 werden nach dem Punktesystem kein Arbeitsvisum erhalten und als qualifizierte Fachkräfte
250 im Drittstaat verbleiben. Damit wird erwünschte Fachkräfteeinwanderung effektiv und
251 effizient nach europäischen Kriterien gesteuert und illegaler Wirtschaftsmigration der Boden
252 entzogen. Die Gründung einer europäischen Fachkräfteagentur ist ein Meilenstein in der
253 europäischen Entwicklungszusammenarbeit und eine große Chance für die
254 Fachkräftegewinnung in Thüringen und die Fachkräfteentwicklung im Drittstaat. Die neuen
255 Angebote sollen ihre Wirkung wie ein „Goethe-Institut für Ausbildungsberufe“ entfalten.

256 **Flexibler Übergang in den Ruhestand**

257 Die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer möchten wir weiter für die Wirtschaft nutzen und
258 bisherige **Hürden für eine Beschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus abbauen**.
259 Unser Ziel ist ein **flexibler Übergang in den Ruhestand**. Dazu wollen wir jedem freistellen,
260 ob er früher oder später in Rente geht und gleichzeitig **die Hinzuverdienstgrenzen**
261 **abschaffen**.
262
263

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

264 Migrationspolitik erfolgreich gestalten - Wirtschaft,
265 Zivilgesellschaft und Ehrenamt

266 Integrationspatenschaften fördern und koordinieren

267 Wir Freie Demokraten wollen **Integrationspatenschaften aktiv fördern und koordinieren**.
268 In diesem Rahmen können ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger Asylsuchende
269 und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive bei Behördengängen, Wohnungssuche, Auswahl von
270 Hilfs- und Freizeitangeboten sowie Erstkontakten zu Vereinen und Verbänden unterstützen.

271 Integrationsnetzwerk „Bund, Länder, Kommunen“

272 Integration ist kein selbstangepasster Automatismus, sondern gelingt nur, wenn die
273 Bereitschaft zur Integration - seitens der Integrierenden sowie der zu Integrierenden - besteht
274 und der **Bund, die Länder und die Kommunen in ihren jeweiligen**
275 **Verantwortungsbereichen zusammenarbeiten** und gemeinsam für die Integration einen
276 geordneten Rechtsrahmen schaffen.
277 Unabhängig von der Frage, aus welchen Gründen der individuellen Lebenslage Menschen
278 ihre Heimat verlassen, ist für uns Freie Demokraten Thüringen in einem liberalen Rechtsstaat
279 das **Grundgesetz das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens**. Jedem soll der
280 dauerhafte Zugang zu unserem Arbeitsmarkt nach den Kriterien eines modernen
281 Einwanderungsgesetzes offenstehen. Wir sehen allerdings für die Integration in Gesellschaft,
282 Bildung und Wirtschaft sowie für den Respekt vor unserem liberalen demokratischen
283 Rechtsstaat die Notwendigkeit für eine **geordnete Zuwanderung**, die auch Akzeptanz in
284 unserer Gesellschaft findet.
285 Für das erfolgreiche Gelingen sind **drei grundlegende Säulen** notwendig: ein **geklärter**
286 **Aufenthaltsstatus, das Erlernen der deutschen Sprache und der Zugang zum**
287 **Arbeitsmarkt**. Um diese Säulen zu stärken, müssen der Bund, das Land und die Kommune
288 Hand in Hand zusammenarbeiten. Neben starken Kommunen braucht es vor allem auch
289 **Partner aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt**.

290 Geklärt Aufenthaltsstatus

291 Menschen, die nach Deutschland kommen, haben nur dann die **Chance und Motivation zur**
292 **Integration**, wenn ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist, und er oder sie wissen, welche
293 Bleibeperspektive in Deutschland besteht. Dazu braucht es auf Bundesebene die Schaffung
294 eines **modernen Einwanderungsgesetzes**, das klar zwischen Flüchtlingen unterscheidet,
295 denen wir einen temporären Schutz in unserem Land gewähren, mit der Perspektive, nach der
296 Befriedung des Heimatlandes dorthin zurückzukehren, um beim **Aufbau der eigenen Heimat**
297 mitzuhelfen, und Asylsuchenden sowie Einwanderern, denen wir unter anderem aufgrund
298 ihrer beruflichen Qualifikation einen dauerhaften Verbleib in Deutschland gewähren. Für sie
299 muss es einen **rechtsstaatlichen, transparenten Prozess** geben, in dem die Anforderungen
300 klar kommuniziert werden. Zu diesen Anforderungen muss die **Sprachfähigkeit** gehören,

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

301 aber auch die offenkundige Bereitschaft sich **in den deutschen Arbeitsmarkt zu**
302 **integrieren.**

303 *Erlernen der deutschen Sprache*

304 Da die **Kenntnis der deutschen Sprache** ein Schlüssel zur Integration ist – denn nur so ist
305 eine Kommunikation in Schulen, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz möglich – muss dem
306 Erlernen von Deutsch weiterhin eine hohe Priorität beigemessen werden. Deutschkurse
307 sollten auch in Zukunft in größerem Umfang angeboten und die **Teilnahme bis zum Level**
308 **B1 verpflichtend** gemacht werden. Besonders bei Jugendlichen in der Altersgruppe von 17
309 bis 25 Jahren muss nach Beendigung der Schulpflicht geprüft werden, ob die
310 Deutschkenntnisse ausreichen, um am Arbeitsmarkt und dem allgemeinen Leben in
311 Deutschland erfolgreich partizipieren zu können. Zudem ist ein umfassendes Zusammenspiel
312 für eine **bedarfsnotwendige, finanzielle und personelle Ressourcenausstattung von**
313 **allgemeinbildenden Schulen und Volkshochschulen** erforderlich. Ebenso fordern wir eine
314 bessere Verzahnung von Sprach- und Berufsausbildung sowie die Etablierung von
315 Beratungsangeboten über den Inhalt und die Qualität der Möglichkeiten einer
316 Berufsausbildung in Deutschland. Sprache ist immer auch Grundlage für internationale
317 Verständigung und Zusammenarbeit. Deshalb soll der Zugang zu Sprachkursen auch jenen
318 Menschen zuteil werden, die nur vorübergehend in Deutschland verbleiben.

319 *Zugang zum Arbeitsmarkt*

320 Die dritte Säule einer erfolgreichen Integration muss der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt
321 sein. Dazu muss das duale Ausbildungssystem flexibilisiert werden, damit eventuelle
322 Vorkenntnisse unter festzulegenden Voraussetzungen angerechnet werden können oder auch
323 noch im vorgerückten Alter eine Ausbildung ganz oder teilweise nachgeholt werden kann.
324 Ebenso soll die Schaffung von Möglichkeiten geprüft werden, Berufserfahrung auf die
325 Ausbildungszeit anrechnen zu können und dennoch einen qualifizierten Abschluss als
326 Ausbildungs-Gütezeugnis auszustellen.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

3. Wir wollen ein Thüringen, das die Chancen der Digitalisierung nutzt

Die Digitalisierung lässt keinen Stein auf dem anderen und mischt alle Karten neu. In Zeiten des digitalen Wandels verteidigen wir unseren Wohlstand nicht, indem wir nur am Althergebrachten festhalten. Wir Freie Demokraten sehen die **Digitalisierung als Mittel für vergleichbare Lebensverhältnisse** und einen attraktiven ländlichen Raum. Deshalb ist die Digitalisierung gerade für unseren Freistaat Thüringen eine große Chance. Mit einer guten digitalen Infrastruktur, künstlicher Intelligenz, autonomer Mobilität und Logistik können wir die Lebensqualität dezentral in die Fläche bringen und eine **Brücke zwischen Stadt und Land** bauen. So können wir gleichzeitig dem ländlichen Raum eine Zukunft geben und Druck vom Wohnungsmarkt in unseren Städten nehmen. Um diese Chancen der Digitalisierung zu nutzen, dürfen wir nicht abwarten. Wir Freie Demokraten werden in Regierungsverantwortung den **Wandel aktiv gestalten und vorantreiben**.

Gigabit-Freistaat Thüringen

Unser Ziel ist bis **spätestens 2025 flächendeckendes Internet auf Gigabit-Basis**. Den Weg dazu möchten wir **technologieoffen und möglichst mit Glasfaser** auf dem besten Stand der Technik gehen. Der Breitbandausbau ist für uns Freie Demokraten eine vordringliche **Aufgabe der Daseinsvorsorge**, insbesondere für die Gewerbegebiete. Wir möchten deshalb regelmäßig und ortsbezogen überprüfen, welche Technologien (zum Beispiel auch kabellos per 5G) zum aktuellen Zeitpunkt am besten geeignet sind. Die digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für die Wirtschaft 4.0. Kupfer-Technologie und Vectoring fördern wir nicht weiter, da diese Technologie mittlerweile komplett überholt ist. Das Vergaberecht lässt einen zügigen Breitbandausbau zu oft vor Vergabekammern scheitern. Für einen beschleunigten Ausbau werden wir Freie Demokraten bürokratische Hemmnisse abbauen, **Vergabeverfahren vereinfachen** und beschleunigen sowie **interkommunale Infrastrukturgesellschaften stärken**. Hohe Kosten beim Breitbandausbau werden vor allem durch den Tiefbau verursacht. Deshalb fordern wir Freie Demokraten mehr Weitblick bei Straßenbaumaßnahmen durch **verpflichtende Leerrohre für Datenleitungen**.

Gigabit-Freistaat Thüringen – Digitalpartnerschaft voranbringen

Ziel für uns Freie Demokraten ist ein „Gigabit-Freistaat Thüringen“. Dazu setzen wir uns für eine neue „**Thüringer Digitalpartnerschaft**“ mit Telekommunikationsunternehmen ein. Im Rahmen der neuen Digitalpartnerschaft wollen wir in Thüringen gemeinsam mit den Betreibern eine **zukunftsichere digitale Infrastruktur aufbauen und Versorgungslücken schließen**. Innerhalb der neuen Digitalpartnerschaft soll der Freistaat Thüringen **Anreize für private Investitionen** durch die Telekommunikationsunternehmen schaffen. Gleichzeitig werden in diesem Zusammenhang gemeinsame Ziele zwischen dem Freistaat und den Betreibern vereinbart, um die **Gigabit- und Mobilfunkversorgung zu verbessern**. Hierzu soll auch vereinbart werden, Basisstationen für den Mobilfunk zu errichten und zu erweitern.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

39 Mit der „Thüringer Digitalpartnerschaft“ ermöglichen wir Freie Demokraten dem ländlichen
40 Raum und privaten Unternehmen **neue Entwicklungschancen**.

41 Funklöcher schließen – freies WLAN voranbringen

42 **Bestehende Funklöcher** wollen wir Freie Demokraten thüringenweit schließen. Das mobile
43 Internet bauen wir flächendeckend auf LTE-Standard, aber erweiterbar auf 5G, aus. Hierbei
44 werden wir auch prüfen, ob die DVB-T2 HD Frequenzen für mobiles Internet zur Verfügung
45 gestellt werden können.

46 Unser Ziel ist **freies WLAN** in allen Landeseinrichtungen und auf öffentlichen Plätzen. Wir
47 Freie Demokraten setzen uns deshalb für **eine landesweit gebündelte WLAN-Strategie** aus
48 einer Hand ein. Wir Freie Demokraten unterstützen private **Freifunkinitiativen** – u.a., indem
49 wir **freies WLAN als gemeinnützigen Zweck anerkennen**. Um die Anzahl privat
50 betriebener offener WLAN-Netzwerke zu erhöhen, brauchen die Betreiber Rechtssicherheit.
51 Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine **vollständige Abschaffung der**
52 **Störerhaftung** ein.

53 Bürgerrechte schützen - Transparenz bei Funkzellenabfragen

54 Wir Freie Demokraten wollen ein **Transparenzsystem für Funkzellenabfragen** in
55 Thüringen einführen. Dadurch möchten wir mehr Transparenz und individuelle Datenhoheit
56 ermöglichen. Bürger sollen sich auch im Freistaat benachrichtigen lassen können, wenn ihre
57 Handydaten im Rahmen einer Funkzellenabfrage erhoben werden. Dafür möchten wir ein
58 **datensparsames Thüringer Funkzellenabfragen-Transparenz-System (FTS)** aufbauen.
59 Für das Thüringer Funkzellen-Transparenz-System wird ausschließlich die Handynummer
60 online erhoben und keine weiteren personengebundenen Daten. Die online registrierte
61 Handynummer soll in Folge einer Datenerhebung per SMS informiert werden. Die Liste
62 registrierter Handynummern muss direkt bei einer **unabhängigen Stelle bei der**
63 **Justizverwaltung** geführt werden. Pauschale Funkzellenabfragen sind stets ein **erheblicher**
64 **Eingriff in die individuelle Freiheit**. Deshalb möchten wir sicherstellen, dass ihr Einsatz
65 stets im Verhältnis zu den jeweiligen Straftaten steht.

66 Fairer Wettbewerb für Mittelstand und „Share Economy“

67 Wir Freie Demokraten wollen die Potentiale der „**Share Economy**“ nutzen und gleichzeitig
68 **faire Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand** sicherstellen. Gesetzliche
69 Rahmenbedingungen (beispielsweise für die Personenbeförderung oder
70 Übernachtungsvermittler) möchten wir dazu vereinfachen und modernisieren.
71 Innovative Mobilitätsdienste können die Leistungsfähigkeit und Effizienz des
72 Personenverkehrs gerade auch im ländlichen Raum signifikant steigern. Gerade **Sharing-**
73 **Economy und Pooling-Konzepte** können zur Belebung des Wettbewerbs, zur **Entlastung**
74 **der Infrastruktur** und zum **Schutz der Umwelt** beitragen. Ziel der Sharing Economy darf es
75 nicht sein, durch Umgehung sinnvoller Regulierungen, etwa beim Arbeits- und
76 Gesundheitsschutz, oder Steuervorschriften Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Gleichzeitig

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

77 sollten innovative Mobilitätsdienste gefördert werden, beispielsweise durch **flexiblere**
78 **Regelungen.**

79 Um innovativen Mobilitätsdiensten den Markteintritt zu ermöglichen und zugleich faire
80 Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen, ist die Etablierung eines
81 Level-Playing-Fields (gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle) erforderlich.

82 Thüringen als Vorreiter für GreenTech und Künstliche Intelligenz

83 Wir Freie Demokraten wollen Thüringen zu einem Freistaat machen, der am Big-Data- und
84 Green-Tech-Markt partizipiert. Umwelttechnik und Ressourceneffizienz treiben die
85 nachhaltige Entwicklung weltweit an. Für den Technologie- und Industriestandort Thüringen
86 kann dies von herausragender Tragweite sein. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt kann in
87 diesen Bereichen nachweislich stark steigen sowie die Beschäftigungszahlen positiv
88 verändern.

89 Umwelttechnologien modernisieren unsere Wirtschaft und sorgen für **nachhaltigere**
90 **Produkte.** Hinzu kommt, dass die Digitalisierung den Green-Tech Bereich stark verändern
91 wird. Unsere Wälder, Felder, Grünflächen und Naturschätze sind die Grundlage und ein
92 einzigartiges Alleinstellungsmerkmal, um Daten über unsere Umwelt zu sammeln und
93 auszuwerten. Mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) können wir diese **Daten in der**
94 **Wertschöpfung nutzbar machen.** Durch die Nutzung von Daten sollen neue
95 Businesskonzepte unter dem Aspekt der Kostenminimierung, Ressourcenschonung national
96 sowie international für die Gesellschaft durch Start-Ups und etablierte Unternehmen
97 entwickelt und verbreitet werden.

98 Wir wollen junge Startups im Green-Tech-Bereich mit einem in Deutschland einzigartigen
99 Hub verbinden, fördern und begleiten. Darüber hinaus ist ein solcher Hub eine einzigartige
100 Schnittstelle zwischen Industrie, Wirtschaft, Umwelt und sozialer Gesellschaft, um einen
101 starken Wirtschaftsstandort Thüringen zu sichern. Der Freistaat bekommt somit die
102 Möglichkeit, sich im gesamten europäischen Raum eine optimale ökonomische Reputation zu
103 sichern und zusätzliche Investitionen von Unternehmen zu akquirieren.

104 Digitale Chancen für den Umweltschutz

105 Für viele Umweltschutzmaßnahmen schafft die Digitalisierung überhaupt erst die technischen
106 Voraussetzungen. Durch intelligente Energienetze können wir erneuerbare Energien
107 effektiver nutzen und gleichzeitig die Stromnetze entlasten. Intelligente Infrastrukturen
108 erzielen wesentlich höhere Einspareffekte beim Ressourceneinsatz. Agile Fertigungssysteme
109 schaffen individualisierte Produkte.

110 IT-Sicherheit muss 4.0 sein

111 Die Sicherheit steht in Zeiten der Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Katastrophen
112 sind kein schönes Thema. Zur Verhütung einer solchen wird IT-Security aber immer
113 wichtiger. Der Grund ist die zunehmende Vernetzung und die rasant wachsende Zahl der
114 Dinge, die ans Internet angeschlossen werden.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

115 Die digitalen Angriffe werden steigen und so Institutionen, Menschen und Gruppen
116 schädigen. Um dem zu begegnen muss die Cybersicherheitsstruktur in Thüringen zukünftig
117 modern ausgestattet und optimal vernetzt sein. Daten-Sicherheit muss zur neuen Sicherheit
118 4.0 weiterentwickelt und IT-Security “Made in Thüringen” entwickelt und gefördert werden.
119 Die Digitalisierungs- und Sicherheitsberatung für kleine und mittlere Unternehmen,
120 Selbstständige, Freiberufler und das Handwerk muss ausgebaut und weiterentwickelt werden.

121 E-Government-Offensive für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung

122 Die Verantwortung für die digitale Transformation werden wir Freie Demokraten in einem
123 schlanken **Digitalministerium** und einem **Digitalausschuss mit Initiativrecht** bündeln. Der
124 Digitalminister muss als „Chief Information Officer“ (CIO) vorrangig die landesweite IT-
125 Steuerung verantworten und offene, interoperable **Standards für Software, Hardware,**
126 **Schnittstellen und Dateiformate** festlegen. Damit die Digitalisierung auf jeder Ebene
127 verstanden und gelebt wird, werden wir über das Digitalministerium die Kommunen gezielt
128 beraten und für diese Zukunftsaufgabe sensibilisieren.
129 In einem **E-Government-Gesetz** werden wir diese Maßnahmen mit einem einheitlichen,
130 harmonisierten System, einer verbindlichen digitalen Akte und Best-Practice-Modellen für die
131 Kommunen bündeln. Dazu möchten wir Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises
132 weitgehend beim Land sammeln und digitalisieren. Darüber hinaus möchten wir prüfen, ob
133 IT-Dienstleistungen und das Thüringer Landesrechenzentrum als eine Gemeinschaftsaufgabe
134 der mitteldeutschen Bundesländer effektiver organisiert werden können. Thüringen allein ist
135 zu klein, um sämtliche IT-Lösungen selbst zu entwickeln.
136 Die Digitalisierung der Verwaltung muss mit einem gleichzeitigen Kulturwandel in den
137 Köpfen einhergehen. Die einfache Abbildung alter Strukturen über PDF-Dokumente ist kein
138 hinreichender Anspruch. Möglichen Ängsten von Mitarbeitern und Bürgern begegnen wir
139 aufgeschlossen und mit offenen Kommunikationsmöglichkeiten. In jedem Bürgerbüro
140 möchten wir über **Bürgerterminals** die Verwaltung der verschiedenen Ebenen verfügbar
141 machen.
142 Nach dem „**Once-Only-Prinzip**“ möchten wir einen Kerndatensatz zur Verfügung stellen,
143 auf den die Ämter für Formulare und Verwaltungsvorgänge zurückgreifen können. Den
144 Bürgern werden dadurch bürokratische Doppelbelastungen erspart. Durch die Digitalisierung
145 können die Bürger mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge erhalten. Entscheidend dafür
146 ist das Transparenzprinzip – jeder Bürger muss sehen können, welche Behörde zu welchem
147 Zeitpunkt und aus welchem Grund auf diese Daten zugegriffen hat.

148 Genehmigungsfiktion ausbauen – Bürger und Behörden auf Augenhöhe

149 Mit dem Ausbau der **Genehmigungsfiktion** möchten wir Verwaltungshandeln verbindlich
150 machen und Augenhöhe zwischen Bürgern und Verwaltung herstellen. Behörden werden
151 verpflichtet, Anträge innerhalb einer Frist zu bearbeiten. Liegt nach Fristablauf kein Bescheid
152 vor, gilt die Genehmigung als erteilt. Behörden sollen sagen, was geht, nicht nur was nicht
153 geht.
154 Den Bürgern wollen wir über elektronische Partizipation einfache Verfahren bieten, um sie an
155 Verwaltungsprozessen zu beteiligen.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

156 **Transparenzgesetz und Open Government**

157 Mit einem Transparenzgesetz ermöglichen wir mehr Innovationskraft im Freistaat.
158 Unverhältnismäßige Abschreckungsgebühren lehnen wir in diesem Zusammenhang ab. Wir
159 Freie Demokraten möchten mit **Open Government** die demokratische Partizipation
160 verbessern. Informationen und Gutachten der öffentlichen Verwaltung, die keine
161 personenbezogenen oder schützenswerten Daten enthalten, möchten wir weitestgehend als
162 **Open Data** für die weitere Nutzung freigeben und in einem Portal verfügbar machen.
163 Darüber hinaus wollen wir bei zukünftigen Softwareprojekten die Ergebnisse als freien Code
164 zur Verfügung stellen, um einerseits sichere und qualitativ-hochwertige Lösungen zu erhalten
165 und andererseits doppelte Ausgaben für Lizenzen zu vermeiden.

166 **Ideenwettbewerb für Blockchain in der Verwaltung**

167 Mit einem kreativen **Ideenwettbewerb** möchten wir Freie Demokraten den Nutzen der
168 **Blockchain-Technologie** für die öffentliche Verwaltung in Kooperation mit
169 gesellschaftlichen Akteuren, Start-Ups und der Wissenschaft erproben und Thüringen damit
170 zum Vorreiter machen. Die Blockchain kann als dezentrales Netzwerk das Vertrauensproblem
171 in der IT lösen. Die Technologie steht nicht mehr am Anfang ihrer Entwicklung und hat das
172 Potenzial für vielfältige Anwendungen mit geringen Transaktionskosten. Der sinnvolle
173 Einsatz der Blockchain ist begrenzt, kann aber in bestimmten Bereichen einen revolutionären
174 Fortschritt bedeuten.
175

176 **Medienpolitik reformieren und modernisieren**

177 Wir Freie Demokraten möchten das Thüringer Landesmediengesetz reformieren und die
178 politische Einflussnahme auf die Besetzung der Führungspositionen reduzieren. In der
179 Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt möchten wir auch Vertreter der digitalen
180 Medien beteiligen. Die Größe der öffentlich-rechtlichen Gremien möchten wir auf
181 Effektivität, Arbeitsfähigkeit und Repräsentativität überprüfen und ggf. anpassen.

182 **Bürgermedien wertschätzen und stärken**

183 Die **Fördermöglichkeiten für Bürgermedien** wollen wir Freie Demokraten
184 unbürokratischer ausgestalten und um einen Inflationsausgleich ergänzen. Die
185 **Bürgermediensatzung der TLM** möchten wir **reduzieren**. Die Vorgaben bezüglich lokaler
186 Inhalte in Minuten pro Sendestunde sollten abgeschafft werden, da sie unrealistisch und nicht
187 überprüfbar sind. Die **Medienbildung bei den Bürgermedien** möchten wir stärken. Geplant
188 ist eine Finanzierung der erforderlichen **Stellen für Medienpädagogen aus einem separaten**
189 **Budget**, die Bürgermedien würden dadurch ebenfalls entlastet. Darüber hinaus setzen wir uns
190 für eine bessere **Anerkennung journalistischer Arbeit** bei den Bürgermedien ein.

191 **Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk an der Grundversorgung orientieren**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

192 Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einem qualitativ hochwertigen Rundfunk. Die
193 **Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks möchten wir an der Grundversorgung**
194 **orientieren** und den Anteil an Information, Bildung und Kultur deutlich erhöhen.
195 Doppelstrukturen möchten wir möglichst abbauen und Synergien nutzen. Wir Freie
196 Demokraten setzen uns für einen **effizienten Umgang mit den Mitteln der**
197 **Rundfunkanstalten** ein. Den **Rundfunkbeitrag möchten wir Freie Demokraten senken**
198 und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren.
199 Das ZDF möchten wir, inklusive des Unterhaltungsbereichs, zu einem **freien öffentlichen**
200 **Rundfunk** weiterentwickeln und privatisieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf nicht
201 zur Konkurrenz von privaten Online-Medien werden. Deshalb sind die digitalen Auftritte auf
202 den neuen freien öffentlichen Rundfunk zu übertragen.

203 **Daten schützen – und Datenschutz praktikabel gestalten**

204 Datenschutz ist für uns Freie Demokraten ein urliberales Grundanliegen. Es waren die Freien
205 Demokraten, die sich in Thüringen als erste für die Unabhängigkeit und Zuständigkeit des
206 Datenschutzbeauftragten auch im privatrechtlichen bzw. privatwirtschaftlichen Datenschutz
207 und für eine bessere personelle Ausstattung eingesetzt haben. Es ist die Grundüberzeugung
208 der Freien Demokraten, dass freie Bürger auch frei über ihre eigenen Daten bestimmen
209 können müssen. Deshalb begrüßen wir eine grundlegende Modernisierung und Stärkung des
210 Datenschutzes. Für uns Freie Demokraten gilt aber auch die **Verhältnismäßigkeit beim**
211 **Datenschutz**. Unser Grundsatz deshalb: „**Aufklärung vor Strafe**“. Datenschutz muss
212 verständlich, rechtsbestimmt und im realen Leben praktikabel sein. Diesen Anforderungen
213 genügt weder die Datenschutzgrundverordnung noch die nachgeordnete Thüringer
214 Gesetzgebung. Wir Freie Demokraten wollen deshalb unseren Einfluss auf europäischer und
215 auf Bundesebene für eine Verbesserung der Rechtslage geltend machen und in Thüringen die
216 Fortschreibung und Verbesserung der aktuellen Gesetzgebung erreichen.
217 Zum Schutz der Daten gehört insbesondere auch, dass durch öffentliche und private
218 Überwachungsmaßnahmen keine Bewegungsprofile unbescholtener Bürger erstellt werden
219 können. Deshalb stehen die Freien Demokraten weiter auf dem Standpunkt, dass
220 Kameraüberwachungen im öffentlichen Raum nur in sehr sorgfältig begründeten
221 Ausnahmefällen möglich sein sollen, wenn eine konkrete Gefahr vorliegt und wenn
222 Aufnahmen, die keine Straftaten belegen, unverzüglich wieder gelöscht werden, ohne Dritten
223 zur Verfügung gestellt zu werden.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

4. Wir wollen ein Thüringen, das unkompliziert und bürgernah ist

Dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass keine neue Gebietsreform, sondern allein eine **dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform** die strukturelle Zukunft Thüringens nachhaltig gestalten kann. Nur wenn es uns gelingt, die politischen Entscheidungen im Sinne der regionalen Identität vor Ort zu belassen und zugleich die Verwaltungsstrukturen effizienter und großräumiger zu gestalten, kann eine belastbare Struktur entstehen. Beides miteinander zu vereinbaren, ist die politische Herausforderung, die wir Liberalen lösen möchten.

Einsparpotentiale liegen in erster Linie in einer Verwaltungsreform - in der Bündelung der Wahrnehmung materieller Landesaufgaben beim Land und in der Reduktion der verbleibenden Verwaltung in Kreisen und Gemeinden.

Regionale Identität erhalten

Wir Thüringer Liberale verstehen, dass sich regionale Identität nur dann bildet, wenn Entscheidungen – welche die Menschen unmittelbar vor Ort betreffen – auch tatsächlich durch diese Menschen getroffen werden können. Regionale Identitätsangebote müssen deshalb die Lebenswirklichkeit der Bürger abbilden. Deshalb sind die **kommunalen Strukturen die Grundpfeiler gelebter Demokratie** im Freistaat Thüringen. Wir Freie Demokraten wollen die **politischen Räume von den Verwaltungsstrukturen trennen**. Regionale Identität löst sich auf, wenn diejenigen Entscheidungen, die das unmittelbare Umfeld der Menschen prägen, nicht mehr im Raum der regionalen Identität verankert sind. Je größer die **Entfernung zwischen Entscheidungsort und Betroffenen**, desto geringer ist die **Bindung zwischen Bürgern und Entscheidern**. Diese Bindung ist jedoch der ganz wesentliche und entscheidende Faktor, damit sich Bürgerinnen und Bürger ernstgenommen fühlen und damit sie sich engagieren. Der Grad des „Ernstgenommen Werdens“ ist ein zentraler Indikator für die Zufriedenheit der Bürger mit unserer Demokratie, weshalb politische Strukturen nah am Bürger bleiben müssen.

Kommunales Engagement ist in besonderem Maße ehrenamtlich geprägt. Hauptmotivation ist der Wille, das direkte persönliche Lebensumfeld zu gestalten. Große Gebietskörperschaften greifen deshalb in zwei Richtungen die Motivation kommunalpolitisch Tätiger an. Zum einen durch ihre hohen Opportunitätskosten (Reduzierung der eigenen Freizeit durch eine Vielzahl an Gremiensitzungen sowie die zeitlichen und finanziellen Kosten weiter Anfahrtswege) und zum anderen **das Fehlen eigener, regionaler Betroffenheit**. Beides ist dem politischen Engagement abträglich.

Selbstverwaltung ernst nehmen – Gemeindestrukturen vor Ort bestimmen

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

37 Die kommunale Selbstverwaltung ist für uns Freie Demokraten ein nicht verhandelbares Gut.
38 Wir sehen unsere Kommunen als „**Grundschulen der Demokratie**“ und möchten den
39 Städten und Gemeinden im Freistaat mehr Entscheidungskompetenzen geben.
40 Wir Freie Demokraten wenden uns klar **gegen Zwangsfusionen**. Eine zentralistische
41 Gebietsreform vom Erfurter Reißbrett aus ist kontraproduktiv. Allein die Freiwilligkeit von
42 Gebietszusammenschlüssen schafft deren Akzeptanz bei der Bevölkerung. Thüringer
43 **Gemeinden sollen eigenständig über kommunale Strukturen entscheiden** und diese ohne
44 Zustimmung des Innenministers und der Landesregierung beschließen können. Wir nehmen
45 damit den Begriff der Kommunalen Selbstverwaltung wortwörtlich und leben **kommunale**
46 **Freiheit und Vielfalt**. Selbstbestimmung ist keine Einbahnstraße: Bei entsprechendem
47 Bürgerwillen muss Ortsteilen auch der Weg zurück in eine eigenständige Gemeinde
48 ermöglicht werden.

49 **Interkommunale Zusammenarbeit stärken**

50 Wir Freie Demokraten wollen die **interkommunale Zusammenarbeit stärken**. Für uns
51 sollte es eher der Regelfall – nicht die Ausnahme – sein, dass Verwaltungen untereinander
52 kooperieren und **Aufgaben gemeinschaftlich wahrnehmen**. Verwaltungsgemeinschaften
53 können ein bürgernaher und dezentraler Weg zu effizienten Verwaltungsstrukturen sein.
54 Dafür möchten wir die **Verwaltungsgemeinschaften weiterentwickeln**. Etwa durch eine
55 Stärkung direktdemokratischer Elemente, eine Stärkung der Gemeinschaftsebene und eine
56 steuerkraftabhängige Umlage als Regelfall. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer
57 vielfältigen Struktur der kommunalen Familie im Freistaat Thüringen.
58 **Pauschale Mindestgrößen für Kommunen lehnen wir ab**, egal ob auf Gemeinde- oder
59 Landkreisebene. Die selbstbestimmte Entwicklung der Gemeinden prägte unseren Freistaat in
60 den letzten beiden Jahrzehnten. Dabei war nicht die Verwaltung sinnbildend für die Identität
61 einer (auch VG-angehörigen oder beauftragenden) Gemeinde, sondern die kommunale
62 Selbstbestimmung und Bürgerbeteiligung innerhalb ihrer Eigenständigkeit.

63 **Regionalkreis in der Thüringer Kommunalordnung verankern**

64 Wir Freie Demokraten wollen den **Regionalkreis als einen Kommunalverband der**
65 **besonderen Art in der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) verankern**. Dadurch
66 ermöglichen wir rechtlich eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und
67 kreisfreien Städten. Gleichzeitig wird die kommunale Vielfalt in Thüringen gestärkt und
68 ausgebaut. Vorbild für den Regionalkreis ist das niedersächsische
69 Kommunalverfassungsgesetz.
70 Insbesondere die Rechtsstellung der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Göttingen als
71 regions- bzw. kreisangehörige Städte, die gleichwohl als kreisfrei behandelt werden, soll
72 analog auch den bisher kreisfreien Städten in Thüringen ermöglicht werden. Wenn vor Ort so
73 gewollt, kann trotz des Zusammenschlusses zu einem gemeinsamen Regionalkreis der **Status**
74 **der Kreisfreiheit für die Stadt innerhalb des Landkreises erhalten** bleiben.

75 **Digitale und kreisübergreifende Verwaltung statt Zentralismus**

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

Der digitale Wandel hat in der Privatwirtschaft bereits viele altbekannte Geschäftsmodelle neu erfunden und verkrustete Strukturen zum Wohle der Bürger aufgebrochen. In unseren Verwaltungsstrukturen hingegen ist diese Entwicklung leider noch nicht angekommen. Das „E-Government“ im deutschen Sinne beschränkt sich in Thüringer Verwaltungen auch Mitte des zweiten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert noch viel zu oft auf die Bereitstellung von E-Mail-Adressen und PDF-Dokumenten.

Anstatt, wie andere europäische Staaten, **digitale Chancen und die Abläufe neu zu denken**, werden bei uns bürokratische Strukturen aus dem vergangenen Jahrhundert weiter manifestiert. Auch die ursprünglich geplanten rot-rot-grünen Großkreise zwischen 130.000 und 300.000 Einwohnern hätten daran nichts geändert. Sie sind kein geeignetes Instrument, um die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Dafür braucht Thüringen keine anonymen Großkreise, sondern eine **mutige E-Government-Offensive**. Zielstrebig gilt es dabei, bestehende Hemmnisse im Zusammenhang mit der elektronischen Signatur abzubauen, praktikable Lösungen zu entwickeln und dafür Sorge zu tragen, dass die höhere Effizienz vor allem zur Entlastung und Vereinfachung, anstatt zur Entwicklung zusätzlicher Anforderungen führt.

Ein thüringenweiter IT-Dienstleistungsbetrieb für digitale Kommunalverwaltung

Wir Freie Demokraten stehen zur kommunalen Selbstverwaltung. Gleichzeitig unterstützen wir die kommunalen Verwaltungen bei der Bewältigung der digitalen Herausforderungen und der europäischen Vorgaben. Die Realität der Ämter möchten wir gemeinsam mit den Kommunen an die veränderte Wirklichkeit anpassen. Deshalb befürworten wir die Gründung eines **kommunalen IT-Dienstleistungsbetriebs** zur Unterstützung der Kommunen beim Einsatz von Informationstechnologie. Der Betrieb könnte etwa nach Vorbild der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) als öffentlich-rechtliche Einrichtung in der **Trägerschaft der kommunalen Spitzenverbände** arbeiten. Nachdem die kommunale Sachbearbeitung durch die Möglichkeiten des E-Government immer komplexer wird und ein Spezialwissen voraussetzt, das die kommunalen Kunden häufig nicht vorhalten können, könnte ein kommunaler IT-Dienstleister als **Komplettanbieter für Kommunalsoftware, Verfahren und Infrastruktur** eine flexible Gestaltung kommunaler Online-Lösungen ermöglichen. Demgegenüber könnten sich die Kommunalverwaltungen von ihren veralteten Serverlandschaften mit vielschichtigen Betriebs- und Applikationsarchitekturen, hohen Folgekosten und zunehmender Abhängigkeit von Spezialwissen lossagen.

Estland als Vorbild für Thüringens Digitalstrategie

Wir Freie Demokraten wollen den Freistaat **Thüringen zum deutschen Estland machen**. Der baltische EU-Mitgliedstaat ist Vorreiter in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Mit der e-Residency bietet Estland eine Art „digitale Staatsbürgerschaft“, mit der auch Nicht-Esten Zugang zu den digitalen Diensten des Landes erhalten. Wir möchten unsere Thüringer **Digitalisierungsstrategie an den Best-Practice-Modellen von Vorreitern wie Estland ausrichten**. Wir Freie Demokraten werden die **Verwaltungen in Thüringen bürgernaher, effizienter und moderner** gestalten. Konkret heißt das: **Bürokratieabbau und papierarme Verwaltung**, um hierdurch viele Abläufe effizienter zu gestalten. So viele

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

117 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich müssen mittels eID (Online-Ausweisfunktion des
118 neuen Personalausweises) komplett online zur Verfügung stehen. Dies betrifft u.a. das
119 Standesamt, die Meldestelle, Sozialleistungen und Unternehmensgründungen. Die konkrete
120 Ausgestaltung der Verfahren muss dabei weiterhin Rechtssicherheit gewährleisten und vor
121 Missbräuchen schützen.

122 **Papierlose Antrags- und Genehmigungsverfahren**

123 Mit schlanken, effizienten und **papierlosen Antrags- und Genehmigungsverfahren**
124 möchten wir die internen Verwaltungsabläufe neuausrichten. Gleichzeitig möchten wir, in
125 geeigneten Bereichen (z.B. Kindergeld oder Personalausweis), eine automatische
126 Antragstellung einführen. Dadurch können wir die Verwaltungsprozesse weiter optimieren
127 und einfacher für die Bürger machen.

128 **Zugang zur Verwaltung über Bürgerterminals**

129 Wir Freie Demokraten möchten die **Verwaltung durch Bürgerterminals besser erreichbar**
130 **machen**. Bürgerterminals sind Stationen mit Bildschirm, Kamera, Scanner, Drucker und
131 Kartenlesegerät, die bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen dezentral eingerichtet werden
132 können. Über diese Schnittstelle kann jeder Bürger über seine lokale Verwaltung **Zugang**
133 **zum Landratsamt oder zur Landesverwaltung** erhalten. Bei Bedarf können Mitarbeiter der
134 lokalen Kommunalverwaltung die Bürger am Bürgerterminal unterstützen.

135 **Aufgabenkritik und Vereinfachung der Standards in der Verwaltung**

136 Voraussetzung für eine dringend **notwendige Verwaltungsreform** ist zunächst eine
137 umfangreiche Aufgabenkritik. Politik muss fragen, welche Aufgaben Verwaltungen zu leisten
138 haben und wie sie diese leisten soll. **Verwaltungen sind Dienstleister am Bürger**, der sie
139 finanziert. Eine dienstleistungsorientierte Verwaltung bearbeitet effizient und schnell die
140 Anliegen der Bürger. Baustein für die Stärkung und Entlastung kommunaler Verwaltungen ist
141 die Überprüfung und Entrümpelung von Aufgaben der Kommunalverwaltungen. Wir Freie
142 Demokraten wollen ein **Standarderprobungsgesetz einführen** und die **Kommunen durch**
143 **die Überprüfung und Vereinfachung von Standards entlasten**. Damit sollte den
144 Kommunen nach dem erfolgreichen Beispiel Brandenburgs ermöglicht werden, von
145 aufwändigen Standards abzuweichen, wenn der gleiche Zweck auch einfacher erreicht werden
146 kann.

147 **Freistaat 4.0 statt Bezirke 2.0**

148 Wir Freie Demokraten sehen die Chancen der Digitalisierung und werden den Wandel
149 gestalten, anstatt nur auf ihn zu warten. Es ist an der Zeit, die Strukturen in Thüringen den
150 heutigen und zukünftigen Herausforderungen anzupassen. **Der Freistaat Thüringen braucht**
151 **ein Update**. Wir wollen **keine Bezirke 2.0 sondern den Freistaat 4.0**. Wir wollen einen
152 Freistaat Thüringen, der Bürgern den Raum lässt, sodass sich deren Talente bestmöglich
153 entfalten können. Grundlage dafür ist eine Landes- und Verwaltungsstruktur, die den

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

154 Anforderungen und Erwartungen seiner Bürger gerecht wird. Wir Freie Demokraten sehen als
155 Markstein dafür unsere **dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform**.

156 **Ein Normenkontrollrat als Bürokratie-TÜV für Thüringen**

157 Wir Freie Demokraten setzen uns für die **Schaffung eines Thüringer Normenkontrollrats**
158 ein. Ein solches Gremium soll, ähnlich des Normenkontrollrats auf Bundesebene, das zentrale
159 politische Steuerungsorgan für **Bürokratieabbau und eine bessere Rechtssetzung** auf
160 Landesebene werden. Ein Thüringer Normenkontrollrat kann **neue und bestehende Gesetze**
161 **und Verordnungen überprüfen** und dadurch den Weg zu einem einfacheren und
162 bürgerfreundlicheren Staat ebnen.

163 **Kommunen entlasten – übertragener Wirkungskreis zurück zum Freistaat**

164 Die große Masse dessen, was Thüringer Bürger als Verwaltungsaufgaben kennen, ist
165 **originäre Aufgabe des Freistaates Thüringen**. Diese Aufgaben wurden in früherer Zeit nur
166 deshalb auf die kommunale Ebene übertragen, weil das Land über keine eigene Verwaltung
167 vor Ort verfügte. Was in der prädigitalen Ära unabdingbar war – die Erreichbarkeit der
168 Verwaltung vor Ort sicherzustellen – ist dank der digitalen und kreisübergreifenden
169 Verwaltung auf unkomplizierte Weise möglich. Wir Freie Demokraten wollen eine
170 **bürgernahe Verwaltung**, die unabhängig vom Wohnort **nur einen Mausklick entfernt** ist.
171 Derzeit erledigen die Städte, Gemeinden und Kreise, neben originären Aufgaben der
172 kommunalen Selbstverwaltung, **mehr als 120 Aufgaben für den Freistaat** und müssen
173 hierfür entsprechende Kapazitäten bereitstellen. Grundsätzlich handelt es sich hier um
174 Angelegenheiten, bei denen keine Mitbestimmung durch die Vertreter der örtlichen
175 Selbstverwaltung erfolgt. Vor allem, weil sie unter Gleichheitsgesichtspunkten für alle Bürger
176 gleich zu vollziehen sind. Wir Freie Demokraten möchten die **Kommunen vom**
177 **übertragenen Wirkungskreis befreien** und weitestgehend die **Aufgaben schlank beim**
178 **Freistaat bündeln**. Hier liegt das wahre finanzielle Einsparpotential für Freistaat,
179 Kommunen und Bürger.
180 Verwaltungsaufgaben teilen sich bereits heute auf in **Entscheidungen, die individuelle Sach-**
181 **und Vor-Ort-Kenntnisse erfordern** (wie Bauanträge), und in Aufgaben, die nach Aktenlage
182 bearbeitet werden (etwa KFZ-Angelegenheiten, Einwohnermeldeamt oder
183 Gewerbebeanmeldung). Auch Aufgaben, die **hochspezifisches Fachwissen erfordern**
184 (Veterinärmedizin, Umweltamt, Gesundheitsamt), sind durch Kommunen und Kreise oft
185 kaum alleine abzusichern. Gerade binäre Entscheidungslagen oder nötiges hochspezifisches
186 Fachwissen bieten erhebliche Möglichkeiten die Thüringer Verwaltungen raumgreifend zu
187 organisieren, weiter zu spezialisieren und Effizienzgewinne zu realisieren. Für uns Freie
188 Demokraten ist nicht mehr entscheidend, wo eine Verwaltungsentscheidung getroffen wird,
189 sondern ob die Anträge der Bürger sachgerecht, schnell und in einem vertretbaren
190 Kostenrahmen realisiert werden.

191 **Keine Altersdiskriminierung bei Bürgermeister- und Landratswahlen**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

192 Wir Freie Demokraten fordern die **Abschaffung der Altersdiskriminierung bei den**
193 **Bürgermeister- und Landratswahlen** durch eine Veränderung des Thüringer
194 Kommunalwahlgesetzes. Mit Blick auf das passive Wahlrecht müssen für alle
195 wahlberechtigten Personen, die die Volljährigkeit erreicht haben, die gleichen Regeln gelten.
196 Wir lehnen ein Mindestalter im passiven Wahlrecht bei der Wahl der ehren- und
197 hauptamtlichen Bürgermeister sowie Landräte, welches jenseits der gesetzlichen
198 Volljährigkeit liegt, ab. Darüber hinaus stellen wir uns auch **gegen eine Altersbegrenzung**
199 **auf 65 Jahre** für das passive Wahlrecht bei der Wahl der hauptamtlichen Bürgermeister und
200 Landräte. Volljährige Staatsbürger sollen diesbezüglich stets das volle passive Wahlrecht
201 genießen.

202 **Kläranlagen im ländlichen Raum: Fairness für die Betroffenen**

203 Nachdem die Bewohner des ländlichen Raums als Einwohner zumeist
204 zweckverbandsangehöriger Gemeinden über Jahrzehnte ihre Wasser- und
205 Abwasserrechnungen gezahlt haben, sind sie bezüglich der Abwasserbeseitigung oft vom
206 Solidarprinzip abgekoppelt. Neben den **hohen Bau- und Betriebskosten** belasten auch der
207 hohe bürokratische (Betriebsbuch) und körperliche Aufwand (bspw. tägliches Öffnen
208 schwerer Schachtdeckel zur Kontrolle der Kläranlage) vor allem ältere Leute auf dem Land.
209 Nach vier Jahren Untätigkeit legte die rot-rot-grüne Landesregierung einen Gesetzesentwurf
210 vor, der Dörfer und Siedlungen unter einer willkürlichen Einwohnergrenze von 200
211 Einwohnern wieder außenvorlässt. **Wir Freie Demokraten fordern von den**
212 **Abwasserbeseitigungspflichtigen** (Kommunen und Zweckverbände) grundsätzlich **in jedem**
213 **Fall einen soliden Variantenvergleich** durchzuführen, bei dem fachgerecht und überprüfbar
214 ermittelt wird, was für die Betroffenen die **wirtschaftlichste Lösung** ist. Darüber hinaus
215 möchten wir die Entsorgungsstandards ebenso prüfen, wie die Möglichkeit, preiswertere
216 naturnahe Verfahren (z.B. Abwasserteichanlagen, im Trennsystem auch Pflanzenkläranlagen)
217 in den Variantenvergleich einzubeziehen. Auch in kleinen Dörfern mit 50 Einwohnern oder
218 weniger kann eine gemeinsame Kläranlage die preiswertere Lösung sein als der Bau mehrerer
219 einzelner vollbiologischer Kleinkläranlagen. Das hängt vom konkreten Einzelfall und dem
220 Variantenvergleich vor Ort ab.

221 **Kein Zwang zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**

222 Mit Sorge sehen wir, dass entgegen vollmundigen Versprechungen die bisherige Landesregierung bis
223 zum heutigen Tage keine funktionierende Lösung für das Problem der Straßenausbaubeiträge
224 geliefert hat. Stattdessen wird Kommunen der schwarze Peter zugeschoben, indem man sie ohne
225 Rechtsgrundlage zu rechtswidrigem Handeln animiert.

226 Wir Freie Demokraten sprechen uns **gegen einen Zwang zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**
227 aus. Verfassungsrechtlich gibt es keinen Grund, von der Landesebene aus derart in die kommunale
228 Freiheit einzugreifen. Stattdessen möchten wir den **Kommunen die Entscheidung über die Erhebung**
229 **kommunaler Abgaben überlassen**. Dies ist die einzige Variante für eine faire und individuelle
230 Einzelfallbetrachtung der Kommunen. Manche Kommunen haben Beiträge abhängig vom Ausbau der

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

231 jeweiligen Straße erhoben, andere dagegen wiederkehrende Beiträge genutzt. Da eine Rückzahlung
232 bis in die 90er Jahre unbezahlbar ist, würde eine pauschale Abschaffung aller Beiträge unweigerlich
233 zu einer neuen Ungerechtigkeit führen. Wir Freie Demokraten setzen daher auf einzelfallgerechte
234 Lösungen vor Ort durch mehr Freiheit und Verantwortung für die Kommunen. Wir machen die
235 Kommunen unabhängig von der Entwicklung der Landesfinanzen, zwingen Kommunen aber auch
236 nicht dazu, gegen ihren Willen Straßenausbaubeiträge zu erheben.

237 Innenpolitik

238 Polizei in Thüringen - Partner in Uniform

239 Eine wichtige Errungenschaft des Rechtsstaats ist, dass die Menschen im Lande heute ihre
240 **Polizistinnen und Polizisten zuerst als Partner** wahrnehmen. Polizisten verteidigen unsere
241 Freiheit und unsere Sicherheit. Dieses Engagement bedarf aber auch des Schutzes und der
242 **Motivation durch die Gesellschaft**. Die Freien Demokraten **verurteilen die**
243 **Verharmlosung polizeifeindlicher Graffitis** durch die rot-rot-grünen Regierungsfractionen.
244 So wie die Thüringer Polizisten es verdient haben, selbst gegen Hetze und Gewalt geschützt
245 zu werden, haben sie auch eine **faire und angemessene Besoldung** verdient. Deshalb setzen
246 sich die Freien Demokraten in Thüringen für eine bessere Vergütung der Polizeibediensteten
247 ein. Auch die **Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten müssen attraktiver werden**
248 und tatsächlich bei den Polizisten ankommen, die den Dienst tätigen. Deshalb wollen wir die
249 Zulagen nachts an Werktagen auf mindestens 5 Euro und für Sonn- und Feiertage auf
250 mindestens 7,50 Euro pro Stunde anpassen. Die Nutzung und Weiterentwicklung von **Online-**
251 **Anzeigen** möchten wir in Kooperation mit der GdP und dem Richterbund prüfen und die
252 technischen Systeme entsprechend harmonisieren.

253 Beförderungsstau durch Regelbeförderung auflösen

254 Ebenso setzen wir uns für eine spürbare **Auflösung des Beförderungsstaus durch**
255 **Regelbeförderung** ein. Eine **Regelbeförderung entlastet die interne Verwaltung**, da die
256 Beamten nicht mehr alle drei Jahre beurteilt werden müssen. Dadurch entlasten wir zugleich
257 auch die Verwaltungsgerichte, weil Klagen wegen Beförderungen oder Beurteilungen
258 weitestgehend entfallen würden. Wir Freie Demokraten wollen den **mittleren Dienst als**
259 **attraktiven Einstieg in den Polizeidienst für Realschulabsolventen** beibehalten.

260 Liberale Sicherheitspolitik im Einklang mit Bürgerrechten

261 Wer seine Gesundheit und oft sogar sein Leben für unsere Sicherheit einsetzt, hat mehr
262 Respekt der Gesellschaft verdient. Die Freien Demokraten stehen für einen **starken**
263 **Rechtsstaat, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung wehrhaft verteidigt**.
264 Zugleich erinnern wir uns an die Erfahrungen zweier Diktaturen auf deutschem Boden.
265 Deshalb sind wir Freie Demokraten **Verteidiger der Bürger- und Grundrechte**. Liberale
266 Sicherheitspolitik bleibt deshalb kritisch gegenüber symbolpolitischen Forderungen, die einen
267 Abbau der Bürgerrechte zur Folge hätten.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

268 **Bessere technische und personelle Ausstattung der Sicherheitsorgane**

269 Wir Freie Demokraten fordern eine **bessere personelle und technische Ausstattung** und
270 eine **Entlastung der Polizei von Bürokratie** sowie eine effizientere Arbeitsorganisation.
271 Während Straftäter aller Länder bestens vernetzt sowohl in der Cyberkriminalität als auch vor
272 Ort in Thüringen Bürgerinnen und Bürger schädigen, schickt der Freistaat immer noch seine
273 Polizeibediensteten in der digitalen Postkutsche auf die Datenautobahn. Noch immer ist die
274 **technische Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen der Thüringer Polizei mit**
275 **internetfähigen Arbeitsplätzen** dramatisch schlecht. Immer noch gibt es zwischen den
276 Landespolizeien untereinander und der Bundespolizei sowie erst recht im Verhältnis zu den
277 Strafverfolgungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union keine
278 ausreichenden, **elektronischen Schnittstellen**, um sich schnell und effizient mit den
279 zulässigen und notwendigen Informationen auszutauschen. Wenn nicht nur Touristen,
280 sondern auch Kriminelle und Gefährder mühelos mit dem Auto beispielsweise in fünfzehn
281 Stunden von Neapel nach Thüringen oder in neun Stunden von Erfurt nach Warschau reisen
282 können, sind die derzeitigen, polizeilichen Kommunikationswege zu langsam.

283 **Funkstreifenwagen und zeitgemäße mobile Funkgeräte für die Thüringer Polizei**

284 Als Internetzugang vor Ort nutzen die Thüringer Polizisten in der Regel das private
285 Smartphone. Dieser prädigitale Zustand ist im Jahr 2019 nicht mehr tragbar. Wir Freie
286 Demokraten fordern deshalb mehr **digitale Funkwagen und mindestens 4000 digitale**
287 **Endgeräte für die Thüringer Polizei**. In den interaktiven Funkstreifenwagen können
288 Anzeigen bis zur Unterschrift des Anzeigenerstatters aufgenommen werden. Dadurch muss
289 der Bürger nicht zusätzlich zur Dienststelle vorgeladen werden. Interaktive
290 Funkstreifenwagen wären daher eine Win-Win-Situation für Bürger und Polizei. Eine **bessere**
291 **personelle und technische Ausstattung der Polizei** ist die tauglichere Antwort als die
292 fortwährende Einschränkung der Bürgerrechte. Deshalb wollen wir Freie Demokraten den
293 **Personalbestand konsolidieren und ausbauen**, das **Beschaffungswesen verbessern** und die
294 Ausstattung zielstrebig und modern auf einen angemessenen Stand bringen.

295 **Polizisten von Bürokratie befreien**

296 Für die Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten ist vor allem die
297 Entlastung der Polizeibediensteten von vermeidbarer und überflüssiger Bürokratie dringend
298 erforderlich. Für eine stärkere Präsenz von Polizistinnen und Polizisten auf Thüringens
299 Straßen wollen die Freien Demokraten Regularien und Dienstabläufe vereinfachen, besser
300 vernetzte IT-Systeme voranbringen, um mehrfache Eingaben in Systeme zu vermeiden und
301 dort, wo eine Entlastung von Bürokratie zur Konzentration auf die eigentliche Polizeiarbeit
302 nicht anders zu erreichen ist, verstärkt zivile Bedienstete für die Büroabläufe gewinnen.
303 Darüber hinaus soll durch eine sorgfältige Aufgabenkritik überprüft werden, von welchen
304 Aufgaben die Polizei entlastet werden kann, um ihren Kernaufgaben nachkommen zu können.
305 Ein Beispiel ist, künftig Schwertransporte grundsätzlich nur noch in begründeten
306 Ausnahmefällen von Polizisten begleiten zu lassen.

307

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

308 Probleme beim neuen Vorgangsbearbeitungsprogramm der Polizei beheben

309 Bei der Thüringer Polizei wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 ein neues
310 Vorgangsbearbeitungsprogramm namens ComVor (**Computer**gestützte
311 **Vorgangsbearbeitung**) eingeführt. Das System löste in Thüringen das bislang mit Bayern
312 genutzte IGVP ab. Das neu eingeführte System ist nach Angaben der Polizeigewerkschaft
313 GdP, jedenfalls derzeit, so extrem langsam und zeitraubend, dass die Beamten des
314 Streifeneinzeldienstes den Anteil ihres Außendienstes deutlich reduzieren mussten. Zudem
315 weist das Programm, jedenfalls in der derzeitigen Implementierung, erhebliche Mängel bei
316 den Recherchemöglichkeiten auf. Wir Freie Demokraten fordern eine stärkere
317 Unterstützung der Polizei bei der Behebung der Umstellungsprobleme und eine **ehrliche**
318 **Bestandsaufnahme hinsichtlich der ComVor-Einführung**. Danach muss erneut und
319 ergebnisoffen entschieden werden, ob ComVor bleiben kann.

320 Ausbildung der Thüringer Polizei stärken

321 Die Polizeiausbildung am Standort Meiningen wollen wir Freie Demokraten durch die
322 **Ausbildung im Allgemeinen Verwaltungsrecht am Standort Gotha** entlasten. Ein
323 Semester kann dadurch an die Thüringer Verwaltungsfachhochschule nach Gotha verlegt
324 werden und dadurch rund 260 Plätze in Meiningen freimachen. Dadurch können wir
325 insgesamt mehr Polizisten ausbilden. Darüber hinaus wollen wir Freie Demokraten die
326 **Unterkünfte am Bildungszentrum der Thüringer Polizei in Meiningen sanieren** und den
327 Zustand der Anlage für den scharfen Schuss verbessern.
328 Die Zusammenarbeit der Bachelor- und Masterstudiengänge der Thüringer Polizei an der
329 ThürFHföV mit den Bachelor- und Masterstudiengängen anderer Bundesländer wollen wir
330 intensivieren. Ein länderübergreifender Austausch bereits im Studium stärkt die spätere
331 länderübergreifende Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung.

332 Fremdsprachliche und interkulturelle Ausbildung der Polizei verbessern

333 Thüringen ist internationaler geworden. Sei es durch die wachsenden wirtschaftlichen
334 Verbindungen in die ganze Welt, durch Touristen aus anderen Ländern, aber auch durch den
335 Anstieg der Migration. Deshalb soll die **fremdsprachliche und die interkulturelle**
336 **Ausbildung der Polizisten** weit über die englische Sprache hinaus verbessert und die
337 Möglichkeiten für die Rekrutierung geeigneter fremdsprachlicher Muttersprachler verbessert
338 werden. Wer die Menschen, die zu uns gekommen sind, sowohl sprachlich als auch in ihren
339 Denkweisen besser versteht, kann besser auf sie und mögliches Handeln eingehen.

340 Polizeistrukturreform und Polizeiaufgabengesetz

341 Wir Freie Demokraten möchten die Polizeistrukturreform gemeinsam mit den
342 Gewerkschaften der Polizeibediensteten und den betroffenen Beamten evaluieren. Zugleich
343 wollen wir das **Polizeiaufgabengesetz modernisieren**. Dazu werden wir es auf unzulässige
344 und unnötige Einschränkungen von Bürgerrechten und von Rechten der

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

345 Berufsgeheimnisträger, wie Rechtsanwälten, Notaren, Ärzten, Seelsorgern und Journalisten,
346 durchforsten. Der besondere Schutz von Berufsgeheimnisträgern ist ein besonders wichtiges
347 Fundament des Rechtsstaats. Pressefreiheit ohne den Schutz von Journalisten einschließlich
348 ihrer Quellen ist undenkbar, ebenso wie das Vertrauen von Menschen in ihren Arzt, in ihren
349 Rechtsanwalt, in ihren Notar, in ihren Seelsorger nicht von der Gefahr getrübt werden darf,
350 dass vertrauliche Informationen dort abgeschöpft werden könnten.
351 Darüber hinaus stehen die Freien Demokraten auch in Thüringen für die dauerhafte
352 **Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung und die Unterbindung von**
353 **Staatstrojanern.**

354 **Mehr Kapazitäten für Prävention**

355 Wir Freie Demokraten möchten mehr Kapazitäten für die **Präventionsarbeit in Kooperation**
356 **mit der Jugendsozialarbeit und den kommunalen Ordnungsdiensten** zur Verfügung
357 stellen. Präventionsarbeit und Gefahrenabwehr sind für uns eine Kernaufgabe der Polizei.

358 **Sport**

359 **Unterstützung für Breiten-, Leistungs- und Vereinssport**

360 Wir Freie Demokraten unterstützen nicht nur den Spitzen-, sondern auch den Breitensport im
361 Freistaat. Eine erfolgreiche Sportpolitik ist gesamtgesellschaftlich nur möglich, wenn Breiten-
362 , Leistungs- und Vereinssport in Thüringen gleichermaßen prosperieren. Wir setzen uns für
363 gute Trainings- und Wettbewerbsbedingungen im Leistungssport ein. Besondere
364 Unterstützung verdienen auch unsere Sportvereine mit ihren ehrenamtlichen Helfern. Zudem
365 hat Sport eine bedeutende Integrationsfunktion für unsere Gesellschaft. Sport bringt
366 Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer
367 Anschauung zusammen.

368 **E-Sports als Sport anerkennen**

369 Computer- und Videospiele sind gleichermaßen Kulturgut, Bildungswerkzeug und
370 Innovationstreiber. E-Sports ist ein Massenphänomen mit entstehenden Verbänden und
371 regelmäßigen Turnieren. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine **Anerkennung des E-**
372 **Sports als Sport** ein. Insbesondere für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und der damit
373 verbundenen ehrenamtlichen Arbeit ist dieser Schritt notwendig.

374 **Rechtspolitik**

375 **Liberaler Rechtsstaat braucht eine starke Justiz**

376 Kern, Fundament und zentrales Ziel liberaler Rechtspolitik muss es sein, die
377 **Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates** sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass
378 rechtsstaatliche Gebote durchgesetzt werden. Auf dieses Ziel ist die gesamte Rechtspolitik

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

379 auszurichten. Ein funktionierender Rechtsstaat ist mehr als Daseinsvorsorge; er ist
380 **Fundament der Demokratie.**

381 **Vermeidung von Vollzugsdefiziten**

382 Immer **mehr Gesetze schaffen nicht mehr Rechtsstaat**, wenn der Staat nicht in der Lage ist,
383 diese Gesetze durchzusetzen oder sie zu vollziehen. Klaffen die Gesetzeslage und die
384 Möglichkeit ihres Vollzugs auseinander, führt dies zu Frustration und zu schwindender
385 Akzeptanz bei den Bürgern und zu schwindendem Vertrauen in den Rechtsstaat. Es muss
386 deshalb oberste Priorität liberaler Rechtspolitik sein, die **Durchsetzung von bestehenden**
387 **Gesetzen und der Rechte des Bürgers** zu verbessern, anstatt ständig neue Gesetze erlassen
388 zu wollen.

389 **Bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz**

390 Es müssen wieder **mehr Richter und Staatsanwälte** eingestellt werden. Die Justiz steht
391 heute vor neuen großen Aufgaben. Verwaltungsgerichte ächzen unter der hohen Last von
392 Asylverfahren. Staatsanwälte sind nicht mehr in der Lage, Ermittlungsverfahren zeitnah und
393 vertieft zu bearbeiten. Strafprozesse können nicht zügig genug durchgeführt oder mangels
394 personeller Kapazitäten gar nicht erst eröffnet werden. Tatverdächtige müssen wegen
395 überlanger Untersuchungshaft freigelassen werden. Der Polizei fehlen personelle und
396 sachliche Mittel zur Verbrechensaufklärung. Der Justizhaushalt des Freistaates muss
397 aufgestockt werden. Ziel liberaler Rechtspolitik ist es, die **personellen und sachlichen**
398 **Kapazitäten und Mittel der Justiz** so aufzustocken, dass die Justiz endlich wieder gut
399 ausgestattet ist und ihre **Aufgaben zügig erfüllen** kann.

400 **Erhöhung der Attraktivität des Justizdienstes**

401 Um kompetente Richter und Staatsanwälte zu gewinnen, muss die **Attraktivität des**
402 **Justizdienstes** wieder zunehmen. Spätestens mit der anrollenden Pensionierungswelle vieler
403 Richter und Staatsanwälte, die auf die Justiz des Freistaates zukommt, droht eine
404 Verschärfung des bereits bestehenden Personalproblems. Es muss – auch wirtschaftlich –
405 wieder attraktiver werden, Richter oder Staatsanwalt zu werden, anstatt in einer großen
406 Rechtsanwaltskanzlei oder in einem Unternehmen juristisch tätig zu werden. Wir Freie
407 Demokraten setzen uns deshalb für eine **bessere Besoldung und Sachausstattung der**
408 **Richter und Staatsanwälte** ein. Dazu gehört auch, dass dem Berufsbild der Richter und
409 Staatsanwälte wieder **mehr gesellschaftliche Anerkennung** zuteil wird.
410 Da es immer schwieriger wird, Staatsanwälte für die besonders anspruchsvolle Arbeit in
411 Schwerpunktabteilungen zu gewinnen, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass
412 **Staatsanwälte**, die dauerhaft **in Schwerpunktabteilungen** tätig sind, **als Gruppenleiter**
413 **besoldet werden**, ein Ansatz der in anderen Bundesländern schon seit Jahrzehnten
414 erfolgreiche Praxis ist.

415 **Erhöhung der Vergleichbarkeit und Verbesserung der Juristenausbildung**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

416 Die **Juristenausbildung in den einzelnen Bundesländern muss vergleichbarer werden**. Es
417 ist in einem annähernd einheitlichen Rechtsraum insbesondere für die Bestenauslese nicht
418 förderlich, wenn die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Bundesländer und damit auch
419 die anzulegenden Maßstäbe und Bewertungen stark voneinander abweichen.
420 Hinsichtlich des Inhalts der Juristenausbildung muss mehr Wert auf die Vermittlung digitaler
421 Arbeits- und Rechertechniken und -methoden gelegt werden. Auch der Referendardienst
422 in Thüringen muss attraktiver werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten **mehr**
423 **Ausbilder für junge Juristen** und eine **bessere finanzielle Entlohnung der Referendare**
424 **und ihrer Ausbilder**. Zugleich möchten wir die Nebentätigkeitsgenehmigungspraxis
425 vereinfachen. Offen sind wir Freie Demokraten auch für eine Verbeamtung der Referendare,
426 um den Freistaat Thüringen für sie attraktiv zu machen und einen **Pool für Neueinstellungen**
427 **in der Justiz** zu schaffen. Vor allem im Hinblick auf anstehende Altersabgänge ist dieser
428 Stellenpool dringend notwendig, um die Arbeitsfähigkeit der Justiz im Freistaat Thüringen
429 langfristig zu sichern.
430 Die praktische Tätigkeit der Anwälte und Notare sollte in der Ausbildung stärkere Beachtung
431 finden. Auch die Ausbildungsqualität von Rechtspflegern und der Fachangestellten von
432 Rechtsanwälten und Notaren muss weiter gestärkt werden.

433 **Rechtssicherheit und Transparenz bei gesetzlichen Bestimmungen**

434 Liberale Rechtspolitik achtet auf Rechtssicherheit und Transparenz. Entstandenes
435 Richterrecht sollte mit Bedacht kodifiziert und zersplittertes Recht – wie z.B. die vielfältigen
436 Bestimmungen des Nebenstrafrechtes – „durchforstet“, gesammelt und die
437 Anwenderfreundlichkeit von Gesetzen verbessert werden. Wir Freie Demokraten setzen uns
438 dafür ein, dass der Freistaat entsprechende Gesetzgebungsentwürfe in den Bundesrat einbringt
439 bzw. unterstützt.

440 **Angleichung und Vereinfachung von Verfahrensvorschriften**

441 Rechtsstaat wird auch durch **rechtsstaatliche Verfahrensvorschriften** gewährt. In den
442 verschiedenen prozessualen Verfahrensordnungen sind die Rechtsmittel inzwischen sehr
443 unübersichtlich gestaltet. Wir wollen prüfen, ob die verschiedenen Verfahrensordnungen,
444 insbesondere die Rechtsmittel weiter **vereinheitlicht oder vereinfacht** werden können. Wir
445 Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Freistaat entsprechende
446 Gesetzgebungsentwürfe in den Bundesrat einbringt oder unterstützt.

447 **Systematisierung, Vereinfachung und Modernisierung des Strafprozessrechts**

448 Die Strafprozessordnung ist in die Jahre gekommen und durch die vielen Reformen immer
449 unübersichtlicher geworden. In den letzten Jahrzehnten fehlte dem Bundesgesetzgeber der
450 Mut zu einer **großen Reform des Strafprozessrechts**, die den bisherigen Normenbestand
451 **systematischer, übersichtlicher, einfacher** und damit auch verständlicher gestaltet. Wir
452 Freie Demokraten haben diesen Mut.
453 Die Freien Demokraten in Thüringen setzen sich dafür ein, dass der Freistaat entsprechende
454 Gesetzgebungsentwürfe in den Bundesrat einbringt bzw. unterstützt.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

455 Digitalisierung der Rechtspflege

456 Bei der Digitalisierung der Rechtspflege muss der Freistaat schneller vorankommen. Die
457 Projekte zur **Einführung der elektronischen Akte** müssen beschleunigt werden. Der
458 Freistaat muss für eine schnellere und **bessere IT-Ausstattung und Versorgung der Justiz**
459 **mit Breitbandinternet sowie für schnellere und größere Speicherkapazitäten** sorgen, um
460 den **reibungslosen elektronischen Rechtsverkehr** zu ermöglichen. Dazu gehört auch ein
461 Standard für **geschütztes W-LAN für Justiz und Anwaltschaft** an den Gerichten.
462 Die **länderübergreifende Digitalisierung des Justizwesens** werden wir Freie Demokraten
463 beschleunigen und vorantreiben. Allerdings dürfte es wenig förderlich sein, wenn jedes
464 Bundesland seinen eigenen Weg bei der Digitalisierung der Rechtspflege geht. Deshalb
465 müssen entsprechende **Länderprojekte zur Einführung der elektronischen Akte – mehr**
466 **als bislang – bundesweit koordiniert** werden. Insbesondere sind **bundesweit identische**
467 **Austauschformate** für die elektronische Akte notwendig. Der Umstand, dass in Deutschland
468 mehrere E-Aktensysteme im Aufbau sind, darf nicht zu (weiteren) Schnittstellenproblemen
469 führen. Im Gegenteil: die derzeit bestehenden Schnittstellenprobleme zwischen Polizei,
470 Staatsanwaltschaften und Gerichten sind zu beheben. Wir Freie Demokraten wollen die
471 bundesweite Interoperabilität und zwar nicht nur zwischen den Gerichten verschiedener
472 Bundesländer, sondern zwischen allen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten
473 Deutschlands gleichgültig, ob sie im selben Bundesland liegen oder nicht. Denn es hat keinen
474 Sinn, wenn die Polizei eine digitale Ermittlungsakte anlegt, diese aber nicht an jede
475 Staatsanwaltschaft Deutschlands ohne Medienbruch übergeben kann.
476 Für eine digitale Justiz brauchen wir aber nicht nur eine leistungsfähige digitale Infrastruktur
477 an den Gerichten, sondern vor allem auch geeignete Fachkräfte in der Justiz. Um für IT-
478 Spezialisten attraktiver zu werden, muss auch ihre Vergütungsstruktur innerhalb des
479 öffentlichen Dienstes verbessert werden. Geregelte Arbeitszeiten und die **Vereinbarkeit von**
480 **Familie und Beruf** sind schon heute starke Argumente für den Justizdienst, mit denen mehr
481 gewonnen werden muss.

482 Kein Missbrauch der Rechtspolitik

483 Rechtspolitik darf nicht als Mittel missbraucht werden, gesellschaftspolitische Ziele aus
484 ideologischen Gründen durchzusetzen. **Liberale Rechtspolitik passt das Recht**
485 **gesellschaftlichen Veränderungen an**, sie versucht nicht gesellschaftliche Entwicklungen
486 herbeizuführen.

487 Beständigkeit bei den Justizstandorten

488 Die aktuelle Struktur der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit vier Landgerichtsbezirken werden
489 wir Freie Demokraten mit den Standorten Mühlhausen, Meiningen, Erfurt und Gera
490 beibehalten. Eine Reduzierung auf drei oder gar noch weniger Standorte kommt für uns nicht
491 in Frage. Denn Justiz muss, wenn sie Akzeptanz finden will, stets auch örtlich verankert sein;
492 kaum ein Schöffe wird gern bereit sein, 100 km oder mehr zu einem Landgericht zu fahren.
493 Zudem muss Justiz auch in Bezug auf die Existenz ihrer Standorte in einem gewissen Maß
494 verlässlich sein und zwar für die Bürger, die anderen Organe der Rechtspflege (z.B. die

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

495 Anwälte und Notare) und die Bediensteten der Justiz. Deshalb kann man nicht nach Belieben
496 Justizstandorte eröffnen und wieder schließen. Jede beliebig anmutende Schließung eines
497 Justizstandortes ist stets dem Verdacht ausgesetzt, gleichgültig ob berechtigt oder
498 unberechtigt, sie erfolge auch, weil die betroffene Staatsanwaltschaft oder das betroffene
499 Gericht unerwünschte Entscheidungen getroffen hat.

500 **Weitere Spezialisierung bei den Justizstandorten**

501 Wir Freien Demokraten wollen, dass gemeinsam mit der Justiz geprüft wird, ob eine weitere
502 **Spezialisierung der einzelnen Landgerichte** erforderlich ist. So liegt es nahe, Prozesse
503 gegen die Organisierte Kriminalität an einem Landgericht zu konzentrieren.

504 **Rechtsstaat in der Bevölkerung verankern**

505 Wir Freie Demokraten wollen die **Vorteile eines funktionierenden Rechtsstaats gegenüber**
506 **der Bürgerschaft verdeutlichen**. Dies bedeutet nicht nur funktionierende Strafrechtspflege,
507 zeitnahe und bürgernahe Behörden- und Verwaltungsgerichtsstrukturen. Auch die Bedeutung
508 einer funktionierenden Zivilrechtspflege und ihrer Akteure (insbesondere auch der
509 Anwaltschaft) möchten wir hierbei betonen. Um eine entsprechende Plattform zu schaffen,
510 wäre, analog dem seit den neunziger Jahren in Sachsen-Anhalt funktionierenden Modell, eine
511 **Stiftung für den Rechtsstaat** (dort in Vereinsform geführt) geeignet.

512 **Für eine pluralistische und wehrhafte Demokratie**

513 **Ein liberales Versammlungsgesetz für Thüringen**

514 Wir Freie Demokraten fordern ein **verständliches und einfach anwendbares Thüringer**
515 **Versammlungsgesetz**. Gerade aufgrund der aktuell auftretenden Problemlagen mit
516 Veranstaltungen politischer Extremisten, müssen wir den Behörden das Rüstzeug geben, um
517 **angemessen und rechtssicher handeln** zu können. Bis zur Föderalismusreform 2006
518 verfügte der Bund über die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für das
519 Versammlungsrecht. Im Zuge der Reform wurde die Gesetzgebungskompetenz auf die
520 Bundesländer übertragen. Einzelne Bundesländer haben ihre neue Kompetenz umfassend
521 genutzt. In Thüringen gilt jedoch weiter das alte Bundesgesetz, das nicht an **neue**
522 **Herausforderungen im Versammlungsrecht** angepasst ist. Deshalb möchten wir Freie
523 Demokraten aktiv werden und ein **liberales Thüringer Versammlungsgesetz** voranbringen.

524 **Versammlungsrecht als grundrechtlich gewährleistetes Recht**

525 Ein liberales Thüringer Versammlungsgesetz versteht **Versammlungen als Ausdruck der**
526 **Freiheitsausübung** und nicht als lästige Veranstaltungen oder bloße Gefahrenherde, die
527 möglichst weitgehend mit Gefahrenabwehrmaßnahmen einzudämmen sind. Nur so ist
528 **bürgerschaftliche Selbstorganisation in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung**
529 **garantiert**.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

530 **Ein Versammlungsrecht mit klaren Regeln**

531 Ein liberales Thüringer Versammlungsgesetz muss klare Regelungen haben, die
532 **Orientierung für Bürger und zuständige Behörden** sind. Dafür setzen wir Freie
533 Demokraten auf ein Höchstmaß an Normenklarheit, Systematik und sprachlicher Konsistenz.
534 Wir möchten ein Versammlungsrecht schaffen, das vor Verfassungsgerichten Bestand hat und
535 Bürgern sowie Behörden klare Orientierung bietet. Dabei beachten wir insbesondere die vom
536 Bundesverfassungsgericht zur Versammlungsfreiheit herausgearbeiteten Grundsätze. Das
537 liberale Thüringer Versammlungsgesetz muss auch das **Verhältnis von Versammlungsrecht**
538 **zum allgemeinen Polizeirecht** regeln. Diese Nahtstelle führt derzeit zu Unklarheiten und
539 Zweifelsfällen.
540 Das liberale Thüringer Versammlungsgesetz muss alle **Versammlungsformen und alle**
541 **Versammlungsrechtsfragen regeln**. Alle mit einer Versammlung auftretenden Rechtsfragen
542 müssen daher im Thüringer Versammlungsgesetz beantwortet werden.

543 **Neue Regelungen für aktuelle Entwicklungen und Tendenzen**

544 Das liberale Thüringer Versammlungsgesetz muss **aktuelle Entwicklungen und**
545 **Herausforderungen beantworten**. In jüngerer Zeit treten immer wieder Probleme bei
546 Versammlungen auf, die bei Schaffung des Bundesversammlungsgesetz noch nicht bekannt
547 waren. Auf die damit zusammenhängenden Fragen muss das Thüringer Versammlungsgesetz
548 eine Antwort geben. Beispiele hierfür sind etwa Versammlungen in privatisierten öffentlichen
549 Räumen (öffentlich zugängliche Räume, die in privatem Eigentum stehen, etwa private
550 Fußgängerzonen) und der Datenschutz bei Bild- und Tonaufnahmen während der
551 Versammlungen.

552 **Kampf gegen Extremismus – egal ob rechts, links oder religiös**

553 Wir Freie Demokraten lehnen jede Form von Extremismus ab. Wir Liberale stehen in der
554 Mitte der Gesellschaft und setzen auf eine wehrhafte Demokratie. Hass, Intoleranz, Links-
555 und Rechtsextremismus, religiösem Fanatismus und allen Angriffen auf unser Rechtssystem
556 werden wir entschieden entgegentreten. Das beinhaltet nicht zuletzt auch den Kampf gegen
557 die sogenannte Reichsbürgerbewegung. Wir tolerieren keine Parallelgesellschaften, die
558 unseren Rechtsstaat missachten und den Fortbestand der verfassungsmäßigen Ordnung in
559 Frage stellen. Bestehende Präventionsprogramme werden wir überprüfen und an die neuen
560 Herausforderungen anpassen. Für den Kampf gegen Extremismus brauchen wir eine starke
561 Zivilgesellschaft. Deshalb möchten wir ehrenamtliches Engagement besser fördern.

562 **Verfassung schützen – Rechtsstaat wahren**

563 Ein starker Rechtsstaat braucht einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. Es geht darum,
564 vorbeugend die Gefahren zu erkennen. Wir Freie Demokraten stehen **gegen Extremismus**
565 **jeglicher Art, egal ob rechts, links oder religiös**. Die Erfahrung lehrt weiter, dass
566 mangelnde Kontrolle und politische Voreingenommenheit zu fatalen und schlimmen
567 Fehlentwicklungen führen können. Verbrechenstendenzen, wie sie der Nationalsozialistische

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

568 Untergrund aus Thüringen zu verantworten hat, dürfen nie wieder und erst recht nicht in
569 einem solchen Ausmaß erfolgen. Insbesondere darf der **Einsatz von V-Leuten nur mit**
570 **äußerstem Augenmaß** erfolgen – eine Verselbständigung der V-Leute-Szene, die
571 selbstherrlich schalten und walten konnte, muss für die Zukunft ausgeschlossen sein. Dass die
572 Finanzierung führender Personen der rechten Szene mit Mitteln des Verfassungsschutzes
573 erfolgen konnte, ist ein völlig inakzeptabler Tiefpunkt in der Geschichte der Behörde. Die
574 Freien Demokraten wollen deshalb eine **engere Kommunikation zwischen**
575 **Verfassungsschutz und parlamentarischer Kontrolle** und fordern eine **nachhaltigere**
576 **fachliche Aufsicht durch das zuständige Ministerium**. Freie Demokraten stehen dafür, dass
577 die Arbeit des Verfassungsschutzes sich an der Gefährlichkeit der Täter ausrichtet und nicht
578 an ihrer politischen Farbe oder ihrer religiösen Prägung. Wir Freie Demokraten setzen auf
579 eine **bessere Vernetzung und Straffung der bestehenden Strukturen**.

580 Brand- und Katastrophenschutz

581 Ehrenamt stärken und Berichtspflichten der Rettungskräfte minimieren

582 Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren, beim THW und in den
583 Sanitäts- und Hilfsdiensten wollen wir Freie Demokraten weiter stärken. Das Ehrenamt ist
584 und bleibt das Rückgrat der Gesellschaft in Thüringen. Wir wollen die **Berichtspflichten der**
585 **Rettungskräfte minimieren**, um sie von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Weiteren
586 Belastungen der ehrenamtlichen Rettungskräfte treten wir Freie Demokraten entgegen.

587 Nachwuchs bei Feuerwehren, Rettungsdiensten und THW sichern

588 Der demographische Wandel und Abwanderungen vor allem junger Leute erschweren immer
589 mehr die **Nachwuchssicherung bei den Freiwilligen Feuerwehren** wie auch im
590 Rettungsdienst und im THW. Den Feuerwehrführerschein möchten wir weiter stärken und
591 beibehalten. Darüber hinaus befürworten wir Aktionen, die zur besseren **Aufklärung über**
592 **die korrekte Bildung von Rettungsgassen** beitragen.
593 Auch künftig stehen die Freien Demokraten weiter auf der Seite der Haupt- und
594 Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz. Wir möchten in Thüringen neue Anreize
595 und Unterstützungsmöglichkeiten schaffen und insbesondere die **Akzeptanz in**
596 **Unternehmen für das Engagement von Mitarbeitern** in den Freiwilligen Feuerwehren
597 verbessern. Die **Brandschutzerziehung in den Schulen** möchten wir ausbauen und dadurch
598 auch neue Möglichkeiten zur Nachwuchsgewinnung schaffen.

599 Rettungsleitstellen zukunftsicher gestalten

600 Wir Freie Demokraten begrüßen freiwillige Initiativen der Kommunen für eine
601 zukunftsichere Ausrichtung der Rettungsleitstellen. Die Fusion der Rettungsleitstellen für
602 Gera und Jena in Ostthüringen können hier als Vorbild für weitere Regionen des Freistaats
603 dienen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, die Versorgungssicherheit der Leitstellen mit
604 moderner Technik auch in Zukunft sicherzustellen.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

605 Einsatzfähigkeit der Thüringer Feuerwehren gewährleisten

606 Wir Freie Demokraten wollen die **Einsatzfähigkeit der Thüringer Feuerwehren**
607 **sicherstellen**. Dafür möchten wir in Abstimmung mit den zuständigen
608 Brandschutzaufsichtsbehörden **verbindliche Brandschutzbedarfs- und Entwicklungspläne**
609 in den Kommunen einführen. Rechtlich möchten wir diese in der Thüringer
610 Feuerwehrgesetzgebung implementieren. Auf Basis der Brandschutzbedarfs- und
611 Entwicklungspläne wollen wir eine Gesamteinschätzung bezüglich der Einsatzfähigkeit der
612 gegenwärtigen Feuerwehrstrukturen vornehmen. An diesem Gestaltungsprozess wollen wir
613 insbesondere die zuständigen Brandaufsichtsbehörden, den Feuerwehrverband, den
614 Landkreistag sowie den Gemeinde- und Städtebund beteiligen. Darauf aufbauend wollen wir
615 vor Ort und unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung die Etablierung und
616 Weiterentwicklung von Brandschutzverbänden prüfen.

617 Katastrophenschutz besser vernetzen

618 Die Erfahrungen aus vergangenen Katastrophenschutzereignissen zeigen, dass Potenziale in
619 einer besseren Vernetzung und Kooperation bestehen. Wir Freien Demokraten wollen hierzu
620 die **interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen stärken** und die
621 Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk vertiefen. Für uns Freie Demokraten ist aus
622 der geschichtlichen Erfahrung klar, dass die **Bundeswehr grundsätzlich nicht für**
623 **polizeiliche Befugnisse konzipiert** ist. Die guten Erfahrungen in der **Zusammenarbeit im**
624 **Katastrophenschutz** wollen die Thüringer Liberalen indes gerne fortsetzen und ausbauen.
625 Die Bundeswehr ist für die Thüringer Liberalen weit mehr als ein Standortfaktor, die
626 **Soldatinnen und Soldaten stehen als Bürger in Uniform für die Sicherheit des**
627 **freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats** nach außen.
628 Naturkatastrophen machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wollen die Freien Demokraten die
629 **Zusammenarbeit im Katastrophenschutz über Landes- und auch Bundesgrenzen hinaus**
630 wesentlich verbessern. Insbesondere gilt es, die jeweiligen **Vorwarnsysteme besser** zu
631 **vernetzen**. Dabei soll eine zentrale Koordinierung geprüft werden.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

5. Wir wollen ein Thüringen, das Chancen bietet – in Stadt UND Land

Infrastruktur und Erreichbarkeit – die Gerechtigkeitsfragen des 21. Jahrhunderts

Teilhabe ist die eigentliche **Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts**. Hierbei haben wir Freie Demokraten nicht nur die soziale Teilhabe im Blick, sondern auch die **Teilhabe an Chancen und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten** für das eigene Leben. Die Erreichbarkeit und Nutzung von Chancen ist heute auch immer eine Frage von Infrastruktur und Mobilität.

Starker ländlicher Raum entlastet auch die Städte

Wir Freie Demokraten wollen dem **ländlichen Räumen gute Entwicklungschancen für die Zukunft geben** – genauso wie den urbanen Zentren. Schnelles Internet ist heute eine entscheidende Standortfrage, es gibt aber noch nicht einmal in jedem Ort Empfang. Die Errungenschaften des medizinischen Fortschritts sind nur für die Menschen nutzbar, wenn auch die **medizinische Infrastruktur vor Ort** vorhanden ist. In den Städten gibt es **Busse oder Straßenbahnen**, auf dem Land fährt aber zu vielen Zeiten und am Wochenende keinerlei öffentliches Verkehrsmittel. Mit diesen Nachteilen lebt aktuell vor allem die ländliche Bevölkerung. Erfolg darf sich nicht am Wohnort entscheiden. Entscheidend muss allein die Bereitschaft sein, sich für die eigenen Träume einzusetzen.

Für uns Freie Demokraten sind Infrastruktur, Mobilität und die **Erreichbarkeit von essentiellen Dingen des Lebens** die zentrale Herausforderung für den Freistaat Thüringen. Den vermeintlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land wollen wir beenden und neue Brücken durch moderne Mobilitätsangebote und eine leistungsfähige Infrastruktur bauen. Wenn wir Stadt und Umland besser verknüpfen, profitieren davon auch die Städte. Attraktive Dörfer können nicht nur die städtischen Zentren entlasten, sondern gerade für Familien ein Ort des naturnahen, gemeinschaftlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Generationen sein.

Die Digitalisierung in Verbindung mit autonomen Fahrzeugen und künstlicher Intelligenz sehen wir als innovativen Schlüssel, um das Erreichbarkeitsproblem der Daseinsvorsorge neu zu lösen. **Handel, Mobilität, Gesundheit und schnelles Internet sind zentrale Fragen der Infrastruktur** für den ländlichen Raum. Mit autonomen Drohnen können wir beispielsweise unsere Logistikketten noch flexibler, schneller und effizienter gestalten. Wir möchten in einer Modellregion die Voraussetzungen dafür schaffen, dass beispielsweise **Einkäufe und Medikamente per Drohne** ausgeliefert werden können.

Mobilität der Zukunft - technologieoffen und ideologiefrei

Wir Freie Demokraten wollen ein **innovatives Referat für die „Mobilität der Zukunft“** im Infrastrukturministerium etablieren. Die Entwicklung von zukunftsfähigen Antriebskonzepten im Individualverkehr (etwa Elektromobilität oder Brennstoffzelle) muss technologieoffen und

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

ideologiefrei begleitet werden. Insbesondere eine einseitige Festlegung auf batterieelektrische Antriebe ist kritisch zu hinterfragen. Ein Mix aus klassischen Verbrennungsmotoren mit regenerativen Energieträgern, batterieelektrischen sowie Brennstoffzellenantrieben ist hierbei nach gegenwärtigem Stand der Technik die bevorzugte Wahl. Wir Freie Demokraten möchten Infrastruktur (etwa Ladestationen oder Wasserstofftankstellen) bereitstellen, anstatt kurzfristig Autos zu subventionieren. Ein Ausbau der benötigten flächendeckenden Infrastruktur muss beschleunigt werden. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge lehnen die Freien Demokraten ab.

Modellregion für autonomes Fahren und smarte Verkehrssteuerung

Wir Freie Demokraten sehen in intelligenter Verkehrssteuerung, welche den Verkehrsfluss in und um Städte autonom regelt, große Innovationspotenziale für mehr Ressourceneffizienz. Wir möchten die rechtlichen Rahmenbedingungen für autonome Fahrzeuge schaffen und Thüringen zur **Modellregion für autonomes Fahren** machen. Wir setzen uns über den Bundesrat für die **Öffnung entsprechender Bundesgesetze** ein, um autonomes Fahren rechtssicher zu ermöglichen. Im Freistaat Thüringen wollen wir Freie Demokraten gezielt **Ausnahmegenehmigungen für autonomes Fahren** erteilen. Die digitale Infrastruktur mit entsprechenden 5G-Netzen und Gigabitverbindungen für autonomes Fahren möchten wir schnellstmöglich bereitstellen. Wir sehen den Freistaat **Thüringen als optimale Modell- und Testregion für autonome Mobilität** vom Individualverkehr bis zum autonomen ÖPNV. Wir Freie Demokraten wollen Innovationen und neue Mobilitätsangebote für die Bürger erlebbar und das alltägliche Leben in der Stadt und auf dem Land besser machen. Auch die **Thüringer Autobahnen** möchten wir in das Konzept der **Modellregion für autonomes Fahren** einbeziehen und dadurch für Wirtschaft und Wissenschaft neue Impulse setzen. Thüringer Autobahnen möchten wir zu 5G-Autobahnen aufrüsten. Angesichts des technologischen Wandels hat dieses Projekt für uns oberste Priorität, um den Arbeitsplätzen in der Automobil- und Zuliefererindustrie neue Perspektiven zu eröffnen. Wir Freie Demokraten möchten insbesondere **Forschung und Entwicklung für autonome Mobilität** unterstützen und Thüringen damit insgesamt wieder zum Vorreiter machen. Deshalb setzen wir uns für entsprechende **Lehrstühle an der TU Ilmenau** ein.

Mobilität 4.0 – Stadt und Land verbinden

Eine gute Erreichbarkeit mit angemessenen Wegezeiten vor allem im ländlichen Raum ist eine Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Thüringen. Wir Freie Demokraten wollen bedarfsgerechte, nachfrageorientierte und bezahlbare Verkehrs- und Mobilitätskonzepte entwickeln. Wir Freie Demokraten möchten durch neue Mobilitätsangebote die Trennung zwischen Stadt und Land überwinden. In Zukunft können wir unsere Mobilität per App abrufen, anstatt uns nur nach festen Fahrplänen zu richten. Diese Chancen möchten wir nutzen und mit innovativen Mobilitätsangeboten wie autonomen Kleinbusse und Straßenbahnen erproben und nutzen. Ebenso wollen wir das Angebot an Rufbussen und Bürgerbussen ausbauen. Diese Angebote dienen vor allem als Ersatz und Ergänzung des öffentlichen Mobilitätsangebots für niedrig frequentierte Strecken und Zeiten. Ein moderner ÖPNV muss heute mehr leisten als das klassische Linienangebot des Schülerverkehrs.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

79 Fernbusse auch im ländlichen Raum

80 Zur Entlastung des Straßenverkehrs setzen wir auch auf privaten Fernverkehr, der mit
81 digitalen und modernen Innovationen bei Eisenbahnen und insbesondere bei Fernbussen die
82 Anbindung Thüringens deutlich verbessern würde. Fernbusse bieten soziale und ökologische
83 Mobilität. Wenn sich die Deutsche Bahn aus der Fläche zurückzieht, sehen wir in Fernbussen
84 eine hervorragende Alternative. Diese sollen nicht nur Universitäts- und Studentenstädte
85 anschließen, sondern auch in den ländlichen Regionen des Landes Fernverkehr ermöglichen.
86

87 Mehr Förderung für neue Fahrzeuge im ÖPNV

88 Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass die
89 Anbindungen durch den ÖPNV auf ein Minimum reduziert werden. Bundesmittel für
90 **Investitionen der Mobilitätsanbieter in neue Fahrzeuge** muss der Freistaat Thüringen
91 stärker aufstocken, um **alternative Antriebe** zu unterstützen und einen Beitrag zur
92 **Luftreinhaltung** zu leisten.

93 Modellregion für digitales Parkplatz-Management an Autobahnen

94 Jeder Auto- und LKW-Fahrer kennt das Problem – zu den typischen Ruhezeiten sind die
95 **Stellplätze an den Autobahnen meist komplett überfüllt**. Insbesondere Berufskraftfahrer
96 stehen dadurch vor einer Herausforderung, weil sie ihre Lenkzeiten nicht überschreiten
97 dürfen. Deshalb möchten wir Freie Demokraten in Thüringen ein „**digitales Parkplatz-**
98 **Management**“ an den Autobahnen erproben. Durch entsprechende digitale Systeme können
99 **LKWs in Kolonnen parken** – geordnet nach der Uhrzeit der späteren Abfahrt. Durch
100 entsprechende Systeme kann die **Parkplatzkapazität um etwa 25 Prozent erhöht** werden.
101 Ein entsprechendes Modellprojekt möchten wir gemeinsam mit dem Fuhrgewerbe erproben
102 und die daraus folgenden Erkenntnisse wissenschaftlich auswerten.

103 Investitionsstau auf Thüringens Straßen beenden

104 Wichtig für die Freien Demokraten ist, dass der Investitionsstau auf Thüringens Straßen ein
105 Ende hat. Dafür müssen im Landeshaushalt die notwendigen Haushaltsmittel eingestellt
106 werden und alternative Finanzierungsvarianten Anwendung finden. Darüber hinaus fordern
107 wir die **Erstellung eines Straßenkatasterplans** zum Zustand, zur Auslastung und zum
108 Investitionsbedarf auf Landesebene. Wir Freie Demokraten lehnen zudem die Herabstufung
109 von unsanierten Landes- zu Kreis- oder Kommunalstraßen ab, da sich der Freistaat dadurch
110 der Erhaltungspflicht entzieht und notwendige Investitionskosten vom Land auf die Kreise
111 und Kommunen überträgt. Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen
112 nicht dazu führen, dass künftige Ausbaumaßnahmen und der Erhalt der Landesstraßen vor
113 dem „Aus“ stehen. Bei anstehenden Infrastrukturbaumaßnahmen fordern wir eine
114 Priorisierung der Straßenbauprojekte, um diese zügig fertigzustellen. Darüber hinaus setzen
115 wir uns für eine zügige Umsetzung aller für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP)
116 eingebrachten Projekte in Thüringen ein.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

117 Fahrplan- und Echtzeitdaten als „Open Data“ freigeben

118 Die **Fahrplan- und Echtzeitdaten** der Mobilitätsanbieter werden wir Freie Demokraten
119 verpflichtend in einem festgelegten Format **als Open Data verfügbar** machen. Nur so
120 können neue, innovative Ideen entstehen, die vorhandene **Mobilitätsangebote ergänzen und**
121 **verknüpfen**. So könnten z.B. Apps entwickelt werden, auf denen Passagiere die Position von
122 Bussen und Bahnen in Echtzeit auf einer Karte sehen und so besser planen können. Als
123 Anreiz zur Freigabe der Daten wollen wir die **ÖPNV-Mittel des Bundes aufstocken** –
124 geknüpft an entsprechende Bedingungen und Standards zu „Open Data“. Thüringen soll zum
125 **Vorreiter moderner und innovativer Mobilitätskonzepte** werden.

126 Thüringenweiter Verkehrsverbund

127 Wir Freie Demokraten wollen, auf Basis des Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT),
128 einen **thüringenweiten Verkehrsverbund** einführen. Mit einem Verkehrsverbund können
129 Reisende bereits auf jedem Dorf in Thüringen im Bus ein **Ticket bis zum Zielort** lösen, statt
130 separate Fahrkarten für Bus und Bahn erwerben zu müssen. Dadurch schaffen wir ein
131 **modernes und attraktives Mobilitätsangebot** aus einem Guss. Der neue Thüringer
132 Verkehrsverbund soll auch mit den Mobilitätsanbietern in angrenzenden Bundesländern
133 kooperieren, um länderübergreifende Mobilität sicherzustellen.

134 Mobilität braucht Flexibilität – NVS erhalten und stärken

135 Die Freien Demokraten Thüringen wollen die **Nahverkehrsservicegesellschaft (NVS)**
136 **erhalten** und nicht in das Infrastrukturministerium eingliedern. Darüber hinaus fordern wir
137 eine Stärkung der NVS zu einer landesweiten **Koordinationsstelle für den öffentlichen**
138 **Personennahverkehr auf Schiene und Straße**. Ziel sind für uns **flexiblere,**
139 **bedarfsgerechte und miteinander vernetzte Mobilitätsangebote** des
140 Schienenpersonenverkehrs mit dem Fernverkehr und den weiteren Verkehrsträgern in
141 Thüringen.

142 Wettbewerbsfähige Straßeninfrastruktur

143 Straßen sind nicht nur Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur, sie stehen für **Mobilität und**
144 **Lebensqualität** der Bürger und schaffen die Voraussetzungen für eine **starke,**
145 **wettbewerbsfähige Wirtschaft** in Thüringen. Deshalb müssen von zentralen Verkehrsadern
146 weiter entfernte Regionen (z.B. Saalfeld-Rudolstadt oder Bad Salzungen) an direkt
147 ausgebaute **Autobahnzubringer oder überregional ausgerichtete Fernstraßen**
148 angeschlossen werden, um auch hier die Voraussetzungen für Investitionen und
149 Lebensqualität zu schaffen.

150 Die Zusammenarbeit Thüringens mit den benachbarten Bundesländern muss diesbezüglich
151 ebenfalls deutlich verbessert werden. Straßen und Brücken in Thüringen befinden sich
152 überwiegend in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand und müssen in den kommenden
153 Jahren nachhaltig saniert werden. Die Infrastrukturpolitik im Freistaat muss die in der
154 heutigen Zeit erhöhten Anforderungen an die Mobilität verstärkt in den Fokus rücken.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

155 Außerdem fordern wir einen **Lückenschluss durch straßenbegleitende Radwege** für
156 Verbindungsstraßen.

157 **Straßen- und Güterverkehr zukunftsfit machen**

158 Deutschlandweit übernimmt die Straße vier von fünf Tonnen des Güterverkehrs, dabei sind
159 die LKWs als Zubringer für die Fracht per Bahn, Binnenschiff und Flugzeug unterwegs.
160 Daraus resultieren zwei Aufgaben. Zum einem plädieren wir für einen **bedarfsgerechten**
161 **Straßenausbau** und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Zweitens sollen durch verbesserte
162 Angebote mehr **Güter von der Straße auf die Schiene** verlagert werden.

163 **Einnahmen aus LKW-Maut und der Mineralölsteuer für Straßennetz nutzen**

164 Der Bund verfügt jährlich über weit mehr als 300 Milliarden Euro Einnahmen. Die davon
165 stammenden Einnahmen aus dem Straßenverkehr (LKW-Maut) und der Mineralölsteuer
166 (inklusive der Mehrwertsteuer) müssen verstärkt für den Neubau und Erhalt des Straßennetzes
167 verwendet werden. Eine Ausweitung der LKW-Maut auf weitere Straßen lehnen wir ab.

168 **Nachhaltiges Erhaltungsmanagement**

169 Wir Freie Demokraten fordern ein nachhaltiges Erhaltungsmanagement durch stabile
170 Finanzierungskreisläufe. Unsere Infrastruktur muss entsprechend erneuert und saniert werden.
171 Dafür möchten wir auch **innovative Finanzierungsvarianten** in Kooperation mit der
172 Privatwirtschaft im Einzelfall überprüfen – von der Planung über den Bau bis zum Betrieb im
173 Rahmen von „**Public-Private-Partnership**“. Die Finanzierungssysteme müssen von
174 Toleranzen des Bundeshaushalts unabhängig sein und den Anforderungen der Wirtschaft und
175 der Bürger an das Straßennetz Rechnung tragen. Planungsverfahren wollen wir beschleunigen
176 und bürokratische Hürden auch bei Infrastrukturvorhaben abbauen.

177 **Freie Fahrt für freie Bürger**

178 Wir Freie Demokraten sprechen uns **gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen** aus.
179 Die erlaubte Geschwindigkeit steht nicht in positiver Korrelation mit der Verkehrssicherheit,
180 denn in Deutschland gibt es nicht mehr Verkehrstote als in anderen europäischen Ländern.
181 Wir stellen uns dem Trend zu generellem Tempo 30 in Innenstädten entgegen. Unter
182 Einbindung der gesellschaftlichen Akteure (Verkehrsgewerbe, Fahrlehrerverband und
183 weitere) möchten wir das **Tempolimit für LKWs über 7,5 Tonnen auf Landstraßen auf 80**
184 **km/h** anheben, wo es der Ausbaugrad der Straßen (Straßenbreite und Kurvenradius) zulässt.
185 Damit tragen wir der technischen Entwicklung im Automobilbau Rechnung. Wir setzen uns
186 dafür ein, die zulässige Höchstgeschwindigkeit bei der Führerscheinklasse AM
187 (Mopedführerschein) auf 60 km/h zu erhöhen, wie es bereits bei Bestandsfahrzeugen aus
188 DDR-Produktion, zum Beispiel Simson, erlaubt ist.

189 **Fahrverbote an regionalen Feiertagen aufheben**

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

190 Durch die unterschiedlichen Feiertagsregelungen gleichen die Fahrverbote an bundesweit
191 uneinheitlichen Feiertagen einem Flickenteppich. Kraftfahrer müssen es aktuell vor dem
192 Feiertag das andere Bundesland ohne Feiertag erreichen, sonst „stranden“ sie innerhalb
193 Deutschlands. Diese regionale Regelung ist praxisfern und ein echtes Mobilitätshemmnis für
194 das Verkehrsgewerbe. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die **Fahrverbote an regionalen**
195 **Feiertagen aufheben.**

196 Keine Dieselfahrverbote und keine weiteren Umweltzonen in Thüringen

197 Im Rahmen der Umweltzone dürfen nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Umweltplakette die
198 Erfurter Innenstadt befahren. Diese Maßnahmen sind im vermeintlichen Auftrag des Umwelt-
199 und Gesundheitsschutzes umgesetzt worden. Umweltzonen als Einzelmaßnahme verfehlen
200 jedoch ihren Zweck. Sie grenzen die Mobilität der Menschen ein und verursachen lediglich
201 einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand, zusätzliche Einschränkungen und
202 Kosten für Autofahrer und Unternehmen.
203 Die Freien Demokraten **lehnen Umweltzonen in Thüringen ab** und sprechen sich für die
204 Erweiterung von alternativen Maßnahmen zur Einhaltung der Luftreinhaltewerte aus. Nur die
205 Bündelung gezielter Maßnahmen in einem Konzept sowie die Einbeziehung aller
206 maßgeblichen Verursacher werden in der Zukunft langfristig Erfolg zeigen.
207 Wir Freie Demokraten sprechen uns darüber hinaus klar **gegen Dieselfahrverbote im**
208 **Freistaat Thüringen** aus.

209 Verkehrssicherheit statt Gewinnmaximierung bei Blitzern

210 Die Standorte stationärer **Blitzanlagen müssen der Verkehrssicherheit dienen und nicht**
211 **der Sanierung kommunaler Haushalte.** Substanzielle Gewinne aus Blitzanlagen sollten
212 daher an den Freistaat Thüringen abgeführt werden. Stationäre Blitzer kurz hinter den
213 Ortseingängen, an denen weder ein Unfallschwerpunkt vorliegt, noch eine Schule, ein
214 Kindergarten oder andere sensible Einrichtung vorhanden ist, dienen in der Regel nur der
215 Gewinnmaximierung und nicht der Verkehrssicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger haben
216 nur dann Verständnis für diese Maßnahmen, wenn sie wirklich zielgerichtet zur Erhöhung der
217 Verkehrssicherheit eingesetzt werden.

218 Schienenverkehr als Mobilitätsgarantie im 21. Jahrhundert

219 Mit der Fertigstellung der Strecke München-Erfurt-Leipzig/Halle-Berlin besteht für
220 Thüringen die Chance, sich als zentrale Drehscheibe in Deutschland zu entwickeln. Für
221 zahlreiche Thüringer Städte ergeben sich Verkürzungen der Fahrzeiten im Fernverkehr.
222 Durch die Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt benötigt Thüringen eine funktionsfähige
223 und belastbare Ost-West-Traversalinie in Gestalt der **Mitte-Deutschland-Verbindung**, die dafür
224 unmittelbar **zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut** werden muss (auch über Gera hinaus).
225 Auch hierzu sind Kooperationsmöglichkeiten mit den angrenzenden Bundesländern zu
226 suchen.
227 Jedoch nicht alle Regionen und Städte profitieren vom ICE-Knoten Erfurt. Beispielsweise für
228 die Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte Jena, Saale-Holzland-Kreis und Saalfeld-

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

229 Rudolstadt müssen die Flughäfen München, Berlin, Nürnberg und Leipzig schnell, in
230 ausreichend dichter Taktung und komfortabel erreichbar bleiben. Das ist landesseitig durch
231 entsprechenden Einsatz der Regionalisierungsmittel abzusichern. Mittelfristig müssen
232 **Oberzentren wie Jena oder Gera wieder an den Schienenfernverkehr angebunden**
233 werden.
234 Die Nahverkehrsbedarfe in der Fläche möchten wir durch integrale Taktverkehre absichern
235 und dadurch die Anbindung der Süd-, Ost-, West- und Nordthüringer Regionen an den ICE-
236 Knoten Erfurt sicherstellen. Die Bedarfshaltepunkte im Schienenpersonenverkehr möchten
237 wir erhalten und die Schieneninfrastruktur ertüchtigen, um mehr Güterverkehr von der Straße
238 auf die Schiene zu bringen. Damit verbunden ist auch ein Strecken- und Lärmschutzausbau.

239 **Wohnungsbau für Thüringen – in Stadt und Land**

240 **Günstiger wohnen durch weniger Staat**

241 Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen der Menschen: Deshalb sollte der
242 Staat den Rahmen dafür schaffen, dass ihre Vorstellungen vom Wohnen zu erreichen sind.
243 Der Staat ist momentan das Gegenteil: Er ist Kostentreiber und Wohnungsverhinderer
244 Nummer eins. Bürokratie, Auflagen und baubedingte Steuern wie Grundsteuer und
245 Grunderwerbssteuer bremsen private Investitionen im Wohnungsbau und machen es den
246 Menschen immer schwieriger, selbst Eigentum zu erwerben. Wir Freie Demokraten machen
247 es den Menschen einfacher. Wir setzen uns für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein,
248 die Investitionen in den Wohnungsmarkt und den Erwerb vom Eigenheim erleichtert.

249 **Wohnungsbau entfesseln - Thüringer Bauordnung anpassen**

250 Wir Freie Demokraten wollen die **Thüringer Bauordnung von übermäßigen**
251 **bürokratischen Vorschriften befreien**, um die Zeiten für Genehmigungen zu verkürzen und
252 Kosten zu sparen. Alle Regelungen sollen dahin überprüft werden, ob sie wirklich
253 erforderlich sind. Wir orientieren uns an einer schlanken Musterbauordnung. Dadurch
254 möchten wir Freie Demokraten den **Wohnungsbau in Thüringen entfesseln**. Chancen sehen
255 wir insbesondere in der **Erleichterung von modularer und serieller Bauweise**, um Kosten
256 und Zeit zu sparen. Dabei werden sowohl die Planungs- und Genehmigungszeiten wie auch
257 Bauzeiten verkürzt. Ist ein Gebäudetyp mit verschiedenen Varianten einmal gründlich geplant
258 und genehmigt, ist damit auch der gesamte Planungs- und Genehmigungsprozess für jedes
259 neu zu errichtende Gebäude bereits durchgeführt. Wir wollen die Thüringer Bauordnung
260 außerdem für weitere Baustoffe öffnen. Insbesondere Holz sollte als natürliche Ressource des
261 waldreichen Thüringens stärker in den Mittelpunkt rücken. Brandschutz, mehrgeschossige
262 Bauten und Architektur passend zur Region lassen sich in dieser Bauweise hervorragend
263 realisieren.

264 **Moratorium und Evaluierung der Energieeinsparverordnung (ENEV)**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

265 Wir Freie Demokraten kritisieren die immer weiter zunehmenden Verschärfungen der
266 Energieeinsparverordnung (ENEV), die über das volkswirtschaftlich sinnvolle Maß
267 hinausgehen. Unter anderem dadurch sind Baukosten massiv über die allgemeine
268 Preisentwicklung hinaus angestiegen. Wir fordern deshalb ein **dreijähriges Moratorium der**
269 **ENEV**. Während des Moratoriums wird eine Evaluierung stattfinden, die unter anderem die
270 volkswirtschaftlichen, gesundheitlichen und auch umweltpolitischen Folgen untersucht. Es ist
271 festzustellen, dass neben der finanziellen Belastung durch die weitreichenden energetischen
272 Vorschriften teilweise auch die bautechnischen Möglichkeiten überstrapaziert werden, sodass
273 es von Baubeginn an zu Bauschäden kommt. Wir treten für einen Wettbewerb von Baustoffen
274 und Bauarten ein.

275 **Freibetrag und Senkung der Grunderwerbsteuer**

276 Für viele Familien rückt der Traum vom Eigenheim immer weiter in Ferne. Wir Freie
277 Demokraten setzen auf ein **Volk von Eigentümern statt Volkseigentum**. Wir möchten es für
278 **Familien attraktiver machen, in Thüringen eine Immobilie zu erwerben**. Deshalb
279 möchten wir Freie Demokraten die **Grunderwerbsteuer in Thüringen auf 3,5 Prozent**
280 **senken**. Parallel werden wir uns über den Bundesrat für die **Einführung eines Freibetrags**
281 **von bis zu 500.000€** einsetzen. Für das selbstgenutzte Eigenheim würde die
282 Grunderwerbsteuer damit in den meisten Fällen komplett entfallen. Die grundsätzliche
283 Überprüfung der Grundsteuerstruktur in unserem Land ist außerdem ein fester Bestandteil
284 unserer Agenda.

285 **Mehr Marktwirtschaft im Wohnungsbau**

286 Kaum ein Lebensbereich wurde in den letzten Jahren so stark reguliert wie der Wohnungsbau.
287 Kein Wunder, dass nichts mehr passiert, wenn Dinge vom Staat unnötig verkompliziert
288 werden. Die Folgen sind Kostensteigerungen und weniger Bauaktivitäten. Wir werden diese
289 **Bremsen lösen** und damit für **mehr Wohnraum** sorgen. Viele Einzelmaßnahmen werden
290 dazu in einer Wohnagenda von uns zusammengeführt werden. Mit der Einführung der
291 Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WKR) 2016 sind gerade für ältere Menschen hohe Hürden
292 für den Erwerb von Wohneigentum eingetreten. Das muss auch mit Blick auf die
293 Altersvorsorge geändert werden. Im Juli 2018 tritt eine erste Anpassung ein. Wir werden uns
294 im Bundesrat weiter dafür einsetzen, die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie
295 (WKR) an kritischen Stellen zu entschärfen, um den Eigentumserwerb zu erleichtern.

296 **Eigentumserwerb fördern**

297 Förderinstrumente und Steuervergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den
298 letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote,
299 Wohnungsnot und steigende Mieten zur Folge hatten. Dabei täte es der ganzen Gesellschaft
300 gut, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über **Wohneigentum zur Selbstnutzung,**
301 **Einkommens- und Alterssicherung** verfügen würde.

302 **Mehr Wohnraum schaffen**

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

303 Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Da man Mangel aber nicht
304 verwalten kann, muss zunächst mehr Wohnraum geschaffen werden. **Bezahlbares Wohnen**
305 erreichen wir nur durch **mehr Wohnraum im Angebot**. Zusätzlicher Wohnraum muss von
306 einer intelligenten Strukturpolitik begleitet werden, um **Stadt und Land in Thüringen**
307 **besser zu verknüpfen**. Den Neubau von Wohnungen machen wir attraktiver – etwa durch
308 eine **Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude** von zwei auf drei Prozent.

309 **Mieten-TÜV als Folgenabschätzung für Wohnkosten**

310 Wir Freie Demokraten möchten eine Selbstverpflichtung des Thüringer Landtags für einen
311 „Mieten-TÜV“ für Gesetze mit Einfluss auf die Wohn- und Baukosten durchsetzen. Größter
312 Preistreiber der Baukosten sind noch immer staatliche Auflagen. Deshalb brauchen wir eine
313 **Folgenabschätzung für alle Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen und Normen**.
314 Auswirkungen auf die Wohnkosten dürfen bei zukünftigen Vorhaben nicht ignoriert werden.
315 Darüber hinaus möchten wir die Anwendung der Empfehlungen der
316 Baukostensenkungskommission in Thüringen überprüfen.

317 **Thüringen braucht keine Mietpreisbremse**

318 Statt einer Mietpreisbremse in Erfurt und Jena braucht Thüringen eine Wohnagenda für den
319 ganzen Freistaat, inklusive des ländlichen Raumes. Eine **Mietpreisbremse verhindert**
320 **Investitionen in Wohnraum und ist dadurch eine Wohnraumbremse**. Vor allem für
321 Privatpersonen ist die Rentabilität von Investitionen zurzeit fraglich. Gerade diese stellen laut
322 der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 aber etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit.
323 Darüber hinaus sind Privatpersonen diejenigen Akteure im Wohnungsmarkt, die eben keine
324 Erwirtschaftung horrender Renditen zum Ziel haben. Wenn sich die privaten Vermietenden
325 aus dem Markt zurückziehen, verknappt das Wohnungsangebot weiter, die Chancen auf
326 bezahlbaren Wohnraum werden dadurch schlechter.

327 **Spezialisiertes Bauen, Ghettobildungen verhindern**

328 Wir wollen die Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen
329 verstärkt fortsetzen. Dabei soll auch auf **serielles und kostengünstiges Bauen** gesetzt
330 werden. Die Involvierung der Stadtplanung wird dafür Sorge tragen, dass es zu keiner
331 Ghettobildung kommt.

332 **Energetische Sanierung sinnvoll nutzen**

333 Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz stellt die Möglichkeit der energetischen Sanierung
334 dar. Sie soll deshalb und entsprechend im volkswirtschaftlich sinnvollen Maß umgesetzt
335 werden. Dazu müssen die rechtlichen **Voraussetzungen für eine betriebswirtschaftliche**
336 **Amortisation verbessert** werden. Speziell im Bereich nachträglicher Dämmung ist es
337 unabdingbar, die gesamten ökologischen Folgen zu betrachten und Fördermaßnahmen
338 daraufhin zu überprüfen.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

339 Die Internationale Bauausstellung (IBA) als Chance

340 Wir Freie Demokraten möchten die Potentiale der Internationalen Bauausstellung (IBA)
341 Thüringen nutzen, um eine **innovative Siedlungsstruktur in städtischen und ländlichen**
342 **Regionen** des Freistaats zu entwickeln. Für den Freistaat Thüringen sehen wir auch für die
343 Bereiche Wohnen, Mobilität und Infrastruktur große Chancen durch die Digitalisierung.

344 Bauwerksdatenmodellierung (BIM) und digitalisiertes Bauen

345 Wir Freie Demokraten unterstützen die Kommunen dabei, ein zeitgemäßes und einheitliches
346 System zur Einreichung von Bauanträgen in digitaler Form zu etablieren. Vom Antrag über
347 Ausschreibung, Genehmigung und Planung bis hin zu BIM-Betrachtungen für Kosten - für
348 den Bauablauf und dessen Ausführung muss ebenfalls ein Zustand vergleichbar der Industrie
349 4.0 geschaffen werden. Daraus werden mittelfristig Bauzeitverkürzungen und Zugewinne
350 über die Nutzungsdauer des Immobilienbestands resultieren.

351 Bürokratie bei Bau, Planung und Vergaben abbauen

352 Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Zeitverluste und höhere Kosten sind die
353 Folge. Baugenehmigungsverfahren müssen deshalb durch die **Einführung verbindlicher**
354 **Fristen** beschleunigt werden. Eingereichte Unterlagen müssen zunächst innerhalb einer
355 Woche ebenfalls verbindlich auf Vollständigkeit geprüft sein. Danach sollen **vereinfachte**
356 **Baugenehmigungsverfahren** innerhalb eines Monats entschieden werden. Wir Freie
357 Demokraten möchten im sogenannten Normalverfahren zwingend **innerhalb von zwei**
358 **Monaten über Bauanträge entscheiden** lassen. Werden diese Fristen überschritten, sollen
359 die eingereichten Anträge als genehmigt gelten. Nur mit weniger Vorschriften und
360 Belastungen machen wir den privaten Wohnungsbau wieder attraktiv. Deshalb lehnen wir
361 Milieuschutzsatzungen, übertriebene Bauvorschriften in der Thüringer Bauordnung oder etwa
362 ein pauschales Verbot für Ferienwohnungen als Eingriff ins Eigentum ab. Auch eine
363 zusätzliche Beteiligung an ÖPNV-Erschließungskosten halten wir für eine zusätzliche
364 Belastung, die den Wohnungsbau unattraktiv macht. Schaffung von Infrastruktur ist Aufgabe
365 des Staates.

366 Wir Freie Demokraten fordern eine erneute **Anpassung der Schwellenwerte für**
367 **europaweite Ausschreibungen** und eine **Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte und**
368 **freihändige Vergaben** im so genannten Unterschwellenbereich. Auch das europäische
369 Vergaberecht möchten wir vereinfachen. Insbesondere bei der Vergabe von Architekten- und
370 Ingenieurleistungen bedarf es für die Ermittlung von Schwellenwerten einer klaren Definition
371 und Trennung unterschiedlicher Fachgebiete. Wir Freie Demokraten setzen auf eine
372 Regelung, die im Sinne des bisherigen Vollzugs von § 3 Absatz 7 der Vergabeverordnung
373 nicht gleichartige Leistungen bei der Beurteilung des Schwellenwerts nicht berücksichtigt.

374 Architektur, Wohnquartiere und Bauhaus-Universität Weimar – Baukultur für
375 Thüringen

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

376 Bauen ist Ausdrucksweise unserer Kultur und sagt etwas darüber aus, wie wir leben. Mit der
377 **Bauhaus-Universität Weimar** besitzt Thüringen eine international renommierte Institution
378 der Baukultur. Deshalb wollen wir Architektur und Quartiersentwicklung als Bestandteil der
379 Thüringer Baupolitik und Regionalplanung stärken. Uns geht es nicht nur darum, ausreichend
380 Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen, sondern auch **anspruchsvolle und**
381 **individuelle Gestaltung** von Häusern und Wohnquartieren zu ermöglichen. Da Bauen auch
382 eine emotionale und ästhetische Frage ist, wollen wir die Baukultur in Thüringen fördern und
383 insbesondere auch kreative Bau- und Wohnkonzepte unterstützen. Das soll u. a. durch
384 Wettbewerbe für Architekten, Bauingenieure und Stadtplaner geschehen. Ein besonderes
385 Augenmerk gilt dabei der Stärkung der regionalen Architektur, denn Thüringen soll auch
386 weiterhin so bunt sein, wie es ist.

387 **Effizient Bauen durch Digitalisierung**

388 Wir wollen den **Bausektor für die Digitalisierung** öffnen. Dazu zählt der **digitale**
389 **Bauantrag** als Teil einer **digitalen Bauplanung**. Angefangen von der Ermittlung der
390 Grundlagen über den Genehmigungsprozess bis zur Bauüberwachung und Baustellenplanung
391 kann so schneller, günstiger und mit weniger Mängeln gebaut werden. Mit digitaler Planung,
392 zum Beispiel 3-D-Visualisierungen, lassen sich architektonische Aspekte und
393 Raumgestaltung neu denken. Auch böse Überraschungen bei den Baukosten ließen sich
394 schneller entdecken, Kosten für den Unterhalt von Gebäuden wären in der Bauplanung
395 leichter einzukalkulieren. Die digitale Steuerung der vielen, an einer Baustelle tätigen
396 Gewerke kann **Bauzeiten verkürzen und teuren Leerlauf vermeiden**.

397 **Investitionen in Mobilität und Verkehrsinfrastruktur**

398 Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass die Probleme der Wohnungsknappheit
399 nicht alleine in den großen Städten gelöst werden können. Deshalb werden wir **neue, flexible**
400 **Mobilitätsangebote schaffen** und die **Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln**. Gute
401 Verkehrswege sind auch ein Beitrag zum **Erhalt der Strukturen im ländlichen Raum**. Im
402 ländlichen Raum ist die Eigentumsförderung das wichtigste Instrument zur Förderung von
403 Wohnraum.

404 **Wohneigentum fördern und neuen Wohnraum schaffen**

405 Ein grundlegender Wunsch des Menschen ist und bleibt das Wohnen. Dabei sollte der Staat
406 Bedingungen schaffen, diese Vorstellungen umzusetzen, aber gleichzeitig auch
407 Überregulierung zu vermeiden. Investitionen im Baugewerbe und der Erwerb von
408 Wohneigentum werden durch bürokratische Hindernisse, bauliche Auflagen und durch
409 unklare Steuermodelle bei Grundsteuer- und Grunderwerb behindert. Auch der Blick,
410 Wohneigentum als Altersvorsorge zu fördern, bleibt im Mittelpunkt der Betrachtung.
411 Außerdem müssen rechtliche Randbedingungen geändert werden, um Abschreibung und
412 Reinvestition über die gesamte Lebenszeit der Immobilie zu betrachten.
413 Wir Freie Demokraten wollen den Bau von Eigenheimen und Investitionen im
414 Wohnungsmarkt erleichtern und fordern eine landesweite Wohnungsmarktstrategie, in der

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

415 alle Maßnahmen zusammengeführt werden. Durch Förderung von Eigentum im angrenzenden
416 ländlichen Raum in Verbindung mit einer mobilen Anbindung an die städtischen Zentren
417 kann hier zusätzliche Entlastung geschaffen werden.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

6. Wir wollen ein Thüringen, das lebenswert und umweltfreundlich ist

Klare Verantwortlichkeiten durch ein Energieministerium

Wir Freie Demokraten sehen die Aufsplittung energiepolitischer Teilbereiche in die drei Ministerien für Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur kritisch. Deshalb setzen wir uns für eine klare **Bündelung energiepolitischer Verantwortlichkeiten in einem Ministerium** ein. Eine ideologiefreie Energiepolitik muss in Thüringen endlich den Stellenwert bekommen, den sie verdient hat.

Sichere und bezahlbare Energie

Die Errichtung einer tragfähigen und sicheren Grundlastversorgung kann nur auf kooperativer Ebene erfolgen. Für uns Freie Demokraten gilt daher der Grundsatz einer **Energiewende im Einklang mit Mensch und Natur**. Wir plädieren für einen technologieoffenen Ansatz. Anlagen zur Stromerzeugung sollen dort gebaut werden, wo ihr Einsatz am effizientesten ist und am wenigsten Ressourcen verbraucht werden. Über den Bundesrat setzen wir uns für eine **Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)** ein.

Die Nutzung von Energie gehört zu den wichtigsten Säulen des Wohlstands unserer Gesellschaft. Wir Freie Demokraten unterstützen dabei die grundsätzliche Ausrichtung der Energiepolitik an den Zielen der **Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit** im Einklang mit der Natur, der Pflanzen- und Tierwelt sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung. Wir streben nach einer sauberen und klimafreundlichen Energieversorgung, welche sowohl für den Bürger als auch für Unternehmen bezahlbar bleibt und den qualitativen Forderungen **einer modernen Industriegesellschaft gerecht** wird. Der planwirtschaftliche und teure Alleingang Deutschlands beim **Kohleausstieg wird das Klima nicht retten**. Einen festen Termin für den Kohleausstieg, wie etwa das Jahr 2038, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht die **Absicherung der Grund- aber auch der Spitzenlaststromversorgung**. Alle Ausstiegsszenarien sind darauf zu prüfen, ob die Stromversorgung immer und in jedem Fall mit einem vertretbaren technischen, finanziellen und sozialen Aufwand sichergestellt werden kann.

Die Grundlage einer liberalen Energiepolitik ist die Orientierung an den Interessen der privaten und gewerblichen Energieverbraucher, die eine umweltschonende, sichere, aber auch preiswerte Energieversorgung erwarten. Eine **hohe Lebensqualität** und günstige **wirtschaftliche Standortbedingungen** sind auch in der Energiepolitik das Leitbild der Freien Demokraten.

Thüringen energetisch fit für die Zukunft machen

Thüringen ist als Bundesland ohne Atom- und Kohlekraftwerke nicht direkt vom Strukturwandel der Ausstiegsszenarien betroffen. Wir Freie Demokraten sehen daher das

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

37 Potential, Thüringen **energetisch fit für die Zukunft** zu machen. Auf absehbare Zeit werden
38 wir auch im Freistaat **nicht komplett auf fossile Energieträger verzichten** können. Wir
39 Freie Demokraten sehen auch ein großes Potenzial in **Gaskraftwerken mit hocheffizienter**
40 **Kraft-Wärme-Kopplung**.

41 **Dezentrale Energieversorgung und Energiemix ist die Antwort**

42 Der technologieoffene Energiemix unter Berücksichtigung der Pariser Klimaziele stellt für
43 uns Liberale das notwendige Zukunftsmodell für eine stabile Stromversorgung dar. Bei allen
44 Veränderungsprozessen in der Stromerzeugung hat die Sicherstellung der Netzstabilität
45 höchste Priorität. Im Energiemix der Zukunft spielen auch erneuerbare Energien eine wichtige
46 Rolle. Wir Freie Demokraten wollen die dezentrale Energieversorgung vor Ort stärken.
47 Dezentrale Modelle sorgen vor allem für eine nachhaltige Unterstützung der Energiewende
48 und des Klimaschutzes. Thüringen ist ein Energieimportland. Die Chancen für dezentrale
49 Versorgungslösungen mit entsprechender Wertschöpfung vor Ort sollten zur Stärkung der
50 Thüringer Wirtschaftskraft viel stärker genutzt werden.

51 **Thüringens Standortchancen in einem europäischen Energie-Binnenmarkt**

52 Wir Freie Demokraten verfolgen das Ziel, den **europäischen Energie-Binnenmarkt** zu
53 vollenden. Auch für den Freistaat Thüringen bietet ein solcher Binnenmarkt erhebliche
54 Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir müssen diese Potentiale offensiv nutzen
55 und unsere Rolle im Energiebinnenmarkt einnehmen. Aufgrund der zentralen geografischen
56 Lage innerhalb Europas wäre Thüringen etwa ein **prädestinierter Standort für die**
57 **Entwicklung von Power-to-X Technologien**. Dadurch könnten wir als **Speicher- und**
58 **Technologiestandort** – etwa für **Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe** – eine
59 bedeutsame Rolle spielen und einen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit
60 leisten. Die Nutzung von noch zu etablierenden Stromspeichern muss die Geschwindigkeit
61 des Ersatzes fossiler Energieträger bestimmen.

62 **Investitionen in Forschung und Entwicklung**

63 Wir müssen massiv in die **Forschung und Entwicklung von Stromspeichertechnologien**
64 investieren, um auch mit den neuen Formen der Energieerzeugung, Grundlastfähigkeit
65 gewährleisten zu können. Biogasanlagen sind etwa für kleine landwirtschaftlich geprägte
66 Gemeinden eine Möglichkeit, eine gewisse Autarkie bei der Grundversorgung mit Energie zu
67 erlangen. Dabei sind die Anlagen im Fall einer Havarie so abzusichern, dass eine
68 Verunreinigung von Gewässern weitgehend ausgeschlossen werden kann.

69 **Umwelt- und Naturschutz beim Windkraftausbau beachten**

70 Wir Freie Demokraten respektieren die **Belange der Anwohner**, der Standortverträglichkeit
71 und nicht zuletzt des Landschaftsschutzes. Ideologische Ausbauziele von ein oder zwei
72 Prozent der Landesfläche lehnen wir ab. Deshalb haben wir auch bereits im Jahr 2015 eine
73 Stellungnahme zum Windenergieerlass der Thüringer Landesregierung eingereicht. Den

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

Windenergieerlass möchten wir grundlegend novellieren. Außerdem möchten wir Abstandsregeln zum Schutz von Mensch und Natur verbindlich festschreiben. Für Repowering und neue Windparks gilt für uns gleichermaßen: die **zehnfache Anlagenhöhe als Mindestabstand (10H-Regelung)** zur Wohnbebauung. Durch eine Änderung des Thüringer Waldgesetzes wollen wir Freie Demokraten die **Errichtung von Windkraftanlagen im Wald verbieten**. Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung der Vorgaben des „**Helgoländer Papiers**“ zum Vogelschutz. Über den Bundesrat werden wir uns für eine **Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft** (§35 BauGB) einsetzen. Wir Freie Demokraten wollen das Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) anpassen und stärken**. Gesetzliche Regelungen müssen der wachsenden Größe der Windenergieanlagen und deren Auswirkungen auf die Umwelt Rechnung tragen. Die prinzipielle Zielsetzung muss die **Minimierung der Umweltauswirkungen und des Flächenbedarfs** solcher Industrieanlagen sein. Dazu gehört auch, einen **umweltgerechten Rückbau von Windenergieanlagen** nach Beendigung ihrer Nutzung sicherzustellen. Dabei gilt es, die gesetzlichen Regelungen für Sicherheitsleistungen zu konkretisieren und klarer festzuschreiben. Systemverantwortung bedeutet für uns Freie Demokraten auch die **Erzeugung erneuerbarer Energie für die Netzstabilität in die Verantwortung** zu nehmen – etwa über eigene Speicherlösungen.

SüdLink und SüdostLink sind Sinnbild einer gescheiterten Energiepolitik

Wir Freie Demokraten sprechen uns generell gegen die Leitungsprojekte „SüdLink“ und „SüdostLink“ aus. Dabei spielt es für uns **keine Rolle, ob die Trassen vornehmlich durch Hessen, Thüringen oder andere Bundesländer führen**. Die geplanten Stromtrassen sind Sinnbild einer gescheiterten Energiepolitik auf Bundesebene. So lange die Energiewende im Bund nicht vom Kopf auf die Füße gestellt wird, haben entsprechende Projekte, die massiv in Umwelt und Natur eingreifen, keine Daseinsberechtigung. Wir Freie Demokraten solidarisieren uns deshalb mit den engagierten Protesten in Ost-, Süd- und Westthüringen.

Globaler Klimaschutz statt Thüringer Klimanationalismus

Wir Freie Demokraten begreifen den **Klimaschutz als globale Herausforderung**. Dürren und Temperaturprognosen zeigen, dass ein Umdenken in der Klimapolitik notwendig ist. Das Thüringer Klimagesetz bremst jedoch nicht die Erderwärmung, sondern bezahlbares Wohnen und wirtschaftliches Vorankommen für die Menschen im Freistaat. Wir können viel **mehr CO₂ einsparen, wenn wir beim Klimaschutz global handeln**. Umweltverschmutzung und CO₂ kennen keine Ländergrenzen. Kurzsichtige und unausgewogene regionale Reglementierungen und Gesetzgebungen sind nicht zielführend. Sie schaden im Zweifel mehr als sie nutzen. Wir Freie Demokraten setzen auf einen **CO₂-Zertifikatehandel in Europa** mit kürzeren Verfallsdaten. Dadurch steigern wir den **Innovationsdruck**, bleiben als Politik aber **ideologiefrei und technologieoffen**. Über die effektivsten Maßnahmen zu Erreichung der Ziele sollen Techniker und Ingenieure entscheiden – nicht die Landes- oder Bundesregierung. Einen entscheidenderen Beitrag kann die **Entwicklungshilfe** leisten. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika und die Unterstützung demokratischer Strukturen können wir

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

115 mit der gleichen Investition weitaus mehr CO₂ einsparen als in Deutschland. Laut
116 Bundesrechnungshof kostete die Energiewende Bund und Verbraucher allein in den letzten 5
117 Jahren 160 Milliarden Euro - ohne damit eine wesentliche CO₂-Einsparung zu erreichen. Für
118 globalen Klimaschutz gibt es unzählige Möglichkeiten. Wir Freien Demokraten möchten den
119 Klimanationalismus beenden und den **Klimaschutz als echte Menschheitsaufgabe** angehen.

120 **Landwirtschaft**

121 **Freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte Landwirtschaft**

122 Wir Freie Demokraten stehen für eine freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte
123 Landwirtschaft. Deshalb wollen wir **Bürokratie abbauen** und uns **an europäischen**
124 **Mindeststandards orientieren**. Wir stehen für eine zukunfts- und marktorientierte
125 Landwirtschaftspolitik in Thüringen, die sich konsequent am Verbraucher ausrichtet. Eine
126 starke Landwirtschaft ist Garant für einen **ländlichen Raum mit Perspektive**. Die land- und
127 forstwirtschaftlichen Betriebe leisten einen elementaren Beitrag zum Erhalt und der Pflege
128 unserer Kulturlandschaften – damit ist Landwirtschaft auch ein Tourismusfaktor.
129 Die gesellschaftlichen Ansprüche an eine moderne, multifunktionale und nachhaltige Land-
130 und Forstwirtschaft steigen. Deshalb wollen wir die **Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe**
131 **stärken**. Landwirte brauchen eine Agrarpolitik, die ihnen eine flächendeckende,
132 leistungsfähige Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger möglichst weitgehender
133 Schonung der Ressourcen ermöglicht. **Unternehmerische Freiheit und Eigeninitiative**
134 müssen wir dabei immer im Blick behalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder
135 ein **angemessenes Einkommen** erhalten und ihre gesellschaftlichen Leistungen anerkannt
136 werden. Zum Beispiel durch den Abbau von Bürokratie, die Verbesserung von
137 Vermarktungsstrukturen und die Sensibilisierung der Verbraucher.

138 **Innovationen und Agrarforschung: Chancen und Risiken ideologiefrei abwägen**

139 Wir Freie Demokraten orientierten uns an neuen Entwicklungen der Produktionsmethodik
140 sowie am technischen Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen für eine moderne
141 Landwirtschaft. Die **Sicherheit für Mensch und Umwelt** hat oberste Priorität. Für uns Freie
142 Demokraten sind die Anwendungen der Biotechnologie stets eine objektive **Abwägung der**
143 **Chancen und Risiken**. Für deren gesellschaftliche Akzeptanz wollen wir Freien Demokraten
144 den **mündigen Verbraucher durch transparente Informationen** sensibilisieren und das
145 Forschungsklima technologiefreundlich gestalten.
146 Wir Freie Demokraten befürworten die **verantwortbare Nutzung grüner Gentechnik** in der
147 Landwirtschaft und eine ergebnisoffene Diskussion über ihren weiteren Einsatz. Das Genome
148 Editing ist eine Chance zur schnelleren Züchtung von Pflanzen mit spezifischen
149 Eigenschaften. Die Gefahr einer weltweiten **Monopolbildung möchten wir ausschließen**.
150 Dafür muss der europäische Markt insgesamt wettbewerbsfähiger werden und den
151 bürokratischen Aufwand und die schwierigen Zulassungsverfahren reformieren. Hierbei
152 setzen wir auf eine **aktive Einbindung von Fachleuten**, die Entscheidungen an Hand von

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

153 Fakten (und nicht an Hand von Ideologien) treffen. Das Prinzip der **Risikoversorge** muss
154 auch bei der Gentechnik beachtet werden.

155 Forstwirtschaft stärken

156 Wir Freie Demokraten wollen die **PEFC-Zertifizierung des Thüringer Staatswaldes**
157 **beibehalten**. Doppelzertifizierungen lehnen wir ebenso wie die Ausweitung der
158 Stilllegungsflächen ab. Wir setzen insgesamt auf Artenvielfalt und möchten standortgerechte
159 Gehölze wieder stärker berücksichtigen. Die Douglasie, als wärmeverträgliche Baumart,
160 sehen wir als guten und notwendigen Bestandteil des Waldumbaus im Zuge des
161 Klimawandels. Das Thüringer Waldgesetz wollen wir stärken und dadurch Windkraftanlagen
162 im Wald untersagen.

163 Wir Freie Demokraten möchten die **Betroffenen von Borkenkäferschäden über steuerliche**
164 **Verlustabschreibungen entschädigen**. Bestehende Programme wollen wir fortsetzen und
165 ausbauen. Wir setzen uns ein für **zukunftsfähige Holzvermarktungslösungen**, die dem
166 Kartellurteil Rechnung tragen und Vermarktungslösungen für alle Waldbesitzarten, auch den
167 Kleinwaldbesitz, möglich machen.

168 Wir unterstützen die weitergehende **Modernisierung der Land- und Forstwirtschaft**.
169 Thüringen braucht in Zukunft eine aktive Politik für unsere vielfältigen, lebenswerten,
170 ländlichen Räume. Wir wollen Strukturanpassungen unterstützen und **Kulturlandschaften**
171 **erhalten**. Die Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsqualität der ländlichen Räume muss im
172 Lichte des demografischen Wandels, der Digitalisierung, einer modernen Infrastruktur und
173 zeitgemäßer öffentlicher Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden.

174

175 Jagd ist Natur- und Tierschutz

176 Für uns Freie Demokraten ist **Jagd verlässlicher Natur- und Tierschutz**. Die Jägerinnen
177 und Jäger in Thüringen sind seit Jahrzehnten der **Garant für artenreiche und vitale**
178 **Bestände wildlebender Tiere**. Mit ihnen gemeinsam setzen wir uns für den **Natur- und**
179 **Tierschutz zum Wohle des Wildes, des Waldes und der nachhaltigen Nutzung der**
180 **natürlichen Ressourcen** ein. Konkret müssen wir uns auch Einzelthemen widmen, die
181 nachfolgend beschrieben sind.

182 Jagdrecht beim Wolf ja – Jagdzeiten nein

183 Wir Freie Demokraten wollen den **Wolf mit ganzjähriger Schonzeit in das Jagdrecht**
184 aufnehmen. Nur so können wir auf die Bestandsentwicklung reagieren. Damit nehmen wir
185 den Wolf in das Jagdrecht auf, ohne eine Jagdzeit einzuführen. Er muss als „jagdbare Tierart“
186 eingestuft werden, um in Einzelfällen in Bestände eingreifen zu können oder umgehend auf
187 Problem- oder Hybridwölfe zu reagieren. Ein angefahrener Wolf kann ohne das Jagdrecht nur
188 vom Amtsarzt erlöst werden. Diese Praxis lässt verwundete Tiere unnötig leiden, wenn ein
189 Amtsarzt nicht schnell verfügbar ist. Darüber hinaus fordern wir eine **Entbürokratisierung**
190 **und den erleichterten Zugang zu Entschädigungszahlungen**. Die finanzielle Förderung

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

191 des Herdenschutzes ist durch das Land zu erweitern. Präventionsmaßnahmen können etwa
192 Elektroäune, Herdenschutzhunde oder Herdenschutzesel sein.

193 **Jagd, Sportschützen und Waffenrecht nicht weiter einengen**

194 Wir Freie Demokraten sehen die Landesjägerschaften als wichtige Partner beim Naturschutz.
195 Weitere Einschränkungen für rechtstreue Sportschützen, Jäger und Waffensammler lehnen
196 wir ab. Anlasslose Kontrollen stellen eine Einschränkung des Grundrechts auf
197 Unverletzlichkeit der Wohnung dar und sind gegenüber unbescholtenen Bürgern nicht
198 akzeptabel. Die Bedrohung der inneren Sicherheit geht von illegalem Waffenbesitz aus, der
199 konsequent bekämpft werden muss. Eine Waffensteuer lehnen wir ab.

200 **Europaweites Kormoranmanagement**

201 Wir Freie Demokraten **hinterfragen den Schutzstatus des Kormorans und des Bibers**. Der
202 Bestand von Reh- Dam-, Rot-, Schwarzwild und Füchsen wird vom Menschen reguliert.
203 Kormorane sind bestandsgefährdend für die Fischfauna in kleineren Fließgewässern. Der
204 Fortbestand einzelner Populationen wird dadurch gefährdet. Ein regulierender Eingriff des
205 Menschen ist notwendig, weil keine selbstregulierende Natur mehr vorhanden ist. Beim
206 Bestandsmanagement des Kormorans streben wir eine europäische, mindestens aber eine
207 bundeseinheitliche Lösung an. Eine Bejagung in Thüringen darf weder auf Gebiete, noch
208 zeitlich eingeschränkt werden. Die Vermehrung dieses hochmobilen Jägers ist europaweit
209 kaum mehr einzudämmen und bedarf eines entschlossenen Vorgehens, um den Totalverlust
210 wesentlicher Fischarten entgegen zu wirken. Deshalb wollen wir Freie Demokraten hierbei
211 die Kleinteiligkeit beenden und durch ein **europaweites Kormoranmanagement** ersetzen.

212 **Bibermanagement für Thüringen**

213 Die Vermehrung des Bibers muss verantwortlich beobachtet werden. Während an großen
214 Flüssen kaum mit Beeinträchtigungen zu rechnen ist, kann der Dammbau an kleinen Bächen
215 und Zuflüssen, zur Trockenlegung von Teichen und zur Überflutung von Nutzflächen führen.
216 Daraus resultieren erhebliche Beschädigungen an der Infrastruktur und an
217 Hochwasserschutzeinrichtungen. Hier muss in Abstimmung mit kommunalen Behörden im
218 Einzelfall der **Abschuss von Problembibern** möglich sein.

219 **Thüringer Gewässer schützen**

220 Auch den **Artenreichtum der Thüringer Gewässer** behalten wir nachhaltig im Auge.
221 Veränderungen durch fehlgeleitete Energiepolitik, Verunreinigung und eine ideologische
222 Schutzpolitik beim Kormoran haben zu einem erheblichen Rückgang bis hin zu
223 Totalverlusten der Leit- und Schirmfischarten geführt. Dies belegt auch eine Untersuchung im
224 Frühjahr 2017, die vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in 23
225 Gewässerabschnitten durchgeführt wurde. Es ist die Verantwortung von Wissenschaft,
226 Politik, Anglern, Naturschützern und Jägern an diesen Problemen zu arbeiten. Deshalb
227 fordern wir eine einvernehmliche Umsetzung von Natur- und Umweltschutzrichtlinien zum

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

228 Schutz der heimischen Land- und Teichwirtschaft als Teil der Kulturlandschaft und klare
229 Verantwortlichkeiten bei kreisübergreifenden Gewässern.
230 **Querverbauungen von Flüssen wollen wir vermeiden**, wenn der ökonomische Nutzen nicht
231 im Verhältnis zum ökologischen Schaden steht. Querverbauungen führen zu
232 Sedimentablagerungen, die Kieslaichplätze nachhaltig zerstören und eine Fortpflanzung von
233 Kieslaichern verhindern. Bei Wasserkraftanlagen möchten wir insbesondere an
234 Fließgewässern den Schutz von Fischen stärker berücksichtigen. Die Potenziale der
235 Energiegewinnung an Thüringer Talsperren möchten wir stärker nutzen.
236 Eine **Renaturierung alter Flussarme** ist anzustreben. Durch Ausbaggern und
237 Wiederherstellung der Zuflüsse, können mit wenig Aufwand **Laichplätze für Fische** und
238 Lebensraum für verschiedene Tierarten geschaffen werden. In Abstimmung mit dem
239 **Hochwasserschutz** muss die bauliche Herstellung von Strömungserhöhungen unter der
240 Wasseroberfläche begradigter Flussabschnitte geprüft werden. Auch die Herstellung von
241 Kieslaichplätzen muss unterstützt werden, um die vom Menschen zerstörten Brutplätze von
242 Insekten und Laichstellen der kieslaichenden Fische wiederherzustellen. Der Bootstourismus
243 in Thüringen, muss im Einklang mit den ökologischen Anforderungen gestaltet werden und
244 ist in kleinen Flüssen bei Niedrigwasser eventuell nur eingeschränkt möglich.

245 **Für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung – auch bei Gewässern**

246 **Wir Freie Demokraten stehen für die Freiheit vor Ort.** Dies gilt auch für den Unterhalt
247 und die Entwicklung unserer Fließgewässer zweiter Ordnung. Dort, wo derzeit Defizite
248 bestehen, sind diese im Regelfall nicht in fehlender fachlicher Qualifikation sondern in der
249 unzureichenden kommunalen Finanzausstattung begründet. **Deshalb ist die liberale**
250 **Antwort, zusätzliches Geld in Gewässer zu investieren, anstatt in neue Wasserköpfe.**
251 **Wir Freie Demokraten wollen bestehende schlanke Strukturen und damit unsere**
252 **Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.** Gibt es im Einzelfall
253 tatsächlich personelle oder technische Probleme vor Ort, so sind bereits nach bisheriger
254 Rechtslage die unterschiedlichsten Formen der interkommunalen Zusammenarbeit bis hin zur
255 Gründung von Zweckverbänden möglich, ohne dass es dazu einer neuen Rechtslage zu
256 schaffen und in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen. Liberales
257 Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt stärkt effiziente Strukturen und Verantwortung
258 vor Ort und sorgt dafür, dass das notwendige Geld auch in einer vernünftigen
259 Gewässerentwicklung ankommt, anstatt in der Bürokratie verbraucht zu werden.
260 Gewässerbewirtschaftung mit Augenmaß begreift zudem Landwirte als Partner, nicht als
261 Gegner. Ziel muss es sein, Wege zu finden, wie mit den Landwirten gemeinsam eine
262 Verminderung des Nährstoffeintrags in Gewässer und eine ökologischere
263 Gewässerentwicklung erreicht werden kann. Das bedeutet, Thüringens Einfluss auf Bundes-
264 und europäischer Ebene stärker geltend zu machen, um bestehende Fördermechanismen so
265 weiterzuentwickeln, dass auch Gewässerrandbereiche und renaturierte Gewässer nicht zu
266 einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Landwirte führen.

267 **Umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem aktuellen Stand der Technik**

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

268 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem
269 aktuellen Stand der Technik ein. Ziel unserer umweltpolitischen Agenda sind gleichermaßen
270 die langfristige **Sicherung der Arbeitsplätze in der Kaliregion** sowie eine **naturnahe und**
271 **saubere Werra**. Die Verursacher der Werraversalzung und der Laugenverpressung müssen
272 die Verantwortung für die ökologischen Folgen der Kaliproduktion und der Halden tragen.
273 Wirtschaftliche Belange und der Natur- und Umweltschutz müssen in einem ausgewogenen
274 Verhältnis stehen. Die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie sollten in
275 Zukunft erfüllt werden.

276 Umwelt- und Naturschutz ideologiefrei und mit Augenmaß

277 Wir wollen einen **Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß**. Das Nebeneinander von
278 Mensch und Natur stellt eine große Herausforderung dar, um eine intakte und lebenswerte
279 Umwelt auch für kommende Generationen zu erhalten. Die vorsorgende **Vermeidung von**
280 **Umweltschäden** muss Vorrang haben vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden.
281 Moderne Umweltpolitik orientiert sich nicht an Ideologien, sondern an dem, was gut für
282 Mensch und Umwelt ist. Deshalb muss Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen
283 gemeinsam gestaltet werden.
284 In der Umweltpolitik müssen anspruchsvolle Ziele festgelegt werden. Gleichzeitig müssen
285 aber auch flexible Lösungen ermöglicht werden, damit diese Ziele erreicht werden können,
286 ohne die Akzeptanz der Menschen zu verlieren. Wir fordern deshalb einen effizienteren
287 Einsatz von Fördermitteln und eine **1:1-Umsetzung der Bundes- und EU-Regelungen**.
288 Behördliche Entscheidungen sollen möglichst bei den Kommunen liegen. Das schafft
289 Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und Transparenz.
290 Wir stehen für einen Perspektivwechsel in der Umweltpolitik. Weg von der
291 staatsbürokratischen Umweltpolitik, hin zu einer **Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen**
292 **Anreizen** und einem deutlich reduzierten Ordnungsrecht. Staatliche Reglementierung soll es
293 nur dort geben, wo sie unverzichtbar ist. Statt behördlicher Ausweisung neuer
294 Naturschutzflächen wollen wir vermehrt eine **ökologische Aufwertung bestehender**
295 **Gebiete**.

296 Biologische Vielfalt erhalten

297 Wir wollen den Verlust der biologischen Vielfalt in Thüringen stoppen. Die Ursachen für den
298 besorgniserregenden Rückgang von blütenbestäubenden Fluginsekten wie Bienen und
299 Schmetterlingen müssen geklärt und ein **dauerhaftes Insekten-Monitoring** aufgebaut
300 werden, um die Insektenvielfalt mit gezielten Maßnahmen wieder steigern zu können.
301 Insekten sind auch eine wichtige Nahrungsquelle für viele heimische Fisch- und Vogelarten.
302 Die Auswirkungen der monokulturellen Bewirtschaftung von Flächen sowie der Verlust von
303 Brut- und Nistplätzen für Insekten durch den Sedimenteintrag in Gewässer muss deshalb
304 besonders beobachtet werden. Der Erhalt der biologischen Vielfalt erfordert auch die
305 konsequente und dauerhafte Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten. Wir begrüßen
306 die Einstellung der Planungen für ein Pumpspeicherwerk Schmalwasser in Südthüringen. Die
307 schwerwiegenden Eingriffe hätten die Natur langfristig und unumkehrbar verändert.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

7. Wir wollen ein Thüringen, das Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ermöglicht

Medizinische Versorgung im Freistaat zukunftsfest gestalten

Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine **qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung** erhalten. Sie sollten am **medizinischen und digitalen Fortschritt** teilhaben können und zwar unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko und ihrem Alter. Dazu zählen **Gesundheitsförderung und Prävention** ebenso wie die Behandlung von Krankheiten bis hin zur Rehabilitation zur Vermeidung von Behinderungen.

Aus unserer Sicht kann auch zukünftig nur ein **gleichberechtigtes Zusammenspiel von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und inhabergeführten öffentlichen Apotheken** die leistungsfähige Gesundheitsversorgung gerade in ländlichen Räumen sicherstellen. Aufgrund der mit der höheren Lebenserwartung zunehmenden Multimorbidität (Mehrfacherkrankungen) der Bevölkerung, dem gestiegenen Durchschnittsalter der Ärzte, medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte sowie einem verstärkten Wettbewerb um medizinischen Nachwuchs, stehen alle drei Sektoren vor fundamentalen Herausforderungen. Es gilt - neben dem Werben um Fachkräfte - auch die Arbeitsbelastung im Blick zu behalten. Wir Liberale wollen **Bürokratie** dort **abschaffen**, wo sie hindert, sodass die Ärzte, die Apotheker und das medizinische und pflegerische Fachpersonal Kopf und Hände frei haben für die Versorgung der Patienten in Thüringen. Maßnahmen dafür sind etwa der **Ausbau von Schnittstellen** und die Umsetzung des „**Once-Only-Prinzips**“ (Daten werden nur einmalig erhoben und danach automatisch verarbeitet). Wir wollen gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung und medizinischen Leistungsanbietern Lösungen erarbeiten, um die medizinische Versorgung in Thüringen zu sichern und dort wo nötig durch **innovative Versorgungskonzepte** neue Wege zu gehen.

Für eine hochwertige und wohnortnahe ambulante Versorgung in Thüringen

Wir Freie Demokraten bleiben dem Grundsatz „**ambulant vor stationär**“ treu. Behandlungen, die durch den niedergelassenen Sektor erbracht werden können, müssen nicht in Krankenhäusern erfolgen. Im Gegenteil: es gilt die ambulante Versorgungsstruktur so weiterzuentwickeln, dass die Krankenhäuser von möglichst vielen ambulant-sensitiven Fällen entlastet und diese im ambulanten Bereich untergebracht werden. Die **ambulante Versorgung** stellt für uns auch weiterhin den **Anker der Versorgung** dar. Gerade der niedergelassene Bereich braucht bei dem sich abzeichnenden demographisch bedingten Fachkräftemangel Unterstützung. Wir wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung **Rahmenbedingungen zur Niederlassung so verbessern**, dass Thüringen für junge Haus- und Fachärzte weiterhin ein attraktiver Arbeits- und Lebensstandort bleibt. Die **Delegation ärztlicher und pflegerischer Leistungen** möchten wir stärken, um Ärzte von Tätigkeiten zu entlasten, die nicht unbedingt von Ärzten erbracht werden müssen. Dazu

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

können Ärzte heute schon bestimmte Leistungen an nicht-ärztliches Personal delegieren. Damit soll Ärzten wieder **mehr Zeit in ihrer Praxis für die Versorgung von Patienten** zur Verfügung stehen. Projekte wie den „TeleArzt“ und innovative telemedizinische Projekte in Thüringer Krankenhäusern (z.B. Regiomed Klinik Hildburghausen) bei denen „nicht-ärztliche Praxisassistentinnen“ von Hausärzten bei Hausbesuchen oder Besuchen in Pflegeheimen einen Telemedizin-Rucksack nutzen, möchten wir stärken. Wir Freie Demokraten wollen uns auf Bundesebene für ein **Ende der Budgetierung** einsetzen. Bereits heute werden bis zu 30 Prozent der erbrachten Leistungen (v.a. im fachärztlichen Bereich) nicht vergütet. Dies ist ein Hauptgrund für die Nachwuchssorgen im ambulanten Bereich. **Leistungen, die erbracht werden, müssen auch bezahlt werden.**

Medizinische Studienkapazitäten ausbauen – auch über eine private Hochschule

Wir Freie Demokraten wollen die **medizinischen Studienkapazitäten im Freistaat ausbauen**. Mediziner, die wir vor Ort ausbilden, können wir später am besten für die medizinische Versorgung in Thüringen halten. Hierzu möchten wir die **Bedingungen an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena verbessern**. Sieht man sich die Situation in Deutschland an, (80.000 Bewerbern um ein Medizinstudium stehen rund 8.000 Studienplätze gegenüber) sehen wir Potenzial für die **Etablierung einer zusätzlichen, privat finanzierten, medizinischen Hochschule in Thüringen**. Damit können diejenigen Studenten, die heute auf Studienorte in Österreich, Kroatien oder Ungarn ausweichen, eine Perspektive im Freistaat Thüringen aufgezeigt bekommen.

Die liberale Krankenhausstrategie 2030. Für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung in Thüringen.

Die Thüringer Krankenhauslandschaft zeichnet sich durch eine **hohe Versorgungsqualität und wohnortnahe Strukturen** aus. Damit diese seit 25 Jahren gewachsene stationäre Infrastruktur auch zukünftig Bestand hat, muss der Freistaat seinen Pflichten aus der dualen Krankenhausfinanzierung (Infrastrukturkosten) gegenüber den Häusern nachkommen. Gerade im Hinblick auf die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung der Thüringer Krankenhäuser müssen diese Verpflichtungen erfüllt werden. Wir Freie Demokraten verstehen die Häuser als Partner, ohne deren Mitwirkung eine sichere Versorgungsstruktur nicht gestaltet werden kann. Wir wollen **bürokratische Hemmnisse abbauen**, damit sich die Kliniken auf ihren Auftrag – der bedarfsorientierten stationären Versorgung der Patienten in Thüringen - konzentrieren können. Insbesondere sind wir überzeugt, dass **Qualitätsvorgaben nur bundesweit** ausgehandelt, in Kraft gesetzt und **nicht durch die Länder einseitig verändert** werden sollten. Personalvorgaben wie die Thüringer Rechtsverordnung zu Facharztvorgaben sind nicht mit unserer liberalen Krankenhausstrategie zu vereinbaren und greifen zudem in die Organisationshoheit des Unternehmen Krankenhauses ein. Darüber hinaus wollen wir **Planungssicherheit für die Thüringer Kliniken** erreichen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir eine „**Krankenhausstrategie 2030**“ entwickeln, damit in Zukunft die stationäre Versorgung - auch in der Fläche – qualitativ hochwertig gewährleistet

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

werden kann. Dazu gehört für uns auch, die **Krankenhausstruktur am Versorgungsbedarf zu orientieren**. Dazu sollen die bisherigen Planungskriterien, um **auf Versorgungsforschung basierende Kriterien** (z.B. Bedarfsorientierung und Krankheitslast), ergänzt werden. Einer **Abkoppelung des ländlichen Raumes von medizinischen Leistungen werden wir entgegentreten**.

Qualitätsorientierung, Wettbewerb, Trägervielfalt, Transparenz, Personalgewinnung, Wahlfreiheit der Patienten sowie Versorgungssicherheit, müssen Ziele einer zukunftssicheren Krankenhauslandschaft sein.

Sektorübergreifende Versorgung und Modellprojekte

Nicht zuletzt mit dem Blick auf die Bevölkerungs- und Morbiditätsentwicklung in Thüringen gilt es, die Zusammenarbeit und das Schnittstellenmanagement (zum Beispiel Entlassungsmanagement) beider Versorgungsbereiche zu optimieren. Versorgung ist regional bedingt und ungeeignet für „one size fits all“-Ansätze. Daher braucht es **spezifische Lösungen für die regionalen Versorgungsbereiche und Gesundheitsstandorte** auch unter Einbeziehung des Pflegebereichs. Denn eine optimale Versorgung der Patienten einer Region ist eine **Teamleistung aller Gesundheitsanbieter**.

Wir wollen als Freie Demokraten hierbei die **Chancen der Digitalisierung für die medizinische Versorgung der Patienten nutzen**. Gemeinsam mit den Gesundheitsanbietern möchten wir **Modellprojekte entwickeln**, die Ärzte und das medizinische Personal entlasten und die Patienten vor allem im häuslichen Wohnumfeld optimal zu versorgen helfen. Hierbei wollen wir Freien Demokraten mit den Selbstverwaltungspartnern und Gesundheitsanbietern **institutionalisierte Innovationsplattformen** schaffen. Damit sollen explizit auf die Thüringer Versorgungssituation zugeschnittene, **innovative Versorgungsmodelle** entwickelt werden. Dazu halten wir u.a. die Etablierung eines Telemedizin/E-Health-Clusters für notwendig. Dabei wollen wir auch Chancen des Innovationsfonds des Bundes für Thüringen verstärkt nutzen. Wir wollen Thüringen damit zum innovativen Gesundheitsland weiterentwickeln.

Gesundheitsland Thüringen – Inkubator neuer Ideen

Innovationen leben vom Diskurs. Daher wollen wir Freie Demokraten eine **bundesweit relevante Gesundheits- und Kongresslandschaft** etablieren, auf der sich nationale und internationale Experten zur Weiterentwicklung von Gesundheitsstandorten, Angebotsstrukturen und Versorgungslösungen austauschen. Davon profitiert nicht nur das Kongress- und Messewesen in Thüringen, sondern insbesondere die Thüringer Gesundheitslandschaft und die Patienten. Wir wollen **Lösungen für Probleme entwickeln, die andere Regionen erst in Zukunft bekommen** werden. Thüringen soll somit zum **Inkubator neuer Ideen** und zur **Blaupause einer innovativen Gesundheitslandschaft** werden.

Wir Freie Demokraten wollen überdies den Gesundheitsstandort Thüringen nachfrageorientiert stärken. Damit wollen wir nicht nur die Leistungen des Gesundheitssektors im Freistaat bekannter machen, sondern auch die **Nachfrage nach in Thüringen erbrachten Gesundheitsleistungen steigern**. Hierfür werden wir mit einer

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

120 Kampagne Thüringen als innovativen Gesundheitsstandort bundesweit und international
121 einen Namen machen.

122 Apotheken als Garant für ein gesundes Thüringen

123 Für die Freien Demokraten bleiben die inhabergeführten, öffentlichen Apotheken die
124 zentralen Garanten für die Sicherstellung der wohnortnahen pharmazeutischen Versorgung
125 der Patienten in Thüringen. Nur diese gewährleisten Beratung und eine 24-stündige
126 Vollversorgung aus einer Hand. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die
127 Beratungs- und Versorgungsleistungen der inhabergeführten Apotheken vor Ort besser
128 honoriert werden und den Wettbewerb fair und europarechtskonform gestalten. Dazu wollen
129 wir auch Maßnahmen gemeinsam mit dem Apothekerverband und der
130 Landesapothekerkammer entwickeln. Eine Aufhebung des Fremdbesitzverbotes lehnen wir
131 Freie Demokraten ab.
132 Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit den Apothekern dem drohenden Fachkräftemangel in
133 der Region offensiv begegnen. Damit auch zukünftig genügend Apotheken einen Nachfolger
134 finden, wollen wir die **pharmazeutische Ausbildung an der Universität Jena stärken**. Als
135 erstes Mittel der Wahl setzen wir uns deshalb für eine rasche und effektive Erweiterung der
136 Fakultät Pharmazie ein. Nur wer in der Region lernt, erste Erfahrungen sammeln kann und um
137 die beruflichen Chancen in der Region weiß, kann als junge Fachkraft in Thüringen gehalten
138 werden.

139 Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

140 Nicht nur in strukturschwachen und ländlichen Regionen ist der **Ausbau der Hospiz- und**
141 **Palliativversorgung** zu unterstützen, sondern gerade auch im städtischen Raum: Hier besteht
142 teilweise ein eklatanter Mangel an Hospizplätzen. Insbesondere sollte dies in Vernetzung mit
143 der allgemeinen, ambulanten Palliativversorgung geschehen. Dazu sollte man die
144 **Finanzierungsgrundlagen stationärer Hospize verbessern**. Die Möglichkeit,
145 krankenhausindividuelle Entgelte in der Palliativmedizin als „besondere Einrichtung“ anstelle
146 von bundesweit kalkulierten pauschalisierten Entgelten zu verhandeln, wollen wir
147 unterstützen.
148 Fachkräftemangel in der Pflege beseitigen, Personal fördern und finanzieren
149 Wir wollen die **selbstbestimmte und menschenwürdige Pflege** stärken. Das Berufsbild und
150 die Rahmenbedingungen für die Pflege sind attraktiver zu gestalten. Dazu wollen wir die
151 Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und Einrichtungsträger durch **Abbau von Bürokratie,**
152 **leistungsgerechte Vergütungen** und einen für alle Beteiligten und unter Berücksichtigung
153 der Fachkräfteverfügbarkeit am Arbeitsmarkt **akzeptablen Personalschlüssel** verbessern.
154 Deshalb unterstützen wir auch eine **starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden**
155 auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft.
156 Wir wollen eine **Reform der Pflegeberufe**, die nicht zu Lasten von Ausbildungsqualität und
157 Ausbildungskapazitäten erfolgt. Deshalb treten wir für eine „**integrative Pflegeausbildung**“
158 mit **gemeinsamer Grundausbildung und Spezialisierung in den unterschiedlichen**
159 **Abschlüssen** ein. Bei einer Neuordnung der Pflegeberufe brauchen wir zudem ein **Konzept**
160 **zur Sicherung der Ausbildungskapazitäten** in allen Bereichen der Pflege.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

161 Um einen Teil des enorm steigenden Pflegebedarfs zu decken, benötigen wir außerdem
162 **zusätzliche Pflegekräfte aus dem Ausland.** Wir Freien Demokraten fordern eine
163 vereinfachte Erteilung einer Arbeitserlaubnis für nachweislich qualifizierte Nicht-EU-Bürger.

164 **Aufklärung und Prävention in der Drogenpolitik**

165 Wir Freie Demokraten sehen die repressive Drogenpolitik als gescheitert an. Sie bindet
166 Ressourcen von Polizei und Justiz und kriminalisiert Menschen, anstatt ihnen zu helfen. Wir
167 fordern daher eine Trendwende im Umgang mit Rauschmitteln: Mehr Aufklärung und
168 Prävention, Therapie statt Strafverfolgung und die **Einrichtung von Drogenkonsumräumen**
169 mit der Möglichkeit, die Zusammensetzung von Substanzen überprüfen zu lassen.
170 Wir wollen eine **kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften**, die den
171 Jugend- und Verbraucherschutz gewährleisten. Solange nur in Ausnahmefällen mit ärztlicher
172 Genehmigung der Besitz (und Anbau) von Cannabis erlaubt ist, muss für die Betroffenen
173 Rechtssicherheit geschaffen werden. Bis die Legalisierung von Cannabis erreicht ist, wollen
174 wir die Grenze für den straffreien Eigengebrauch auf 15 Gramm erhöhen. Ein Alkoholverbot
175 an öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

176 **Ein soziales Thüringen setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe**

177 **Sozialverwaltung entbürokratisieren – Arbeit muss sich lohnen**

178 Durch den technologischen Fortschritt und die Digitalisierung befindet sich der Arbeitsmarkt
179 im stetigen Wandel. Statt Massenarbeitslosigkeit wird der Fachkräftemangel zu einer immer
180 größeren Herausforderung. Die Jobbiographien werden immer vielfältiger und flexibler. Wir
181 möchten die Flexibilität, die im Alltag immer mehr gelebt wird, auch auf die sozialen
182 Sicherungssysteme übertragen.
183 Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr **Transparenz, Effizienz und für die**
184 **Vereinfachung bei steuerfinanzierten Sozialleistungen** ein. Aktuell gibt es circa 120
185 verschiedene Leistungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei 40 verschiedenen
186 Behörden. Diese Leistungen sind nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem
187 abgestimmt. **Wem welche Leistungen zustehen, ist zu oft nicht erkennbar.**

188 **Thüringer Modellprojekt „Liberales Bürgergeld“**

189 Wir Freie Demokraten fordern ein „**Thüringer Modellprojekt liberales Bürgergeld**“ mit
190 Vertretern der Wissenschaft sowie mit Arbeitsmarkt- und Sozialexperten. Wir möchten,
191 begleitet von einer Enquetekommission in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit,
192 erproben, welche steuerfinanzierten Sozialleistungen bereits heute innerhalb eines solchen
193 Modellprojektes gebündelt werden können – auch über den Bundesrat in Kooperation mit der
194 Bundesebene. Bündeln möchten wir beispielsweise die Unterkunftskosten des
195 Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, den
196 Kinderzuschlag, das BAföG und das Wohngeld. Für die Umsetzung des Pilotprojekts muss

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

zunächst im Bundesrecht eine Öffnungsklausel im SGB II geschaffen werden, die den Ländern gestattet, im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung tätig zu werden. Als einzige Leistung soll ein **„liberales Bürgergeld“ vom Finanzamt verwaltet und ausgezahlt** werden. Für diese Vereinfachung ist es erforderlich, dass von den Bürgern eine Steuererklärung gemacht wird. Die Angaben in der Steuererklärung müssen um die Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung und Einkommen, welche der Abgeltungssteuer unterliegen, erweitert werden. Die **Höhe des Thüringer Bürgergeldes wird abhängig von den regionalen Kosten der Unterkunft (KdU) berechnet**. Dadurch können wir persönliche Eingriffe für die Betroffenen reduzieren und gleichzeitig in der Sozialverwaltung Kosten einsparen. Ebenso möchten wir in diesem Zusammenhang die **Arbeits- und Sozialverwaltung entbürokratisieren** und verschlanken. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten möchten wir verbessern, damit sich Arbeit immer (auch im Zwischenschritt über Teilzeit oder einen Minijob) lohnt. Mit den Erkenntnissen dieses Thüringer Modellprojekts möchten wir uns in einem zweiten Schritt auch über den Bundesrat für eine moderne **Reform der Sozialsysteme hin zum liberalen Bürgergeld** einsetzen.

Wir zahlen für Leistung – Qualitätsorientierung sozialer Dienste

Liberaler Sozialpolitik muss **Lebensrisiken absichern und zweite Chancen ermöglichen**. Dabei verstehen wir Sozialprogramme nicht als dauerhafte Alimentierung sondern als **aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe**. Wir Freien Demokraten streben einen bedarfsgerechten Einsatz der Mittel des Sozialstaats und eine gute Sozialplanung an.

Gerechtigkeit hat mehrere Dimensionen

Gerechtigkeit ist für uns Freie Demokraten daher kein eindimensionaler Begriff. Neben **sozialer Gerechtigkeit** stehen für uns auch die **Generationen- und Leistungsgerechtigkeit** im Mittelpunkt liberaler Politik. Bei der Gerechtigkeitsfrage dürfen wir aber auch die **Sicht der Betroffenen** nicht aus dem Blick verlieren. Für die Inanspruchnahme einer Sozialleistung müssen Betroffene zahlreiche Eingriffe in ihre **Privatsphäre** und Kontrollen erdulden. Deshalb haben sie auch selbst einen **Anspruch auf eine bestmögliche Qualität** und Effektivität der erbrachten sozialen Dienstleistung. Jeder Euro, den wir für Transferleistungen ausgeben können, muss zunächst von den Steuerzahlern in Thüringen erarbeitet werden. Ihnen gegenüber haben wir ebenfalls eine besondere Verantwortung. Jeder ausgegebene Euro im Sozialhaushalt erhält seine Daseinsberechtigung nur, wenn er sicherstellt, dass die Betroffenen bestmöglich betreut und versorgt werden. Bei Sozialprogrammen verlieren wir daher nicht diejenigen aus dem Auge, die heute und in Zukunft die notwendigen Steuergelder mit ihrer Arbeit erwirtschaften müssen – die arbeitende Mitte der Gesellschaft und die nachfolgenden Generationen der Kinder und Kindeskiner. Gleichzeitig behalten wir die Betroffenen im Blick, denen gegenüber wir uns zu einer bestmöglichen Qualität der erbrachten Leistungen verpflichten.

Qualitätswettbewerb bei sozialen Leistungen

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

236 Die Sozialausgaben sind in den vergangenen Jahren stets angestiegen. Zugleich erhöhte sich
237 auch das Armutsrisiko. Dieser Widerspruch zeigt, dass mehr Steuergeld nicht automatisch
238 mehr **Qualität und Wirkung für die Hilfsbedürftigen** zur Folge hat. Wir Freien
239 Demokraten sehen, aufgrund der Eingriffe in die persönliche Lebensgestaltung, eine
240 besondere **politische Verantwortung zur maximalen Qualität der Leistung für die**
241 **Betroffenen**. Mit den sozialen Trägern streben wir eine konstruktive Diskussion über den
242 Landesrahmenvertrag an.
243 Wir Freien Demokraten möchten in der Sozialpolitik mehr Wettbewerb und eine bessere
244 Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Trägern herstellen. Dieser Wettbewerb ist auch
245 im Sinne der Anbieter sozialer Dienste, da nur so ein Träger, der bessere Leistung erbringt,
246 auch besser bezahlt werden kann. Für uns Freie Demokraten gilt der Grundsatz „**PAY FOR**
247 **PERFORMANCE – Wir zahlen für Leistung**“.

248 Liberale Sozialpolitik befähigt zum selbstbestimmten Leben

249 Auch in den Bereichen Prävention, Partizipation, Integration, Kinder- und Jugendhilfe,
250 Psychiatrie, Behindertenhilfe, gesellschaftliche Teilhabe, Sozialpädagogik und bei der
251 Beratung von Menschen in Notlagen steht für uns die Selbstbestimmung des Einzelnen im
252 Mittelpunkt. Wir Freie Demokraten möchten, dass das Land Thüringen die Verwendung von
253 Mitteln aus dem Sozialhaushalt überprüfen und nachvollziehen kann, wie es bei
254 Krankenhäusern und Arbeitsämtern bereits der Fall ist. Nur so stehen die Bedürfnisse der
255 Leistungsempfänger im Mittelpunkt und nicht allein die Wunschlisten der Leistungserbringer.
256 Gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen und den sozialen Trägern möchten wir auf
257 wissenschaftlicher Basis ein **Benchmarking-System** für den Sozialbereich entwickeln. Unser
258 Ziel ist die **beste Qualität für Betroffene und Hilfsbedürftige**. Dazu wollen wir die
259 **Programme und Leistungen sozialer Dienste analysieren** und in einem weiteren Schritt **die**
260 **sozialen Träger in Thüringen vergleichen**. In Phase vier planen wir **Maßnahmen für einen**
261 **effektiveren Mitteleinsatz**, um in Phase fünf die **Mittelverteilung qualitätsorientiert**
262 **neuauszurichten**.

263 Wir wollen ein Thüringen, das tolerant und vielfältig ist

264 Wertschätzung für Vielfalt

265 **Freiheit und Vielfalt sind gesellschaftliche Zwillinge**. Politische Kräfte, die gegen Vielfalt
266 Ängste schüren, bekämpfen gesellschaftliche und individuelle Freiheit. Wir Freie Demokraten
267 hingegen stehen für einen **weltoffenen Freistaat Thüringen**, in dem jeder unabhängig von
268 Geschlecht, sexueller Identität, Alter, gesundheitlicher Beeinträchtigung, Herkunft oder
269 Religion **diskriminierungsfrei leben** kann.

270 Diskriminierung aller Art bekämpfen

271 Bei der **Bekämpfung von Diskriminierung aller Art** setzen wir verstärkt auf **Jugendarbeit**,
272 indem wir die sozialarbeiterische Betreuung von Schulen und Jugendzentren fördern und

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

273 Schulen außerdem vor Ort ermutigen, die Angebote bestehender Projekte gegen Ausgrenzung
274 und für Toleranz wahrzunehmen. Auch in der Schule (z.B. Lehr- und Unterrichtsmaterialien)
275 und in der Ausbildung (z.B. Sensibilisierung von Pflegekräften und Polizisten) möchten wir
276 Vielfalt berücksichtigen.
277 Wir wollen die Kompetenzen aller Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung bestimmter
278 gesellschaftlicher Gruppen zu **einem zentralen Antidiskriminierungsbeauftragten**
279 zusammenfassen. Um Antidiskriminierung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu
280 unterstreichen und die ministerielle Unabhängigkeit des Beauftragten sicherzustellen, soll
281 seine Position **direkt beim Thüringer Landtag angesiedelt** werden. Auch das „Diversity
282 Management“ in privaten und öffentlichen Unternehmen möchten wir aktiv und
283 unbürokratisch fördern.

284 **Geschlechtergerechtigkeit**

285 Wir Freie Demokraten kämpfen für **Chancen- statt Ergebnisgleichheit** bei der
286 Gleichstellung von Frauen und Männern. Freidemokratische Geschlechterpolitik baut auf
287 Qualifikationen, Stärken und Leistungsbereitschaft von Frauen und Männern und möchte
288 somit die Ursachen statt bloß die Ergebnisse von Benachteiligung abbauen. Dazu wollen wir
289 unter anderem veraltete Rollenmodelle überwinden und die Digitalisierung als Schlüssel zu
290 mehr Selbstbestimmtheit bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** nutzen.
291 Die Sicherstellung politischer Rahmenbedingungen, welche unabhängig vom Geschlecht
292 mehr **Flexibilität und Individualität** bei der gemeinsamen Planung des Privat- und des
293 Berufslebens erlauben, hat für uns höchste Priorität. Dafür setzen wir auf flexible
294 **Arbeitszeitmodelle, Langzeitkonten für Arbeitszeit sowie digitale Arbeitsplätze** wie das
295 Homeoffice. All diese New-Work-Ansätze scheitern heute oft noch an übermäßigen
296 bürokratischen Hürden, welche wir spürbar reduzieren möchten.
297 Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir außerdem erweiterte und
298 flexible Öffnungszeiten bei der Kinderbetreuung umsetzen sowie flächendeckend
299 erschwingliche und zugleich hochwertige Betreuungsangebote schaffen und aufrechterhalten.
300 Wir setzen uns für **mehr Frauen in Führungsverantwortung** im öffentlichen Dienst und in
301 der Wirtschaft durch **transparente Selbstverpflichtungen** in der öffentlichen Verwaltung
302 sowie Anreize für Unternehmen ein. Auch die bereits aufgeführten und von uns geförderten
303 **New-Work-Ansätze** sorgen dafür, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht
304 beruflichen Aufstieg erreichen können. Statische gesetzliche Quoten lehnen wir hingegen ab,
305 da sie Menschen auf ihr Geschlecht reduzieren und einer echten Gleichberechtigung somit
306 entgegenstehen.

307 **LSBTI**

308 Thüringen gehörte in der Vergangenheit nicht zu den Vorzeigeschülern in Sachen
309 Gleichstellung verschiedener sexueller Identitäten. Die Konsequenz daraus ist, dass
310 inzwischen viele junge homo-, bi- oder auch transsexuelle Menschen dem Freistaat den
311 Rücken kehren und ihr Glück in Städten außerhalb Thüringens suchen. Unser Ziel ist daher
312 eine Gleichstellungspolitik, welche Rahmenbedingungen so gestaltet, dass sich Menschen
313 aller sexuellen Identitäten in unserem Freistaat selbstbestimmt wohlfühlen. Denn auch nach

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

314 Beschluss der „Ehe für alle“ ist die Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen
315 Identitäten noch nicht abgeschlossen.

316 Das **Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität** wollen wir Freien
317 Demokraten über den Bundesrat in Artikel 3 des Grundgesetzes nach Vorbild des Artikels 2
318 der Verfassung des Freistaates Thüringen verankern. Für Opfer von homo- oder transphober
319 Gewalt wollen wir einen eigenen Ansprechpartner bei der Thüringer Polizei schaffen.
320 Wir setzen uns dafür ein, dass der **Zugang zur Eizellenspende und zur Leihmutterschaft**
321 auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht wird. Voraussetzungen dafür sind das
322 Einverständnis der beteiligten Frauen, eine vollumfassende Aufklärung und Beratung sowie
323 ein Ausschluss kommerzieller Interessen.

324 Wir Freie Demokraten fordern die **Rehabilitation und angemessene Entschädigung** für
325 Männer, die auf Grundlage der bis 1994 bzw. 1988 geltenden Paragraphen 175 des
326 Strafgesetzbuches und 151 des DDR-Strafgesetzbuches verurteilt wurden. Dabei soll für die
327 Betroffenen als Alternative zu pauschalen Einmalzahlungen auch eine Opferrente ermöglicht
328 werden.

329 **Politik für alle Generationen**

330 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der verschiedene Generationen
331 von der Schaffenskraft, der Kreativität aber auch dem Erfahrungsschatz anderer Generationen
332 profitieren. Dafür stellen wir uns gegen jede Form der ungerechtfertigten
333 Altersdiskriminierung und wollen politisch die Weichen für ein selbstbestimmtes und aktives
334 Leben in jeder Lebensphase stellen.

335 Wir fordern eine **Generationenbilanzierung bei der Gesetzesfolgenabschätzung** im
336 Thüringer Landtag, bei der Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den
337 Lasten für diese gegenübergestellt werden.

338 Um die politische Partizipation junger Menschen zu erhöhen und sie an Entscheidungen,
339 welche ihre Interessen direkt betreffen, auch mitwirken zu lassen, sprechen wir uns für die
340 Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Wir wollen **Jugendliche außerdem stärker**
341 **in politische und gesellschaftliche Prozesse einbinden**. Deshalb setzen wir uns für ein
342 **unabhängiges Landesjugendparlament** ein, welches unter anderem durch ein Initiativrecht
343 für eigene Anträge im Thüringer Landtag verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik
344 nehmen kann. Auch auf kommunaler Ebene muss Jugendpartizipation verpflichtend sein.
345 Kinder und Jugendliche sollen etwa durch Kinder- und Jugendräte direkt an für sie wichtigen
346 Entscheidungen beteiligt werden können. Weiterhin fordern wir die **Einführung einer**
347 **unabhängigen Jugendkommission** im Landtag.

348 **Politische Mitbestimmung junger Menschen beginnt in Kommunen und Kreisen**. Wo
349 nötiges politisches Engagement fehlt, sind es oft jugendpolitische Vernetzungstreffen die
350 Jugendliche an Politik heranführen. Nach Ansicht der Freien Demokraten müssen diese
351 Formen der Vernetzung zwischen politischen Organisationen und Jugendlichen in ganz
352 Thüringen etabliert und in einem zu evaluierenden Förderplan gezielt unterstützt werden. Um
353 Politikverdrossenheit wirksam entgegenzutreten, ist es nach Ansicht der Freien Demokraten
354 sinnvoll, ein **Wahlinformationsbudget für Schulen** zur Finanzierung von Wahlbörsen und
355 Podiumsdiskussionen einzuführen.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

356 Zeitliche Ausgehbeschränkungen für Jugendliche ab 16 Jahren für den Besuch von
357 beispielsweise Gaststätten oder Tanzveranstaltungen wollen wir abschaffen. Das Tanzverbot
358 an Feiertagen ist ein Relikt des vergangenen Jahrhunderts. Die Freien Demokraten setzen sich
359 daher für die ersatzlose **Abschaffung des Tanzverbotes** ein.
360 Wir fordern außerdem die **Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen**, damit auch ältere
361 Menschen ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechend am Arbeitsleben teilhaben können.
362 Dafür wollen wir **starre Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand abschaffen**, wo
363 sie den Wunsch der Älteren auf Beschäftigung verhindern.
364 Wir setzen uns für die Einführung von **Verantwortungsgemeinschaften** für volljährige
365 Menschen ein, aus denen sich etwa im Auskunfts- und Umgangsrecht, bei Sozialleistungen
366 oder im Erbfall gegenseitige Rechte und Pflichten ergeben, damit sich Ältere zum Beispiel die
367 Unabhängigkeit von Pflegeeinrichtungen möglichst lange erhalten und das Leben gemeinsam
368 bestreiten können.

369 **Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern**

370 Bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen
371 Leben bekennen wir Freie Demokraten uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen
372 diese auch im Freistaat Thüringen zügig umsetzen. Für die Teilhabe ist eine umfassende
373 Barrierefreiheit notwendig, welche sich auf sämtliche Lebensbereiche, wie den individuellen
374 Wohnbereich, öffentliche Gebäude und Bereiche, das Verkehrswesen, Informationssysteme
375 sowie sämtliche Freizeitangebote, erstreckt.
376 Neben der Berücksichtigung der **Barrierefreiheit** bei der Errichtung und Sanierung von
377 Einrichtungen des öffentlichen Raums darf der Abbau von Barrieren auch vor dem digitalen
378 Raum nicht haltmachen. Hier wollen wir insbesondere darauf achten, dass den besonderen
379 Bedürfnissen von sinnesbehinderten Menschen bei der Gestaltung und Zugänglichmachung
380 von öffentlichen Inhalten Rechnung getragen wird.
381 Damit auch Menschen mit Behinderung für sie wichtige Entscheidungen selbstbestimmt
382 treffen können, setzen wir uns für eine **Weiterverbreitung des sogenannten persönlichen**
383 **Budgets** sowie für vereinfachte Verfahren und qualifizierte Beratung bei der
384 Inanspruchnahme ein. Bei allen Teilhabeleistungen soll das Wunsch- und Wahlrecht der
385 Betroffenen stets im Vordergrund stehen.
386 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung der herausragenden Arbeit der
387 **Sportvereine und entsprechenden Fachverbände ein**, um Menschen mit unterschiedlichen
388 Anlagen sowie vielfältiger Herkunft auch weiterhin bei Sport und Spiel zueinander finden zu
389 lassen.

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

8. Wir wollen ein Thüringen, in dem die Politik rechnen kann

Die Thüringerinnen und Thüringer schaffen mit ihrem Fleiß die Grundlage für das hohe Steuer- und Abgabenaufkommen. Nicht zuletzt ihnen sind die Haushaltsüberschüsse von Bund und Land zu verdanken. Nur die Freien Demokraten stehen dafür, dass erst erwirtschaftet werden muss, was später verteilt werden kann. Gerade in Zeiten hoher Steuereinnahmen müssen wir als Freistaat dafür sorgen, dass wir nur das verbrauchen, was sinnvoll und notwendig ist. Dies gebietet schon der Respekt vor der täglichen Arbeitsleistung der Bürgerinnen und Bürger. Wie es von jedem Bürger und Unternehmer gefordert wird, so muss auch eine Landesregierung entsprechend **sorgsam mit dem ihr anvertrauten Geld der Steuerzahler umgehen**. Zur Stärkung des ländlichen Raums brauchen wir neue Ideen und Anreize, die das Leben in der Stadt nicht mit dem Leben auf dem Land in Konkurrenz stellen. Die bisherige Landesregierung blähte das Haushaltsvolumen immer weiter auf. **EU-Mittel in Höhe von 200 Millionen Euro wurden nicht abgerufen**. Zukunftsinvestitionen und der Schuldenabbau hatten keine Priorität. Stattdessen nutzte die Landesregierung Steuermehreinnahmen für konsumtive Wahlgeschenke und für eine gescheiterte Gebietsreform. Allen Beteiligten ist klar, dass ab 2020 Solidarpaktmittel wegfallen und die Mittel des Europäischen Kohäsionsfonds reduziert werden. Zusätzlich steigen die Pensionslasten in den kommenden Jahren um ein Vielfaches. Diese zu kurz gedachte Haushaltspolitik möchten wir Freien Demokraten beenden. Die Zukunftschancen Thüringens sind für uns Freie Demokraten eng mit einer generationengerechten Finanzpolitik verknüpft. **Nur wer Schulden abbaut, schafft finanzielle Spielräume für die dringend notwendigen Investitionen in die Zukunft**. Wir Freien Demokraten werden die Thüringer Haushaltspolitik zukunftsfest gestalten.

Generationengerechte Finanzen

Wir Freie Demokraten werden die Finanzpolitik in Thüringen **konsequent auf Generationengerechtigkeit ausrichten**. Für uns lautet die **generationengerechte Formel 50:50** – fünfzig Prozent der generierten Haushaltsüberschüsse in den **Schuldenabbau** und fünfzig Prozent für **Investitionen und Rücklagen**. Eine solide Haushalts- und Finanzpolitik beinhaltet auch stets das Wissen um das mach- und finanzierbare. Daher gilt es grundsätzlich mit öffentlichen Geldern finanzierte Strukturen und **Programme fortlaufend auf ihre Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Effizienz zu überprüfen**. Finanzmittel müssen transparent Projekt und Jahr zuzuordnen sein. Für ein staatliches Gemeinwesen gilt Controlling genauso wie im privaten Bereich: nur wer auch hinterfragt, kann Zukunft kraftvoll gestalten. Wir Freien Demokraten setzen auf einen **unkomplizierten und schlanken Staat**, der finanzpolitisch klare Prioritäten setzt. Daher sollte grundsätzlich bei der Einsparung von und beim Personal eine Aufgabenkritik vorausgehen. Wir wollen verstärkt die **Aufgabenkritik in den Fokus** nehmen und **verzichtbare oder delegierbare Aufgaben prüfen**.

Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

40 Wir machen **Haushaltspolitik mit Weitblick**. Die Schuldenbremse inklusive Tilgungsplan
41 und ein Investitionsgebot möchten wir in die Verfassung des Freistaats Thüringen aufnehmen.
42 Priorität hat für uns, dass der Staat mit den Einnahmen ohne Neuverschuldung die Ausgaben
43 bestreiten kann.

44 Die **Schuldenlast des Freistaates Thüringen müssen wir zügig abbauen**. Je schneller wir
45 unsere Schulden tilgen, desto mehr reduzieren wir das Zinsrisiko im Haushalt, entlasten
46 dadurch die zukünftig aufzustellenden Landeshaushalte und gewinnen neue
47 Gestaltungsspielräume. Aus Sicht der Freien Demokraten muss es einen **verbindlichen**
48 **Schuldenabbauplan** geben. Dies hätte auch den weiteren positiven Effekt, dass die
49 jährlichen Zinsleistungen deutlich sinken würden. Für Mehreinnahmen oder
50 Haushaltsspielräume gilt für uns ein **Dreiklang aus Investitionen, Entlastungen und**
51 **Schuldenabbau**.

52 Schuldenabbau und mehr Investitionen sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen die
53 Rahmenbedingungen für **mehr öffentliche-private Partnerschaften** verbessern. Nur mit
54 mehr privatem Kapital ist der Investitionsbedarf bei Straßen, Gebäuden und Schulen zu
55 schultern.

56 **Privat vor Staat – Der Staat als Schiedsrichter**

57 Wir sind davon überzeugt, dass sich Unternehmen grundsätzlich langfristig ohne
58 Staatsbeteiligung und ohne staatliche Unterstützung am Markt bewähren müssen. **Der Staat**
59 **ist nicht der bessere Unternehmer**. Wir wollen die **Anzahl der Beteiligungen des Landes**
60 **prüfen und weiter reduzieren**. Das heißt insbesondere auch, dass Beteiligungen von
61 landeseigenen Unternehmen oder von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, nicht
62 weiter ausgebaut werden und das **Risiko für den Steuerzahler reduziert** werden soll.

63 **Gewerbesteuer-Bremse und faire Kommunalfinanzen**

64 Die Unternehmen in Thüringen sind der wichtigste Standortfaktor. Wir wollen weiterhin mit
65 einer **Gewerbesteuer-Bremse** die Steuererhöhungsspirale der Kommunen durchbrechen. Sie
66 dürfen nicht aufgrund einer schlechten Haushalts- und Finanzpolitik des Landes und einiger
67 Kommunen in Haftung genommen werden. Darüber hinaus wollen wir die
68 **Kommunalfinanzen insgesamt und unter Berücksichtigung aller Finanzierungsformen**
69 **langfristig auf neue Füße stellen** und uns für mehr Gestaltungsfreiheit der einzelnen
70 Kommunen vor Ort einsetzen.

71 **Kommunaler Finanzausgleich als Partnerschaft auf Augenhöhe**

72 Wir Freie Demokraten werden das finanzielle Verteilungsverhältnis zwischen Land und
73 Kommunen fair ermitteln. Deshalb möchten wir den Partnerschaftsgrundsatz im Thüringer
74 Finanzausgleichsgesetz auf Augenhöhe reformieren. Der Partnerschaftsgrundsatz ist für uns
75 keine Einbahnstraße. Nicht nur die Ausgaben der Kommunen müssen auf Basis sparsamer
76 Haushaltsführung einfließen, sondern auch die des Freistaats. Bislang war es so, dass der
77 Finanzbedarf von Städten und Gemeinden bei der Bemessung des KFA anhand der
78 tatsächlichen Ausgaben erfolgte. Dringend notwendige Investitionen, die sich die Kommunen

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

aber nicht leisten konnten, blieben deshalb unberücksichtigt. Unter anderem soll künftig bei der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs auch der Investitionsstau vor Ort angemessen berücksichtigt werden. Die einseitige Betrachtung zu Lasten der Thüringer Kommunen möchten wir beenden. Wir Freie Demokraten möchten den kommunalen Finanzausgleich ideologiefrei, transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Deshalb wollen wir die Schlüsselzuweisungen als Rückgrat des kommunalen Finanzausgleichs stärken. Zu Gunsten der Schlüsselmasse werden wir zweckgebundene Zuweisungen und Sonderlastenausgleiche reduzieren. Der Nutzen zweckgebundener Sonder-, Investitions- und Rettungsprogramme steht in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand. Die Kommunen sollen wieder selbst frei entscheiden, wo vor Ort investiert wird. Wir Freie Demokraten möchten den Kommunen die Freiheit geben, diese Entscheidungen eigenverantwortlich und ohne politische Bevormundung zu treffen. Kommunales Selbstverwaltungsrecht hat Verfassungsrang und dies wollen wir weiter stärken.

Mehr Investitionen in den Kommunen ermöglichen

Wir Freie Demokraten möchten Investitionshemmnisse in den Kommunen abbauen und wieder mehr Gestaltungsspielräume vor Ort ermöglichen. Um Steuererhöhungen zu verhindern, halten wir die **fiktiven Hebesätze stabil**. Bei den Sozialkosten wollen wir die Jugendhilfe mit einbeziehen, die Kappungsgrenze abschaffen und die Kommunen insgesamt von den Sozialkosten entlasten. Den Mehrbelastungsausgleich möchten wir aufgaben- und nicht strukturbezogen berechnen. Die Bildungsfinanzierung sehen wir als gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb fordern wir ein Kooperationsgebot und eine stärkere Kostenbeteiligung durch den Bund. Darüber hinaus möchten wir auch die **Unterschiede zwischen städtischen Kommunen und großen Flächenkommunen im ländlichen Raum berücksichtigen**. Demokratie vor Ort und Selbstverwaltung brauchen außer dem hohen Engagement der Menschen vor allem ein faires, finanzielles Fundament. Wir Freie Demokraten wollen deshalb die Bedingungen für die kommunalsteuerlichen Einnahmen im angemessenen Rahmen ausgestalten. Ziel ist es, die Standortbedingungen für die Unternehmen und anzusiedelnde Betriebe zu verbessern, um so neben der Stärkung der Arbeitsplatzsituation auch die **Steuerkraft in der Kommune zu stärken**. Um Standortnachteile vor allem des ländlichen Raums abzufedern, wollen wir Freie Demokraten den **kommunalen Spielraum zu einer angemessenen Absenkung kommunaler Hebesätze** verbessern.

Grundsteuer neu regeln

Bis Ende 2019 muss die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer neuregelt werden. Wir Freie Demokraten möchten **Investitionen in den Wohnungsbau attraktiver machen. Mehr Wohnungen sind der beste Mieterschutz**. Wir Freie Demokraten wollen **Mieter und Eigentümer entlasten**. Deshalb streben wir eine **moderate Reform der Grundsteuer** an.

Antragsinhalt: – Wahlprogramm

Antragsteller: LFA IV

Der Landesparteitag möge beschließen:

116 9. Wir wollen ein Thüringen, das in Europa und der Welt zu
117 Hause ist

118 Je weiter die Vernetzung der Menschen dieser Welt untereinander voranschreitet, umso klarer
119 wird, dass die **Verantwortung der Politik für Freiheit und Frieden** nicht an den eigenen
120 Landesgrenzen endet. Durch die zunehmende Globalisierung werden gesellschaftliche und
121 wirtschaftliche Prozesse international gedacht, geplant und umgesetzt.

122 Ein **Europa der weltweiten Partnerschaften und der Freiheiten** sichert bereits heute den
123 Menschen ein **Leben in Selbstbestimmung, Vielfalt, Wohlstand und Frieden**. Menschen,
124 die miteinander in gelebten und gefühlten Abhängigkeiten vernetzt sind, führen keine Kriege
125 untereinander, respektieren miteinander das internationale Recht und erkennen die große
126 Bedeutung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehungen an für die weitere
127 gesellschaftliche Entwicklung.

128 Die Herausforderung für die Europäische Union und seine Mitgliedsländer im globalen
129 Wettbewerb besteht jedoch darin, ihren **Bürgern Schutz zu bieten, ohne dabei die**
130 **Möglichkeiten und Chancen für Austausch und Freiheit zu hemmen.**

131 Internationalisierungsstrategie für Thüringen

132 Wir Freie Demokraten wollen **Netzwerke und Plattformen für internationalen Austausch**
133 und Diplomatie stärken. Hierzu zählen wir u.a. die Europa-Union, das Europäische
134 Informationszentrum, und das Weimarer Dreieck. **Internationale Partnerschaften** auf
135 Kommunal- und Landesebene, in Bildung und Wissenschaft, in Kultur und Tourismus, sowie
136 im **Jugendaustausch** möchten wir weiterentwickeln und ausbauen.

137 Wir Freie Demokraten setzen uns den Ausbau **zwei- und mehrsprachiger Angebote bei**
138 **Kindergärten und Schulen** ein. Durch die zunehmende Internationalisierung und
139 Globalisierung gewinnen diese Angebote weiter an Bedeutung. Darüber hinaus möchten wir
140 auch die Thüringer Verwaltung zwei- und mehrsprachig aufstellen und **Englisch als parallele**
141 **Verwaltungssprache** ermöglichen. So machen wir Thüringen attraktiv im **Wettbewerb um**
142 **internationale Talente** und Fachkräfte. In Kooperation mit den Industrie- und
143 Handelskammern (IHKs) möchten wir die weltweiten **Goethe-Institute als**
144 **Anwerbeinstitute** für in Thüringen und Deutschland dringend gebrauchte Fachkräfte
145 ausbauen und unterstützen.

146 Europapolitik ist Innenpolitik

147 Die Interessenvertretung Thüringens in Brüssel hat für uns Freie Demokraten eine hohe
148 Priorität. Nur wenn der Freistaat Thüringen eine schlagkräftige Präsenz in Europa vorhält,

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

können die Thüringer Spezifika in den demokratischen Entscheidungsprozessen der Europäischen Union berücksichtigt werden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern wirkt **Thüringen mit seinem Büro in Brüssel stark unterrepräsentiert**. Selbstverständlich kann Thüringen als kleiner Freistaat schon aus finanziellen Gründen keine Vertretung vorhalten, die mit Bayern oder Baden-Württemberg vergleichbar wäre. Wir Freie Demokraten wollen deshalb in Brüssel ein „**Mitteldeutsches Mehrregionenhaus**“ als **gemeinsame Repräsentanz von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** ins Leben rufen. Dadurch können wir Skalenerträge nutzen, eine schlagkräftige Vertretung der Thüringer Interessen in Europa sicherstellen und uns eng mit unseren Nachbarbundesländern abstimmen. Europäische Förderprogramme möchten wir aktiv in die operative und ressortübergreifende Regierungspolitik Thüringens einbinden. Thüringen profitiert in vielerlei Hinsicht von der Europäischen Union, beispielsweise mit seiner mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur, der der gemeinsame Binnenmarkt massiv nützt. Daher geht es Thüringen auch nur dann gut, wenn es unseren europäischen Nachbarn gut geht. Wir Freien Demokraten möchten **Europa in Thüringen erlebbar machen**. Der Geschichtsunterricht in den Schulen darf deshalb nicht 1945 oder 1990 enden. Wir Freien Demokraten verteidigen die **Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union**. Warteschlangen an den Binnengrenzen bei einer Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen würden Menschen und Unternehmen viel Zeit und Geld. Deshalb setzen wir uns auch für einen wirkungsvollen **Schutz der europäischen Außengrenzen** und einer Ausweitung der Schleierfahndung ein.

Das Bild Thüringens in der Welt

Das **Standort-Marketing des Freistaats Thüringen** wollen wir Freie Demokraten unter dem Motto „Thuringia Worldwide“ bündeln. Dazu hinterfragen wir auch die Effektivität der Kampagne „Das ist Thüringen“. Der Internetauftritt des Freistaats Thüringen muss barrierefrei, responsive und mehrsprachig abrufbar werden, um auch ein internationales Publikum zu informieren. Verbinden wollen wir damit auch eine offensive Außenwirtschaftsstrategie unter dem Motto „Invest in Thuringia“. Dazu möchten wir ggf. mit persönlichen, lokalen Ansprechpartnern oder weltweiten Auslandsrepräsentanzen arbeiten und auch den **direkten Kontakt über das Wirtschaftsministerium und die Thüringer Staatskanzlei** nutzen.

Der Freistaat Thüringen ist durch des „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8“ immer mehr auch **Knotenpunkt für den europäischen Verkehr** geworden. Der ICE-Knoten in Erfurt bietet daher große bundesweite und internationale Entwicklungschancen für den gesamten Freistaat. Thüringen ist das „grüne Herz“ Deutschlands und Europas. Mit einem Botschafter-Programm möchten wir Personen, Marken, Kulturtreibende und Genussmittel bündeln, um das Image Thüringens international zu prägen. Hierbei sind wir auch für mitteldeutsche Kooperationen offen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, **die Zentrale des weltweit tätigen Goethe-Instituts nach Weimar** zu verlegen. Das Bild Thüringens in der Welt wollen wir auch durch gezielte **Landesstipendien für hochbegabte Studierende aus dem Ausland und für Wissenschaftler aus der Europäischen Union fördern**.

Bundeswehr und Reservistenverband in der Mitte unserer Gesellschaft

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.L1

Antragsinhalt: Programm Projekt 2019

Antragsteller: Landesvorstand

191 Wir Freie Demokraten respektieren und erkennen den Dienst der Bundeswehr und der
192 Reservisten als „Bürger in Uniform“ für unsere Gesellschaft an. Deshalb sind wir klar **gegen**
193 **Präsenzverbote für die Bundeswehr an Schulen oder Hochschulen**. Auch in Berlin
194 möchten wir uns aktiv für die Thüringer Bundeswehrstandorte einsetzen, denn die
195 Bundeswehr ist in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Auch als lokaler
196 Wirtschaftsfaktor sind die Bundeswehrstandorte von hoher Bedeutung für die jeweiligen
197 Kommunen. Deshalb regen wir Freie Demokraten auch den Ausbau und die Pflege von
198 **Städtepartnerschaften mit Bundeswehrstandorten** an. Jegliche Diskriminierungen und
199 Schmähungen unserer „Bürger in Uniform“, vor allem durch linksextreme Gruppierungen,
200 sollten strafrechtlich in geeigneter Weise verfolgt werden.
201 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Freistaat **Thüringen als Standort für die**
202 **Bundeswehr**. Deshalb möchten wir auch die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr bei Tagen
203 der offenen Kasernen, öffentlichen Gelöbnissen, Ausstellungen und Messen unterstützen. Wir
204 Freie Demokraten **danken allen Soldaten**, die von Auslandseinsätzen zurückkehren und
205 wissen den Einsatz und das persönliche Risiko aller Soldaten zu schätzen. Soldaten, die bei
206 solchen Einsätzen geschädigt wurden – etwa körperlich oder durch eine posttraumatische
207 Belastungsstörung, wollen wir Freie Demokraten aktiv unterstützen. Darüber hinaus werben
208 wir auch für **rüstungsrelevante Forschungen** an den Thüringer Hochschulen.
209
210
211
212 Begründung:
213 Erfolgt mündlich

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.101

Antragsinhalt: Aufnahme der täglichen Sportstunde in den schulischen Lehrplan

Antragsteller: KV Nordhausen, Dr. Ulrich Konschak

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Freien Demokraten Thüringen wollen weltbeste Bildung für Jeden. Jedes Kind soll in unserem Bildungssystem seine Fähigkeiten und Ressourcen voll ausschöpfen und einen Abschluss erlangen, unabhängig von der sozialen Herkunft. Erkenntnisse der Neurowissenschaften belegen, dass regelmäßiger Sport und körperliche Bewegung zur Bildung von mehr Nervenzellen und besserer Vernetzung derselben im Gehirn führen und somit die Chancen für einen individuell besseren Bildungserfolg steigern. Vor dem Hintergrund eines zunehmend bewegungsärmeren Alltags auch der Kinder fordern die Freien Demokraten die Aufnahme der täglichen Sportstunde in den schulischen Lehrplan.

Begründung:

Der Alltag unserer Gesellschaft ist gekennzeichnet von zunehmender Bewegungsarmut aller Altersgruppen. Gerade im Kindesalter hat sich in den letzten Jahren ein gravierender Wandel im Freizeitverhalten vollzogen. Freies Spiel und Bewegung nehmen ab, der Konsum digitaler Angebote nimmt stetig zu. Selbst der Weg zur Schule wird häufig fahrend im PKW der Eltern zurückgelegt. Die Folgen sind gesellschaftlich bereits zu spüren. Erkrankungen wie Übergewicht, Diabetes und Haltungsschäden sind bei Kindern leider keine Seltenheit mehr. Alarmierend ist zudem das häufigere Auftreten psychischer Erkrankungen, wie Depressionen oder das Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätssyndrom (ADHS). Diese Tatsachen sind weitgehend bekannt, doch seitens der Bildungspolitik wird nur unzureichend reagiert. Sportliche Freizeitangebote mit geringen bzw. ohne finanzielle Zugangshürden gibt es bereits. Sie erreichen jedoch meist nur Kinder aus sportaffinen Elternhäusern. Schulischer Unterricht ist die einzige Möglichkeit, Kinder jeden Tag (verpflichtend) für 45min zu sportlicher Betätigung zu bringen. Dies würde nach den Erkenntnissen der Neurowissenschaften im Endergebnis zur Verbesserung der kognitiven Leistungen jedes einzelnen Kindes führen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.102

Antragsinhalt: Wiedereinführung der Berufsausbildung mit Abitur

Antragsteller: KV Gotha, Prof. Dr. Christian Döbel, Jürgen Ehrlich

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP setzt sich für die Wiedereinführung der Berufsausbildung mit Abitur ein.
- 2
- 3 Begründung erfolgt mündlich

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.201

Antragsinhalt: Entlastung der kleinen und mittelständischen Unternehmen bei statistischen Erhebungen

Antragsteller: Liberale Frauen Thüringen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Um kleine und mittelständische Unternehmen zu entlasten, werden sie von der Pflicht
2 befreit, wiederkehrende statistische Erhebungen auszufüllen.

3
4 Begründung:

5 Das Landesamt für Statistik schickt regelmäßig an willkürlich ausgewählte Unternehmen
6 statistische Erhebungen, welche durch die Unternehmen dann zwingend auszufüllen sind
7 und innerhalb von vorgegebenen Zeiträumen an die Landesämter für Statistik zu melden
8 sind. Eine Nichterfüllung dieser Pflicht kann mit Bußgeld geahndet werden. Ist ein
9 Unternehmen einmal ausgewählt, kommt es auch aus dieser Pflicht nicht heraus. Im
10 Gegenteil, es werden immer mehr Statistiken gesendet, welche wieder fristgerecht
11 einzureichen sind.

12 Gerade kleine und mittlere Unternehmen verfügen oft nicht über entsprechende
13 Ressourcen, um diese Pflichten immer im vorgegebenen Zeitraum erfüllen zu können. Es
14 kostet Zeit und Geld und ist eine enorme zusätzliche und unproduktive bürokratische
15 Belastung.

16
17 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.202

Antragsinhalt: Schulgeldfreiheit für Therapieberufe

Antragsteller: LFA IV

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Einführung der Schulgeldfreiheit für Therapieberufe in Thüringen
- 2 Der Fachkräftemangel hat die Therapieberufe längst erreicht. Hohe Kosten in der
- 3 Ausbildung, ein kostenintensiver Fortbildungszwang, keine Ausbildungsvergütung und eine
- 4 mangelhafte Vergütung der therapeutischen Leistungen lassen diese Berufe unattraktiv
- 5 erscheinen. Wir fordern sofortige Schulgeldfreiheit!
- 6
- 7 Begründung:
- 8 Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft und der damit verbunden
- 9 steigenden Inanspruchnahme von therapeutischen Leistungen, darf Thüringen nicht darauf
- 10 setzen, dass die Anzahl der Ausbildungsplätze an staatlichen Schulen ausreichend ist.
- 11 Die freien Berufsfachschulen dieser Ausbildungsgänge erweitern und bereichern erwiesener
- 12 Maßen die Bildungsvielfalt in unserem Land.
- 13 Im Nachbarbundesland Bayern wird dieser überfällige Schritt zum Schulhalbjahr 2018/19
- 14 vollzogen.
- 15 Sollte es hier nicht umgehend zu einem tragfähigen Entschluss kommen, droht Thüringen
- 16 eine Abwanderungswelle der potenziellen Therapeuten!
- 17 Wir fordern die Landesregierung auf, das Schulgeld für die Fachschüler der therapeutischen
- 18 Berufe mit sofortiger Wirkung zu übernehmen.
- 19 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.301

Antragsinhalt: Beendigung der Ungleichbehandlung von stationären Einrichtungen und kommerziell betriebenen Wohngemeinschaften in der Intensivpflege zu Lasten der Patienten und der Versicherungsgemeinschaft.

Antragsteller: LFA IV

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Freien Demokraten fordern die Beendigung der Ungleichbehandlung von stationären Einrichtungen und kommerziellen Wohngemeinschaften in der Intensivpflege ein. Diese „scheinambulanten“ Wohngemeinschaften sollen rechtlich den stationären Einrichtungen gleichgestellt werden. Das „Thüringer Wohn- und Teilhabegesetz (ThürWTG)“ ist entsprechend anzupassen, eine einheitliche Gesetzgebung auf Bundesebene ist erforderlich.

Begründung:

In den letzten Jahren hat sich in der ambulanten Pflege mit der Gründung von kommerziellen Wohngemeinschaften in der Intensivpflege von Dauerbeatmungspatienten ein massiver Wachstumsmarkt entwickelt. Ein lukratives Geschäft für ambulante Pflegedienste, die vor dem Hintergrund der politisch motivierten Prämisse „ambulant vor stationär“ (SGB V) eine Gesetzeslücke ausnutzen. Im Vergleich zu stationären Einrichtungen haben diese WGs erhebliche finanzielle Vorteile in der Vergütung durch die Pflege- und Krankenkassen, siehe folgende Auflistung:

Ambulante Pflege

Pflegesachleistungen (125) 689 1.298 1.612 1.995

Entlastungsbetrag 125 125 125 125 125

Spezielle Krankenbeobachtung bis zu 24 h

Ggf. abzüglich pauschaler Minutenwerte für

Grundpflege

(PG 2 37, PG 3 76, PG 4 104, PG 5 141)

Wohngruppen zusätzlich

Wohngruppenzuschlag 214

Anschubfinanzierung 2.500 p. P. max. 10.000 p. WG

Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen 4.000 p. P., max. 10.000 p. WG

Leistungen stationäre Versorgung

Stationäre Pflege

Pflegebedingte Aufwendungen SGB XI 125 770 1.262 1.775 2.005

HKP besonders hoher Bedarf SGB V Pauschale

Durchschnittl. Pflegesätze 1.051 1.355 1.848 2.361 2.591

Durchschnittl. Einrichtungseinheitlicher Eigenanteil (EEE) 587

(234 Thüringen bis zu 869 Saarland)

Durchschnittl. UuV / Investkosten 703 / 401

Durchschnittl. Eigenbeteiligung gesamt 1.691 (EEE, UuV, IK)

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35 (1.107 Sachsen-A bis 2.252 NRW)

36 Die eigentlich für eine häuslich- familiäre Pflegesituation konzipierte ambulante Vergütung
37 kann in den scheinambulanten WGs mit mehreren Dauerbeatmungspatienten legal
38 abgerechnet werden. Zudem arbeiten die WGs bei Unverletzlichkeit der Wohnung praktisch
39 unkontrolliert, genießen aber viele zusätzliche Vergünstigungen, die den stationären
40 Einrichtungen verwehrt bleiben.

41 Für Pflegeheime vorgeschriebene Investitionen für z.B. Notstromaggregate, Gerätetechnik
42 oder Brandschutzanlagen werden durch die Betreiber der Wohngemeinschaften oftmals
43 Regel eingespart, ein weiterer finanzieller Vorteil ergibt sich, dies bezieht sich auch auf die
44 Qualifizierung und Weiterbildung des Personals.

45 Auch ist das Interesse der Betreiber der Wg`s am sogenannten Weaning (Pflege bis zum
46 selbständigen Atmen) nicht sonderlich ausgeprägt, die hohen Vergütungen würden
47 wegfallen.

48 Aufgrund häufiger in Erscheinung getretener Betrugsfälle bei der Betreibung von WG`S mit
49 Intensivpflege, wurden ab 1.1.2018 intensivere Prüfmöglichkeiten durch die Medizinischen
50 Dienste der Krankenversicherung (MDK) eingeführt. Allerdings entsprechen die Prüfkriterien
51 nicht den intensiven Qualitätsprüfungen in Intensivpflegeheimen. Auch hier besteht
52 dringender Handlungsbedarf bei der Angleichung der Kriterien und der Vereinheitlichung
53 des Aufsichtsrechtes auf Bundesebene.

54 Die so offenbar gewordenen Gesetzeslücken sollten durch Gleichstellung von ambulanten
55 Wohngemeinschaften in der Intensivpflege mit stationären Einrichtungen geschlossen
56 werden.

57 Primär muss immer die Qualität der Pflege der hilfebedürftigen Menschen gewährleistet
58 sein, bestmögliche Lebensqualität vor finanziellen Interessen!

59

60 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.401

Antragsinhalt: Europa neu denken

Antragsteller: Stefan Beyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

001 Die Europäische Union muss größere Rücksicht auf die nationalen und regionalen Eigenheiten ihre Mitgliedsländer nehmen. Das Subsidiaritätsprinzip, wonach Zuständigkeiten in erster Linie den nachgeordneten Gebietskörperschaften zuzuweisen sind, ist Leitmotiv der Freien Demokraten für Entscheidungen auf EU-Ebene im Europäischen Parlament und im Bundestag. Dazu zählen insbesondere Richtlinien, die tief in das Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger der EU eingreifen.

002 Die Mitgliedsländer bestimmen über die Fiskalpolitik, Soziale Sicherungssysteme und Steuern. Sie erfüllen im Rahmen ihrer Kompetenzen ihre Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt zur Sicherung der gemeinsamen Währung.

003 Nach außen muss die EU jedoch geschlossener auftreten und die Position Europas in einer sich rasch wandelnden Welt sichern. Das gilt insbesondere für die Sicherung des Gemeinsamen Marktes mit seinen vier Freiheiten, der Außenhandelspolitik, einer gemeinsamen Verteidigungspolitik in Verbindung mit dem Nordatlantischen Verteidigungsbündnis, einer gemeinsamen Sicherung der Außengrenzen und zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte nach innen und außen.

Begründung

Deutschland ist eine der Führungsmächte im wichtigsten Staatenbund der Welt. Das größte außenpolitische Problem für Berlin ist jedoch der Zustand der EU. Die EU war immer ein nach innen gerichtetes Friedensprojekt. Der Fokus lag auf der inneren Befindlichkeit und der zunehmenden Vertiefung. In Zukunft muss die EU ein nach außen gerichtetes Projekt sein. Sie muss geschlossen agieren, um sich in der Welt gegen die USA und China zu behaupten. Momentan ist der Zustand der EU jedoch problematisch. Es gibt einen Graben zwischen Norden und Süden sowie zwischen Osten und Westen. Auch der Brexit ist kein Vertrauensbeweis für die EU. Es ist heute wichtiger denn je, Verständnis für nationale Eigenheiten der anderen europäischen Staaten aufzubringen. Wir erleben ein Auseinanderdriften der Europäer. Das liegt weniger an den Populisten als vielmehr am Ende des Kalten Kriegs. Wir sind nicht mehr so stark aufeinander angewiesen. Jeder lebt seine Unterschiede, auch die Deutschen. Es herrscht eine perfekte Zwickmühle: Der Vertrag von Maastricht und der Euro bedeuten Zentralisierung. Die Staaten streben heute aber nach Dezentralisierung und Eigenständigkeit. Das Ergebnis ist eine Blockade. Dadurch ist die EU in

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

38 vielen Fragen nicht handlungsfähig. Es braucht in der EU mehr Subsidiarität und einen
39 Werte-Realismus, der die eigenen Normen nicht verabsolutiert. Die EU würde dadurch
40 elastischer. Das Motto muss künftig lauten: Integrieren durch Differenzieren. Lasst in Europa
41 den Raum für die Unterschiede, die den Kontinent von jeher bereichert haben!

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.501

Antragsinhalt: Mehr Demokratie wagen- Thüringer Landeswahlgesetz modernisieren

Antragsteller: KV Gotha, Mike Wündsch

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP setzt sich für die Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes zu den
- 2 Wahlen zum Thüringer Landtag ein.
- 3
- 4 Zukünftig können die Wählerinnen und Wähler ihre Zeitstimme auch direkt den einzelnen
- 5 Kandidatinnen und Kandidaten der jeweiligen Landesliste vergeben.
- 6
- 7 Begründung erfolgt mündlich

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.601

Antragsinhalt: Streichung des Datums Geschlecht aus der Mitgliederdatenbank

Antragsteller: KV Jena – Saale – Holzland

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesgeschäftsstelle wird aufgefordert, alle geschlechtsbezogenen Daten aus der
- 2 Mitgliederdatenbank zu streichen.
- 3
- 4 Begründung:
- 5
- 6 Nach DSGVO sind alle Organisationen, die personenbezogene Daten verarbeiten, dazu
- 7 angehalten nur diejenigen personenbezogenen Daten zu erheben und zu speichern, welche
- 8 für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlich ist. Die Parteiarbeit der Freien Demokraten
- 9 erfordert das Speichern der Information über die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht nicht.
- 10 Daher ist es ratsam diese Daten gar nicht erst zu erheben und zu speichern. Das Prinzip der
- 11 Datensparsamkeit wird mit diesem Antrag unterstützt.
- 12 Seit 2019 können Personen in Deutschland als Geschlecht, „divers“ angeben. Diesen
- 13 Umstand in der Mitgliederdatenbank abzubilden bedeutet Programmieraufwand, der mit
- 14 hohen Kosten für den Landesverband verbunden ist, die wir im Landtagswahlkampf besser
- 15 einsetzen können.
- 16 Inter- und Transpersonen, die bisher noch nicht die nötigen Nachweise für eine Änderung
- 17 des Geschlechtseintrags beim Standesamt erbracht haben, zwingen wir nicht, sich falsch zu
- 18 zuordnen und räumen somit ein unnötiges Hindernis bei der Neumitgliedergewinnung aus
- 19 dem Weg.
- 20
- 21 Weitere Begründung erfolgt mündlich

angenommen:
abgelehnt:
überwiesen:

35. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 15. Juni 2018 in Bad Bad Frankenhausen

Seite 1

ANTRAG-NR.602

Antragsinhalt: Beitragssonderumlage anteilmäßig an die Kreisverbände weiterreichen

Antragsteller: KV Gotha, Mike Wündsch

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Thüringer FDP wird die erhaltenen Gelder der Beitragssonderumlage von der
- 2 Bundespartei zu 50% an die Kreisverbände weiterleiten.
- 3
- 4 Begründung erfolgt mündlich

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: